Th. von Bethmann Hollweg

Betrachtungen zum Weltkriege

Zwei Teile

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

Th. von Bethmann Hollweg

Betrachtungen zum Weltkriege

1. Teil

Vor dem Kriege

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

Während diese Aufzeichnungen zum Druck gehen, werden die Friedensbedingungen bekannt. Ein furchtbareres Instrument zur Knechtung der Überwundenen hat die Welt noch nicht gesehen. Dieser Friede ist die Krönung der Politik, die mit der Stiftung der entente cordiale begonnen hat. Über alles Maß bestätigen die Pariser Beschlüsse die Grundauffassungen der vorliegenden Schrift. Ich finde an meinen Darlegungen nichts zu ändern.

Hohenfinow, im Mai 1919.

Inhalt.

1.

Anfänge.

Als mir Fürst Bülow bei seinem Rücktritt vom Amte im Juli 1909 die Geschäfte des Reichskanzlers übergab, entwarf er mir in eingehenden Gesprächen eine Schilderung der auswärtigen Beziehungen Deutschlands, die sich in ihren Grundanschauungen dahin zusammenfassen ließ, daß bei korrektem Verhältnis zu Rußland und Frankreich doch Englands Haltung einen Gegenstand ernster Sorge bilde. Indes hoffe er, es werde pfleglicher Behandlung gelingen, auch hier bessere Beziehungen herzustellen.

Nach meinen eigenen Eindrücken bestand das durch die Einkreisungspolitik König Eduards großgezüchtete allgemeine Mißwollen der uns nicht verbündeten europäischen Großmächte unverändert fort. Herr Iswolski, der Leiter der auswärtigen Politik Rußlands, liebte es, seinem unversöhnlichen Groll gegen den Grafen Aehrenthal und dessen Führung der österreichisch-ungarischen Politik sehr drastischen Ausdruck zu geben, und auch die bereitwillige Überzeugtheit, mit der der russische Botschafter Graf Osten-Sacken, der Typus eines gediegenen Diplomaten alter Schule, die Pflege traditioneller Freundschaft mit Deutschland sich persönlich angelegen sein ließ, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß einfluß-

reichere Kräfte in St. Petersburg die der Donaumonarchie feindseligen Tendenzen auf das verbündete Deutschland übertrugen. Unsere Haltung in der bosnischen Krisis des Jahres 1908/09, die tatsächlich dem russischen Kabinett einen Ausweg aus der Sackgasse bieten sollte und geboten hat, in die es sich verrannt hatte, wirkte als ein dem russischen Selbstgefühl angetaner Affront nach, und mehr und mehr hatte sich Rußland in den Gedanken eingelebt, daß Deutschland das Haupthindernis für die Verwirklichung seiner nach dem japanischen Kriege neu belebten Aspirationen auf ausschließliche Beeinflussung des Balkans und auf Konstantinopel sei.

Die Beziehungen zu Frankreich waren momentan ruhig. Das Wirtschaftsabkommen über Marokko, das im Februar 1909 zustande gekommen war, schien, wenn es genau eingehalten wurde, weiteren Reibungen vorzubeugen, auch war die damalige französische Regierung bemüht, überlaute Äußerungen des Revanchegedankens zu verhüten. Herr Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin, betonte mir wiederholt die Notwendigkeit eines vertrauensvolleren Verhältnisses zwischen beiden Regierungen, in lebendiger Erinnerung an die ernsten Störungen, denen es im Jahre 1905 ausgesetzt gewesen war. Zu genau kannte er den Charakter seiner Landsleute, um nicht zu wissen, daß der damals erzwungene Rücktritt Delcassés dem galli-

schen Stolz eine schmerzliche Wunde zugefügt hatte, die trotz des für Frankreich befriedigenden Ergebnisses der Algeciras-Konferenz nicht verharscht war. Zu ehrlich gab er sich auch davon Rechenschaft, daß die Erinnerung an 1870 und an Elsaß-Lothringen, die Sehnsucht nach Auswetzung der damals erlittenen Scharte, über alle Ereignisse des Tages hinweg ein bleibender Faktor in der französischen Politik war, der bei jeder sonstigen Versteifung der Lage zu den schicksalsschwersten Folgen führen konnte.

In England stand König Eduard auf dem Gipfel seiner Macht. Englische Politiker haben ihn vielfach als den großen peacemaker gefeiert und mit Emphase die Vorstellung abgelehnt, als habe die Kombination, in die sich Englands Politik zu Frankreich und Rußland gestellt hatte, die Einkreisung Deutschlands oder gar einen kriegerischen Überfall bezweckt. Solche Meinungen hat Lord Haldane in einer am 5. Juli 1915 gehaltenen Rede ausdrücklich für wahrheitswidrig und unbegründet erklärt. Er hat damit recht und unrecht zugleich. Daß König Eduard oder — was schon hier gesagt sein mag — die offizielle englische Politik nach ihm einen kriegerischen Überfall auf uns geplant habe, halte ich für unrichtig. Aber zu leugnen, daß König Eduard unsere Einkreisung betrieben und auch erreicht hat, ist ein Spiel um Worte. Tatsache war, daß der Verkehr zwischen beiden Kabinetten im Grunde genommen sich auf die Erledigung der For-

malitäten beschränkte, welche die gegenseitigen Beziehungen zweier nicht im Kriege miteinander befindlichen Staaten mit sich bringen, und daß Deutschland sich in allen zu Meinungsverschiedenheiten führenden Fragen der Weltpolitik dem geschlossenen Konzern von England, Rußland und Frankreich gegenübergestellt sah, der nicht nur den deutschen Wünschen überall Steine in den Weg legte, sondern auch systematisch und mit Erfolg daran arbeitete, Italien vom Dreibund weg zu sich hinüberzuziehen. Man mag das Einkreisung, Politik der balance of power oder wie sonst nennen. Gewollt und erreicht ward eben der Zusammenschluß einer vereinigt übermächtigen Staatengruppierung mit dem Zwecke, Deutschland zum mindesten mit diplomatischen Mitteln an der freien Entfaltung seiner wachsenden Kräfte zu hindern. So ist diese Politik nicht nur in chauvinistischen, sondern auch in streng friedliebenden Kreisen Englands und Deutschlands und von neutralen Beobachtern aufgefaßt worden. Im Laufe des Krieges hat die Entente Belgien so warm als ihr Schutzkind behandelt und so enthusiastisch als Mitkämpfer für Recht und Gerechtigkeit gefeiert, daß sie an dem übereinstimmenden Urteil der belgischen Diplomaten wohl nicht stillschweigend vorübergehen kann. Ihr Urteil, das mit einem geradezu erdrückenden Material die verschiedenen Stadien der Einkreisung beleuchtet, wiegt fast noch schwerer als die doch recht zahlreichen englischen Stimmen,

die keine Gelegenheit vorübergehen ließen, ohne die entente cordiale und ihre für Deutschland unfreundlichen, wenn nicht feindseligen Tendenzen laut zu feiern.

Charakteristisch ist die Bedeutung, die angesehenste englische Staatsmänner ohne Unterschied der Partei von Beginn an der Stellung Englands in der Gruppierung der Mächte beigemessen haben. Sir Edward Grey hat schon im Jahre 1905, als die Übernahme der Regierung durch die liberale Partei in Aussicht stand, erklärt, daß ein liberales Kabinett das Programm der alten Regierung aufrechterhalten werde; er erhoffe bessere Beziehungen zu Rußland, und es sei nicht angezeigt, sich befriedigenderen Beziehungen auch zu Deutschland zu widersetzen, unter der Bedingung, daß diese nicht der englisch-französischen Freundschaft schadeten. Verständigung mit Deutschland also nur, insoweit die Freundschaft mit Frankreich — später wurde noch Rußland hinzugefügt — sie zuläßt: das ist das Leitthema der englischen Politik seit dem Ende der splendid isolation gewesen und ist es bis zum Kriege geblieben. Harmlos war das Thema für Deutschland nicht. England wußte, wie Frankreichs Augen unverrückt auf Elsaß-Lothringen gerichtet waren, es hörte die Revanchetöne, die wieder und wieder aus den russisch-französischen Verbrüderungsfesten hervorklangen, es kannte die Bedingungen, die Frankreich fast bei jeder Anleihe dem verbündeten Rußland für Verbesserung seiner

militärischen Rüstung und für den Ausbau seines strategischen Bahnnetzes gegen Deutschland auferlegte, kurz, England durchschaute zum mindesten so gut wie wir die feindseligen Tendenzen der französisch-russischen Allianz, in deren Hintergrund schon mehr als einmal der Krieg geschwebt hatte. Wundern konnte sich deshalb doch niemand über die Besorgnis, mit der aller Augen in Deutschland diese Entwicklung der englischen Politik verfolgten. Schließlich hatte ja auch der Stifter der Einkreisungspolitik, König Eduard selbst, wiederholt öffentliche Winke gegeben, wie er sein Werk verstanden haben wollte. Die auffällige Bevorzugung, die er einem so energischen Revanchepolitiker wie dem Minister Delcassé noch bald nach dessen Sturz im Frühjahr 1906 in Paris angedeihen ließ, hatte jeden Zweifel über den Geist der Freundschaft zerstreuen müssen, die England mit Frankreich verband.

Sir Edward Grey hielt sich für seine Person von der Bekundung positiv unfreundlicher Gesinnung gegen Deutschland zurück. Es kann fraglich sein, ob er selbst die aggressiven Tendenzen der russisch-französischen Politik in ihrer ganzen Schärfe erkannt hat; wahrscheinlich hat er sich zugetraut, diese Tendenzen nach den Bedürfnissen der englischen Politik zu dosieren, und manches spricht dafür, daß er aus seinen Kombinationen die Möglichkeit gewisser Annäherungen an Deutschland nicht ausschloß und sie mit der Aufrechterhaltung des engeren

Verhältnisses zu Frankreich und Rußland für vereinbar hielt. Seine Haltung ist nicht so eindeutig gewesen, wie die der französischen und russischen Staatsmänner. In diesem komplizierten Gehirn liefen verschiedene politische Gedankenreihen, die nicht alle zu den Zielen der Entente konvergiert haben mögen.

Es soll hier nicht erörtert werden, ob Deutschland imstande gewesen wäre, diesem Weltverhältnisse eine ganz andere Richtung zu geben, wenn es um die Jahrhundertwende den englischen Annäherungsversuchen gefolgt wäre und im Falle erreichter Verständigung seine Flottenpolitik entsprechend modifiziert hätte. Im Jahre 1909 bauten sich die Zustände, deren Schilderung in großen Linien hier versucht wird, doch darauf auf, daß England, übrigens im vollen Einklang mit seiner traditionellen Gegnerschaft gegen die jeweils stärkste kontinentale Macht, feste Stellung auf seiten Frankreichs und Rußlands genommen hatte, während Deutschland seinen Flottenbau festgelegt, seiner Orientpolitik eine sehr bestimmte Richtung gegeben und mit dem durch die Politik der letzten Jahre nicht abgeschwächten Gegensatz zu Frankreich zu rechnen hatte. Mußte Deutschland in der prononcierten Freundschaft mit dem Zweibunde eine bedrohliche Stärkung der aggressiven Tendenzen der französisch-russischen Politik erblicken, so hatte sich wiederum England in den Gedanken seiner Bedrohung durch die wachsende deutsche Flotte festgelebt, galt

ihm unsere Orientpolitik als Übergriff in alte eigene Rechte. Scharfe Worte waren auf beiden Seiten gefallen. Frostig und von Mißtrauen erfüllt war die Stimmung.

Deutschlands Lage mußte unter diesen Verhältnissen um so prekärer erscheinen, als der Dreibund sich zwar nicht äußerlich gelockert, aber doch an innerer Konsistenz verloren hatte. Nicht, was Österreich-Ungarn angeht: hier herrschte das beste Einverständnis. Immerhin hatten wir in Algeciras die Grenzen gesehen, die die diplomatische Hilfe Österreich-Ungarns nicht überschritt. Italien aber neigte, nachdem es sich mit den Westmächten durch Visconti-Venosta über Marokko und Tripolis verständigt hatte, immer sichtbarer zu Frankreich hin, während seine Balkanaspirationen, auch über die Bewegungen der Irredenta hinaus, im Bundesverhältnis mit der Donaumonarchie niemals rechte Wärme aufkommen ließen. Ein auswärtiger Minister wie Prinetti konnte kaum noch als loyaler Vertreter der alten Dreibundpolitik gelten. Die Sorgen um die Mittelmeerinteressen wiesen überdies Italien auf England hin, ganz zu schweigen von den Perspektiven, die ihm englische Gegnerschaft in seiner der englischen Flotte so gut wie hilflos exponierten Insularlage eröffnet haben würde. Italiens Haltung auf der Konferenz in Algeciras und während der bosnischen Krise war für die wirkliche Lage der Dinge bezeichnend gewesen. Die

Extratouren hatten doch zu bedenklichen Intimitäten geführt.

Die äußere Lage, die ich im Sommer 1909 vorfand, war also doch, zusammenfassend gesagt und rein objektiv betrachtet, folgende: England, Frankreich und Rußland waren zu fester Koalition zusammengeschlossen. Angegliedert war ihnen durch englisches Bündnis Japan. Die großen englisch-französischen und englisch-russischen Gegensätze der früheren Zeit waren durch Vereinbarungen beseitigt, bei denen jeder Teil doch seinen Vorteil gefunden hatte. Italien, mit seinen Mittelmeerinteressen zwar in Reibung mit den Westmächten, aber doch zugleich auf sie angewiesen, hatte sich der Gruppe immer mehr genähert. Der Kitt im Gebäude der Koalition waren die durch Englands Politik des do ut des etablierte Interessengemeinschaft der Koalitionsmächte untereinander und der Antagonismus jeder einzelnen Macht gegen Deutschland. Die grundsätzliche Gegnerschaft der französisch-russischen Allianz war bei Frankreich durch die erste Marokkokrise, bei Rußland, übrigens in schnöder Undankbarkeit gegen unsere Haltung in seinem Kriege mit Japan, durch die bosnische Krise gesteigert. Japan wiederum trug uns unsere Haltung in Schimonoseki nach. Englands wirtschaftlicher Gegensatz zu dem deutschen Nebenbuhler war durch unsere Flottenpolitik zu einem akut politischen geworden. In dieser Situation mußte Deutschland nach meiner Über-

zeugung versuchen, die Hauptgefahr der französisch-russischen Allianz, die wir in sich nicht sprengen konnten, dadurch zu brechen, daß dem Zweibund der englische Kredit für seine antideutsche Politik geschmälert wurde. Das bedeutete für uns den Versuch, uns mit England zu verständigen.

Der Kaiser war mit einer solchen Politik nicht nur einverstanden, sondern bezeichnete sie mir in wiederholten Beratungen als die einzig mögliche und persönlich von ihm mit allen Mitteln erstrebte.

* *

*

Der Kaiser stand tief unter dem Eindruck unserer Umklammerung. Wenn er von Zeit zu Zeit in temperamentvollen Äußerungen die starke Weltstellung Deutschlands feierte, so leitete ihn doch nur der Wunsch, die Nation, deren ungeahnter Aufschwung ihn mit selbstbewußtem Stolz erfüllte, zu immer neuer Steigerung ihrer Kräfte anzuspornen und den Alltag mit dem Drang seiner enthusiastischen Natur zu beflügeln. Stark und wehrhaft wollte er sein Volk, aber deutsche Mission, die ihm innerster Glaube war, sollte eine Mission der Arbeit und des Friedens sein. Daß diese Arbeit und dieser Friede durch die uns umlauernden Gefahren nicht zerstört würden, war seine unablässige Sorge. Wiederholt hat mir der Kaiser erzählt, daß er seine Tangerfahrt im

Jahre 1904, von der er wohl wußte, daß sie uns in gefährliche Engagements verwickeln würde, sehr gegen eigenes Wollen und nur auf das Drängen seiner politischen Ratgeber unternommen habe, wie sich denn auch sein persönlicher Einfluß auf friedliche Erledigung der Marokkokrisis des Jahres 1905 sehr stark geltend gemacht hat. Und dem gleichen Friedensbedürfnis war doch auch seine Haltung während des Burenkrieges sowohl wie im russisch-japanischen Kriege entsprungen. Einem kriegerisch gesinnten Herrscher hätten Gelegenheiten zum militärischen Eingreifen in die Welthändel wahrlich nicht gefehlt.

Deutsche Kritik hat schon damals wiederholt bemängelt, daß durch zu häufige öffentliche Betonung unserer Friedfertigkeit weniger der Frieden gefördert, als umgekehrt die Entente in ihrer eine Änderung des status quo erstrebenden Politik bestärkt werde. In einer auf materielle Macht pochenden, die Erhaltung des Weltfriedens nur akzidentell berücksichtigenden Periode des Imperialismus, wie es die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege waren, sind solche Betrachtungen unzweifelhaft bedeutungsvoll, und vielleicht erklärt sich auch manches, deutsche Kriegsmacht stark herausstreichende Wort des Kaisers aus ähnlichen Erwägungen. Gewiß minderten solche Äußerungen die allgemeine Nervosität nicht herab, welche die internationale Atmosphäre erfüllte. Ihren wirklichen Nährboden aber hatte die Weltunruhe doch

in der Politik der balance of power, die darauf hinauslief, Europa in zwei einander mißtrauende, waffenstarrende Lager zu scheiden. Auch kannten die Botschafter der Großmächte den Kaiser persönlich nahe genug, um genau zu wissen, daß seine Intentionen trotz allem die friedfertigsten waren, und es hat einer nur durch Kriegspsychose erklärlichen Unwahrhaftigkeit bedurft, um der Welt das haßerfüllte Zerrbild eines nach Weltherrschaft, Krieg und Blut lechzenden Tyrannen vorzutäuschen. Vielleicht liegt die größte Tragik des Geschickes, das den Kaiser betroffen hat, in dieser namenlosen Entstellung eines tief innerlich von den Idealen des Friedens erfüllten Willens, und wem es wie mir beschieden war, nach jahrelangem, vertrauensvollstem Gedankenaustausch die Leidenschaftlichkeit mitzuempfinden, mit der dieser Wille in dem unheilvollen Sommer 1914 nach einem friedlichen Ausweg gesucht hat, der kann ahnen, in welchem Grade der gewaltige Schmerz um den Niederbruch Deutschlands durch solche Schändung innerster und auf überzeugtes Christentum gegründeter Gesinnung verbittert werden mag.

* *

*

Die inneren Zustände Deutschlands waren, als ich das Kanzleramt antrat, verworren. Die Blockpolitik des Fürsten Bülow war insofern ein zweifelloser Erfolg ge-

wesen, als sie den fortgeschrittenen Liberalismus wenigstens zeitweise aus der unfruchtbaren Stellung einer Oppositionspartei sans phrase herausgerissen und damit der Regierungspolitik eine breitere Basis gegeben hatte. Die Zusammenarbeit mit dem Fortschritt aber war den Konservativen aus sachlichen und persönlichen Gründen von Anfang an unsympathisch gewesen, und vollends das Zentrum, das durch zahlreiche Verbindungsfäden viel eher an die Rechte geknüpft war, ertrug die Oppositionsstellung an der Seite der Sozialdemokratie, in die es durch die Blockwahlen geworfen war, mit begründetem Widerstreben. Vielleicht wären günstigere Ergebnisse erzielt worden, wenn die Regierung die Frontstellung gegen das Zentrum früher als nur vorübergehende Erscheinung behandelt hätte. Mit dem Zerfall des Blockes war die Zerrissenheit der Parteien größer geworden, als sie es vor seiner Begründung gewesen war. Die Rechte, froh, von der Bundesgenossenschaft mit dem Fortschritt befreit zu sein, war geneigt, entschiedener als zuvor, namentlich im preußischen Landtag, extrem-konservative Anschauungen zu betonen. Die bürgerliche Linke fühlte sich durch das Fehlschlagen ihrer Hoffnungen auf nachhaltigere Beeinflussung der Politik bitter enttäuscht und glitt wieder in das oppositionelle Fahrwasser. Die Sozialdemokratie, durch die Blockwahlen empfindlich geschwächt, hatte sich nur noch tiefer in Unversöhnlichkeit verbissen.

Nur das Zentrum war schließlich auf seine Rechnung gekommen. Dank einer geschickten Führung, welche die in ihm vereinigten konservativen und demokratischen Kräfte fest zusammenzuhalten wußte, und dank einer vorsichtigen, jede vorzeitige Festlegung vermeidenden Taktik hatte es wieder die Stellung erworben, die der durch die Gesamtverhältnisse bedingten Politik der Diagonale am besten entsprach.

Die allgemeine Verärgerung der Parteien fand in der Volksstimmung außerhalb der Parlamente reichliche Nahrung. Heute will es ja geradezu unerklärlich erscheinen, wie um die Erbschaftssteuer mit ihren doch erträglichen Auflagen ein so erbitterter Kampf geführt werden konnte, in dem sogar Grundsätze deutscher Familienethik gegen die Steuer ins Feld geführt wurden. Der Widerstand, namentlich der Konservativen, war hier wie in anderen Fragen unendlich kurzsichtig gewesen und hat zur Schädigung der Partei im Lande nachhaltig beigetragen, soviel sie sich auch auf die Zustimmung, besonders der im Bund der Landwirte, zusammengefaßten Kreise berufen konnte. Der Vorwurf, daß die konservative Gegnerschaft auf eine Schonung des eigenen Geldbeutels hinauskomme, lag zu nahe, als daß er nicht mit Begierde für die Agitation in weiten Volksschichten aufgegriffen worden wäre. Wenn dem Zentrum die Ablehnung der Erbschaftssteuer weniger nachgetragen wurde, so lag das wohl an seiner konniventeren Haltung

zur preußischen Wahlreform. Die Versteifung der Konservativen auf das Klassenwahlrecht, das sie im Gang unserer Entwicklung so augenfällig begünstigte, rückte im Verein mit ihrer Weigerung, die Last der den Grundbesitz allerdings wohl schärfer als das mobile Kapital treffenden Erbschaftssteuer zu akzeptieren, ihre Politik doppelt stark in den Schein eigensüchtigen Klasseninteresses.

Die Parteipresse tat das ihrige, um die entstandene Zwietracht zu nähren, anstatt sie allmählich auszugleichen. Angesichts des Sieges der Reaktion über den Liberalismus — so wurde doch das Schicksal der Blockpolitik und der Sturz des Fürsten Bülow vielfach empfunden — ergingen sich sozialdemokratische und demokratische Zeitungen in leidenschaftlichen Darstellungen der allgemeinen Rückständigkeit unserer von einer angeblich allmächtigen Junkerkaste abhängigen politischen Verhältnisse, ohne die irrigen Vorstellungen zu bedenken, die solche weit über das Ziel hinausschießenden Übertreibungen im Ausland hervorriefen. Klagen über diese Wirkung sind mir im Laufe der Jahre wiederholt von Deutschen entgegengebracht worden, die, mit unseren tatsächlichen Zuständen vertraut, das Echo im Auslande vernahmen, und die Behauptung geht nicht zu weit, daß die im Kriege betriebene Haß- und Verachtungspropaganda der Feinde so gut aus diesen wie aus alldeutschen Quellen geschöpft hat.

Persönlich bekam ich die Zerfahrenheit unserer inneren

Verhältnisse voll auszukosten. Dem Vorwurf, Regierungs-politik zu treiben, wollte sich keine Partei aussetzen. Schon aus diesem Grunde verbot sich jeder Versuch, eine feste Parlamentsmehrheit zu bilden. Gegensätze politischer Überzeugung hätten es mir überdies unmöglich gemacht, meine Gesamtpolitik denjenigen Parteien anzupassen, welche schließlich die Steuerreform gemacht hatten, so wenig umgekehrt eine Politik im Sinne der Sozialdemokratie und des Fortschritts möglich gewesen wäre. Majoritätsbildung von Fall zu Fall blieb der einzige Ausweg. Tatsächlich ist es auf diesem Wege gelungen, abgesehen von der Wahlreform für Preußen, im Laufe der Jahre fast alle Regierungsvorlagen in annehmbarer Form zu verabschieden. Darunter doch auch einschneidende Gesetze, wie die elsaß-lothringische Verfassung, die Reichsversicherungsordnung und die großen Wehrvorlagen. Ein von parteipolitischer Voreingenommenheit freies Urteil wird anerkennen müssen, daß die Reichsgesetzgebung, als Ganzes genommen, auf diesem Wege zwar einen parteidogmatisch angreifbaren Charakter erhalten, den vielgestalteten praktischen Bedürfnissen aber besser Rechnung getragen hat, als es eine unter reinem Parteiregiment stehende Legislatur getan hätte.

Im übrigen lag meinem viel kritisierten und bespöttelten Streben, die Regierung über den Parteien zu halten, eine Endabsicht zugrunde, die ich als ein Hauptziel der inneren Politik ansah und die mir auf anderem Wege

nicht erreichbar schien. Daß die Sozialdemokratie, neben erbittertem Kampf gegen das historisch Gewordene und neben zahlreichen wirtschaftlich und politisch gleich unmöglichen Utopien, große, ebenso von idealen Gedanken getragene wie den politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen der Welt angepaßte Ziele verfolgte, konnte erstrebter Vorurteilslosigkeit nicht fraglich bleiben. Ihre nach Millionen zählenden Anhänger rekrutierten sich vornehmlich aus einer Arbeiterschaft, die auf große Leistungen produktiver Tätigkeit verweisen konnte, wirtschaftlich von den Gewerkschaften, politisch von der Parteiorganisation mit ungemein straffen Mitteln fest zusammengehalten wurde. Daß diese Macht durch repressive Gewaltmaßregeln unterdrückt werden könne, entsprang irrtümlichen Vorstellungen von den Grenzen staatlicher Möglichkeiten, und der in manchen bürgerlichen Kreisen vorherrschende Wunsch, die Sozialdemokratie dauernd in der Stellung erklärter Reichs- und Staatsfeindschaft zu belassen, vielleicht sogar noch tiefer in diese Position hineinzustoßen, war real unmöglich und mit den Aufgaben staatserhaltender und ruhig aufbauender Politik, wie ich sie verstand, nicht vereinbar. Meiner entgegengesetzten Überzeugung hatte ich schon als Staatssekretär des Innern in der Form Ausdruck gegeben, daß ich bei einer Begrüßung des Deutschen Arbeiterkongresses die Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft als wichtigste Aufgabe

der Zeit bezeichnete, auch bald darauf die gleichen Gedanken bei Vertretung des leider gescheiterten Arbeitskammergesetzes im Reichstag wiederholt nachdrücklich verfocht. Diese Linie habe ich unverändert, im Kriege mit verstärktem Nachdruck, festgehalten.

Der Aufgabe, die sozialdemokratische Partei allmählich zu einer im staatlichen Sinne positiven Mitarbeit hinüberzuleiten, stellten sich dauernd große Hemmungen entgegen. Die negative Haltung der Sozialdemokratie bei den Etatsbewilligungen und bei Wehrvorlagen, terroristische Ausschreitungen im Lohnkampf, die Hervorkehrung internationalistischer Tendenzen und wiederholte schwer verletzende Angriffe auf die Monarchie machten weiten bürgerlichen Kreisen, die teils überzeugt, teils gewöhnt worden waren, die dauernde und ausnahmslose Bekämpfung der Sozialdemokratie als erste Forderung von Gesinnungstüchtigkeit zu betrachten, jeden Staatsmann suspekt, der andere Wege zu gehen entschlossen war. Bismarcks Geist wurde ohne Rücksicht darauf beschworen, daß auch den überzeugtesten Anhängern seiner Politik gegen die Sozialdemokratie der inzwischen eingetretene Wandel der Verhältnisse nicht verborgen bleiben konnte. Vermochten auch die Sozialdemokraten ihre Verbitterung mit den unter dem Sozialistengesetz erlittenen Verfolgungen sowie mit manchem harten Worte der Folgezeit zu erklären, so waren sie es doch eben selbst, welche den Mühlen ihrer Gegner immer

wieder Wasser zuleiteten und die Abwehr der vom Herrenstandpunkt diktierten und auf Ausnahmegesetze dringenden Wünsche nicht gerade erleichterten.

* *

*

Der Führung der auswärtigen Geschäfte waren die unklaren, jeder Stabilität entbehrenden Parteiverhältnisse überaus nachteilig. Viel zu schwierig war die geschilderte auswärtige Lage Deutschlands, als daß sie den Luxus leidenschaftlicher innerer Kämpfe vertragen hätte, die dem uns unfreundlich gesinnten Ausland nur als Zeichen der Schwäche willkommen sein konnten. So entschieden auch das politische Leben unumwundene Kritik an Sachen und Personen erfordert, so läuft doch die ganz ungehemmte Rücksichtslosigkeit auf die Dauer Gefahr, den Anschein politischer Unfertigkeit zu erwecken, und ohne eine innere Geschlossenheit, die spottlustiger Kritik Zügel anzulegen weiß, ist eine wirksame Vertretung der Landesinteressen gegenüber dem Auslande auf die Dauer unmöglich.

Das deutsche Volk hat sich nur schwer daran gewöhnt, den auswärtigen Problemen diejenige Beachtung zu schenken, die sein tatsächlicher Eintritt in die Weltpolitik erheischte. Auch aus den alljährlichen Debatten seiner Vertreter im Reichstag bei den Etatsberatungen gewinnt man kaum den gegenteiligen Eindruck, ja manches

bei dieser Gelegenheit gefallene Wort, das draußen zwecklos böses Blut machen mußte und gemacht hat, erweckte Zweifel, ob die Gefährlichkeit unserer äußeren Lage, die umgekehrt bei Wehrvorlagen häufig zu auffällig unterstrichen wurde, bei Erörterungen der Gesamtpolitik auch immer genügend respektiert worden ist. Das Volk in seiner Gesamtheit neigte nicht zu chauvinistischen Regungen. Es las weder Nietzsche noch Bernhardi und dachte, da die ausgesprochen materialistische Richtung der Zeit in dem märchenhaften geschäftlichen Aufschwung reichliche Betätigung und Genüge fand, weder an Eroberungen noch an Weltherrschaft. Dieser Grundstimmung entsprach doch auch im wesentlichen die Haltung der Parteien, trotz dem nationalistischen Zuge mancher Wortführer. Allerdings hatte die Sozialdemokratie, die in ihren internationalen Tendenzen, in ihrer Ablehnung jeder Rüstungspolitik und ihrer Befürwortung der Schiedsgerichtsidee ein in sich durchaus folgerichtiges Programm vertrat, gerade durch die Hervorkehrung internationaler Momente mit dazu beigetragen, daß die entgegengesetzten Anschauungen häufig mit einer Schärfe vorgebracht wurden, die zu schwersten Auseinandersetzungen führte, und die in dem unseligen Gegensatz von nationalen und antinationalen Parteien gipfelte. Die alldeutsche Propaganda förderte diese Entwickelung.

So unwahr die während des Krieges im Ausland verbreitete Vorstellung ist, daß deutsches Wesen im All-

deutschtum seinen Ausdruck finde, so wenig konnte doch schon 1909 verkannt werden, daß die alldeutsche Bewegung bei den Konservativen und Nationalliberalen festen Boden zu gewinnen begann. Auf die Politik der Regierung wirkte dies nicht zurück. Gleich im Anfang meiner Kanzlerzeit hatte ich Anlaß, den Vorstoß eines alldeutschen Vereins scharf zurückzuweisen. In welchem Grade aber die auswärtige Politik dadurch erschwert wurde, daß Parteien mit starkem Rückhalt im preußischen Staatsorganismus, in Armee und Marine sowie in der Großindustrie Tendenzen zuneigten, welche sich mit alldeutschen Ideen berührten, sollte ich namentlich bei der Marokkokrisis des Jahres 1911 und bei den Versuchen einer Verständigung mit England genugsam erfahren. Nicht daß die Konservativen und Nationalliberalen eine auf Krieg ausgehende Politik betrieben hätten. Aber sie hielten sich nicht frei von Allüren, welche von Mißwollenden als Zeichen von Überhebung gedeutet werden konnten, und erschwerten meine auf Abglättung der äußeren Reibungsflächen gerichteten Bestrebungen häufig durch den Vorwurf der Schwäche. Die beliebten Berufungen auf Bismarck unterstützten solche Beschuldigungen um so wirksamer, als Epigonen gegenüber dem ihnen vorgehaltenen Bilde des Heros auch dann machtlos sind, wenn sie glauben, daß dessen politische Methoden nachträglich verkannt werden, und daß der Verschiedenheit der Situationen ein bestimmender

Einfluß auf die jeweilige Politik zuerkannt werden muß.

Die zunehmende Annäherung der konservativen und nationalliberalen Anschauungen an die alldeutsche Richtung war in Momenten der inneren und äußeren Politik zugleich begründet. Die verhängnisvolle Materialisierung der öffentlichen Lebensinteressen, welche die Signatur des letzten Menschenalters gewesen ist, mußte auf das politische Parteileben zurückwirken. Äußerte sie sich bei den Konservativen in dem überragenden Einfluß des Bundes der Landwirte und seiner Interessen, so bei den Nationalliberalen in dem der Großindustrie. Ideelle Bestrebungen aber, wie sie früher geherrscht hatten, konnte keine Partei ganz entbehren. Unwillkürlich fand sich deshalb die Berührung mit denjenigen Kreisen, welche die nationale Parole am lautesten hinausriefen, und denen einen Vorsprung in der Bekundung nationaler Gesinnung zu lassen, die hohen Parteitraditionen nicht zu erlauben schienen. Die berechtigte Erregung über die Provokation, als welche die Einkreisungspolitik vom ganzen Volke empfunden werden mußte, steigerte die Stimmungen. Denn nicht scharf genug kann betont werden, daß selbst die Auswüchse des Alldeutschtums zu nicht geringem Teile nur das Echo auf die leidenschaftlichen Ausbrüche eines Chauvinismus in den Ententeländern waren, der sehr zum Unterschied von den deutschen Zuständen in der

offiziellen Politik dieser Mächte seinen Untergrund hatte. Dieses Moment behält seine einschneidende Bedeutung ganz unabhängig davon, daß die alldeutschen Ideen viel Verwirrung in deutschen Köpfen angerichtet haben und so verhängnisvoll von unseren Feinden zur Diskreditierung deutschen Wesens haben ausgebeutet werden können. Mochte bei uns in nationalem Überschwang gefehlt worden sein, so war doch auch das Germaniam esse delendam in die aufhorchende Welt gerufen worden, mit nüchternen Geschäftserwägungen, aber darum vielleicht um so eindringlicher begründet.

2.

Französische Schwierigkeiten.

Als der französische Botschafter Jules Cambon mir im Frühjahr 1911 den bevorstehenden Marsch auf Fes ankündigte, konnte er eine gewisse Verlegenheit nicht verbergen. Zu offensichtlich widersprach diese neueste Digression der französischen Politik dem mir so oft bezeugten Wunsche nach ungetrübten Beziehungen beider Länder. War schon die Akte von Algeciras letzten Endes ein von der entente cordiale für Frankreich errungener Sieg gewesen, hatte sodann die französische Politik die damals noch durchgesetzten Beschränkungen ihrer marokkanischen Position allmählich und in zäher Detailarbeit abzutragen versucht, so sollte jetzt ein kräftiger Schritt auf dem Wege zum Protektorat unter Beiseiteschiebung internationaler Vereinbarungen getan werden. Daß wir, die wir durch die Vorgänge des Jahres 1905 politisch engagiert und neben Frankreich die Hauptvertreter materieller Interessen in Marokko waren, diesen eigenmächtigen und von uns in keiner Weise provozierten Vorstoß stillschweigend hinnehmen könnten, war man wohl auch in Paris nicht des Glaubens. Aber die Herren am Quai d'Orsay reagierten nicht auf unser Begehren, die mit dem französischen Vorgehen zerfallende Akte von Algeciras durch eine neue Vereinbarung über

die wechselseitigen Rechte beider Länder zu ersetzen. Der damalige Staatssekretär von Kiderlen-Waechter — wohl der fähigste Diplomat Deutschlands in der letzten Zeit, aber während der langen relativen Tatenlosigkeit seines Balkanpostens den wesentlichen Problemen unserer Politik ferner gerückt und leider zu spät zu maßgebender Mitwirkung an der Zentralstelle berufen — gelangte schließlich zu der Überzeugung, daß ohne ein drastisches Mittel Frankreich überhaupt nicht zum Sprechen zu bringen sei. So ist die vielberufene Sendung des „Panther" nach Agadir entstanden. Sie war nichts als die durch das latitierende Verhalten des Pariser Kabinetts erzwungene, nicht mehr zu übersehende Annoncierung unseres Wunsches nach gründlicher Aussprache, eine defensive Antwort auf das aggressive Vorgehen Frankreichs. Als drittes Moment, das die Situation ebenso bezeichnete, wie den weiteren Verlauf bestimmte, trat die in der bekannten Rede Lloyd Georges[1]) manifestierte drohende Haltung Englands gegen Deutschland hinzu. Diese Momente

---

[1]) Lloyd George sprach am 21. Juli 1911 bei einem Festmahl im Mansion House. Nachdem er sich über die Wohltaten des Friedens und über Englands historische Rolle ausgesprochen hatte, fuhr er fort: „Wenn uns eine Lage aufgezwungen werden sollte, in welcher der Friede nur durch die Aufgabe der großen und wohltätigen Stellung bewahrt werden könnte, die Britannien durch Jahrhunderte heroischen Vollbringens gewonnen hat, dadurch, daß in Fragen, wo seine Interessen lebenswichtig sind, eine Behandlung Britanniens zugelassen würde, als zähle es nicht mehr im Rate der Völker, dann sage ich nachdrücklich, daß Friede um

müssen festgehalten werden, wenn die Bedeutung der Krise für die Gestaltung der Weltverhältnisse nicht verkannt werden soll. Wirkte der überraschende „Panthersprung“ zuerst sensationell und beunruhigend, so konnte doch auch denjenigen Mächten, welche zwar Frankreich jede Eigenmächtigkeit verstatteten, ein dagegen protestierendes Deutschland aber der Welt als Störenfried denunzierten, die Erkenntnis nicht fernliegen, daß zu kriegerischer Bedrohung Frankreichs wohl ein anderes Mittel gewählt worden wäre, als die Stationierung eines kleinen Kanonenbootes im Hafen von Agadir. Vollends durch ihr unbeirrtes Festhalten an dem eingeschlagenen Kurse hat die deutsche Politik gezeigt, daß es ihr von Anfang herein um nichts zu tun war, als um eine schiedliche Vereinigung der von Frankreich hervorgerufenen Differenzen.

Die herrischen Worte Lloyd Georges mußten Deutschland gewaltig erregen. Das Weltimperium, das anzustreben wir später hypokritisch bezichtigt worden sind, vindizierte sich England hier selbst mit Worten, die

---

diesen Preis eine Erniedrigung sein würde, die für ein großes Land wie das unsere unmöglich zu ertragen wäre.“ Der Botschafter Graf Wolff-Metternich erhielt darauf den Auftrag, Sir Edward Grey gegenüber in energischer Sprache die Lloyd Georgesche Provokation zurückzuweisen. Wir hätten niemals beabsichtigt, über englische Rechte oder Interessen zu verfügen. Solche Absichten beständen nur in der englischen Einbildung. Drohende Warnungen aber würden Deutschland nur zum Festhalten an seinem Rechte ermuntern.

jeden Krieg für berechtigt erklärten, den Großbritannien für die Respektierung seiner Oberhoheit führen werde. Ein schneidender Kontrast zu den im Weltkrieg beliebt gewordenen Ergüssen über die Gleichberechtigung der Nationen und die eigene unbegrenzte Friedensliebe! Die Erregung zu dämpfen war schier unmöglich. Zu tief hatte sich in all den letzten Jahren infolge der Politik König Eduards das Mißtrauen gegen England eingefressen, und die Erbitterung beschränkte sich nicht etwa nur auf die Kreise, denen chauvinistische Empfindungen nachgesagt werden konnten, oder auf sogenannte Militaristen, sondern ergriff auch Volksschichten, denen friedliche Entwicklung unbedingt am Herzen lag. Der Kaiser, obwohl persönlich vielfach bedrängt, hat sich in jenen schwülen Wochen keine Sekunde lang in seinen festen Vorsätzen beirren lassen, und in voller Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt konnte ich eine Politik der Verhandlungen fortsetzen, die schließlich durch den Vertrag vom 4. November 1911 abgeschlossen worden ist.

Die schneidende Kritik, die der Reichstag an dieser Politik geübt hat, will mir auch nachträglich politisch nicht klug erscheinen. So leidenschaftliche Angriffe auf den, der tödliche Gefahr zu bannen geholfen hat, exponierten im Auslande zu leicht dem falschen Verdacht, als wäre der Ausbruch der Katastrophe lieber gesehen worden. Waltete aber die Absicht vor, England zu warnen, so wurde verkannt, daß die scharfen, auf öffentlicher Parlaments-

tribüne gebrauchten Worte auf englische Mentalität umgekehrt wirken mußten, wie gewollt war. Die Erfahrungen des Jahres 1902, wo die an sich erforderliche Korrektur des Chamberlainschen Fehlgriffes wohl die öffentliche Meinung bei uns befriedigte, aber in England schwer verletzte, hätten abraten müssen[1]). So wurde, wenn auch vielleicht unbeabsichigt, meine Politik, die das Feuer von dem hoch aufgehäuften Explosivstoff fernhalten wollte, offensichtlich entwertet. Wie irreal dabei die Verhältnisse eingeschätzt wurden, zeigte die merkwürdige Ansicht des seiner Partei gerade in auswärtigen Fragen als Autorität geltenden Abgeordneten Bassermann, der meinte, daß den Franzosen, sofern sie nicht sprechen wollten, der Ernst der Lage nicht durch den „Panther", sondern durch militärische Vorgänge hätte klargemacht werden sollen, „die sich an unserer Westgrenze abspielen konnten, da ja doch alle Streitigkeiten mit Frankreich, die zum Kriege führten, nicht in Afrika, sondern in Europa entschieden würden."

Auch der Spott über die angebliche Wertlosigkeit des Vertrages vom 4. November hätte sich beherrschen dürfen. Unzweifelhaft standen enttäuschte Hoffnungen industrieller Kreise im Hintergrund, die schon vor der Krise nicht müde gewesen waren, vermöge ihres stark wachsenden Einflusses, namentlich auf die National-

---

[1]) Sitzung des Reichstages vom 8. Januar 1902.

liberalen, auch im Reichstag die marokkanische Frage andauernd im Fluß zu halten, und die einen mit starken publizistischen Mitteln gestützten Versuch gemacht hatten, für doch begrenzte industrielle Interessen die Politik des Landes in Anspruch zu nehmen. Mochten auch mancherlei mit dem Wirtschaftsabkommen von 1909 unverträgliche französische Böswilligkeiten und Schikanen gegen die Betätigung deutscher Industrie im scherifischen Reich Klagen rechtfertigen, so schien man sich auf dieser Seite weder damals noch im Verlauf und beim Abschluß der Krisis von 1911 genügend Rechenschaft von unserer allgemeinen, der bestehenden Mächtegruppierung entspringenden Zwangslage zu geben, auch den Umstand nicht hinlänglich zu bedenken, daß es eine lastende Erbschaft war, die liquidiert werden mußte.

Eine für die persönlichen Auffassungen des Kaisers doch bezeichnende Episode verdient Erwähnung. Um den demonstrativen Charakter nach Möglichkeit abzuschwächen, den die Reichstagssitzung vom 9. November durch den auffälligen Beifall des alldeutschen Einflüssen zugänglichen Kronprinzen zu gewissen scharfmacherischen Äußerungen einzelner Abgeordneter empfangen hatte, ließ mich der Kaiser noch während der Sitzung für denselben Abend zu sich fordern und gestattete mir, dem mitanwesenden Kronprinzen Ausführungen zu machen, die ich auf einen ähnlichen Ton abstimmen mußte, wie meine am folgenden Tage im Reichstag an den Ab-

geordneten von Heydebrand gerichteten Worte. So entschieden und markant billigte der Kaiser eine auf Ebnung der Weltgegensätze gerichtete Politik[1]).

[1]) Am 29. Oktober hatte Herr von Heydebrand auf einer konservativen Versammlung in Breslau in sehr starken Worten den Niedergang des deutschen Ansehens in der Welt beklagt und von der „grandiosen Unverschämtheit" des englischen Ministeriums gesprochen. Wenn sogar ein liberales Ministerium, das in England für weniger kriegslustig gelte, uns die Faust unter die Nase halten könnte und erklärte, über die Welt habe es allein zu gebieten, so sei es für uns, die wir 1870 hinter uns hätten, bitter hart. Die Stunde sei so ernst, daß er es nicht für patriotische Pflicht ansehen könne, die deutsche Regierung vor aller Welt herunterzureißen. Die Konservativen hätten die Regierung aber in keinem Stadium im Zweifel gelassen, daß, wenn sie es für ihre Pflicht erachtete, für Ehre und Macht des Deutschen Reiches einzustehen, die konservative Partei stets wie ein Mann hinter ihr stehen würde. In der Reichstagssitzung vom 9. November hatte Herr v. Heydebrand dann den Ton noch kriegerischer genommen und öffentlich scharfe Angriffe auf die Regierung gerichtet: „Das was uns den Frieden sichert, sind nicht diese Nachgiebigkeiten, sind nicht die Einigungen und die Verständigungen, sondern das ist nur unser gutes Schwert und zugleich das Gefühl, das die Franzosen wohl mit Recht haben werden, daß wir auch auf eine Regierung zu sehen hoffen, die gewillt ist, dieses Schwert zu gegebener Zeit nicht rosten zu lassen." Zu meinen Ausführungen über die Rede Lloyd Georges sagte Herr von Heydebrand: „Wenn wir da eine Sprache hören, die wir ganz einfach als eine Drohung, als eine Herausforderung, als eine demütigende Herausforderung annehmen, dann kann man nicht so leicht darüber hinweggehen und sagen: Das sind Tischreden gewesen." Wie ein Blitz in der Nacht hätten diese Vorgänge dem ganzen deutschen Volke gezeigt, wo der Feind sitze: „Das deutsche Volk weiß jetzt, wenn es sich ausbreiten will auf dieser Welt, wenn es seinen Platz an der Sonne suchen will, den ihm sein Recht und seine Bestimmung zugewiesen hat, dann weiß es jetzt, wo derjenige steht, der darüber zu gebieten haben will, ob er das erlauben will oder nicht. Das sind wir Deutsche nicht gewöhnt, uns ge-

Das universalhistorische Fazit dieser zweiten Marokkokrisis scheint mir auch heute zu sein, daß Frankreich erneut einen schlagenden Beweis davon erhielt, wie fest es bei allen Differenzen mit Deutschland auf englische Unterstützung auch dann zählen konnte, wenn britische Interessen nur mittelbar berührt wurden.

* *
*

Übrigens ist die herausfordernde Marokkopolitik Frankreichs von den französischen Politikern durchaus nicht allgemein gebilligt worden. „L'impatience des réalisations", wie sie ein geistvoller Franzose genannt hat, war nicht nach dem Geschmack derjenigen, die an der langsamen Verschiebung der Gewichte zu ungunsten der Zentralmächte arbeiteten und sich durch das hitzige Vorgehen in Marokko gestört fanden. Auch war eine kleine Gruppe von Politikern und Finanzmännern der Idee eines Zusammenarbeitens mit dem deutschen Kapital bei

---

fallen zu lassen, und das deutsche Volk wird die Antwort zu geben wissen. Das deutsche Volk wird, wenn die Stunde kommt, wissen, wie diese Antwort zu lauten hat." Ich erwiderte auf diese und andere Ausführungen am nächsten Tage mit der durch die gesamte Lage gebotenen Schärfe und faßte die Mahnung zur Besonnenheit in dem Satze zusammen: Der Starke braucht sein Schwert nicht im Munde zu führen. Daß wir der Ehre Deutschlands gegenüber der Sprache der englischen Minister nicht das mindeste vergeben hatten, legte dann Herr von Kiderlen in einem eingehenden, alsbald der Presse übergebenen Bericht in der Budgetkommission dar.

gewissen umgrenzten Unternehmungen nicht abgeneigt. Koloniale Beteiligungen schienen möglich zu sein. Industrielle Verbindungen waren vorhanden und konnten sich ausbauen lassen. Aber auch die Anhänger solcher Kombinationen legten Wert darauf zu betonen, daß die große Frage, die die beiden Völker trennte, offen bliebe. Die europäische Auseinandersetzung mußte ja früher oder später kommen, unterdessen konnte man gelegentlich kleine politische und geschäftliche Arrangements treffen. Der Gedanke einer allgemeinen Verständigung wurde abgelehnt, wo er auftauchte, die Freundlichkeiten, die prominenten Franzosen in Deutschland, insbesondere vom Kaiser erwiesen wurden, besten Falles mit Höflichkeit, niemals ohne Mißtrauen registriert. Die große Strömung ließ sich nicht ablenken. Sie ging entschieden in der Richtung des Chauvinismus. Das Kabinett, das das Marokko-Abkommen geschlossen und die doch wahrlich nicht übermäßigen Opfer an französischem Kolonialbesitz gebracht hatte, mußte bald abtreten. Man fand sich durch diese Männer, die mit den Deutschen verhandelt hatten, geniert.

Der neue Ministerpräsident war die Hoffnung der Nationalisten und verbarg seine antideutschen Tendenzen nicht. Mit bewußter Absicht ließ Raymond Poincaré hervorheben, daß er von der lothringischen Grenze stamme. Der nationalistische Zug ging durch alle seine Kundgebungen, ihre Rückwirkung konnte in Elsaß-

Lothringen deutlich wahrgenommen werden. Natürlich aber fühlte sich Herr Poincaré nicht behindert, die Frucht der Arbeit seines Vorgängers, das marokkanische Protektorat, in die Scheuer zu bringen. Vor allem aber widmete er sich der militärischen Stärkung der Entente. Die Festlegung der englischen Bundeshilfe durch den Grey-Cambonschen Briefwechsel wird in der französischen Literatur gewiß mit Recht ihm als Hauptverdienst zugeschrieben. Die gleichzeitigen Flottenabmachungen, die beträchtliche Teile der englischen Marine nach der Nordsee zurückführten, gehören in das gleiche Kapitel. Als Herr Poincaré im Januar 1913 von einer immerhin erheblichen Majorität zum Sitz des Präsidenten der Republik emporgetragen wurde, ließ sich ermessen, welche Fortschritte die chauvinistische Entwicklung gemacht hatte. Offen ist zugegeben worden, daß diese Präsidentenwahl durch die auswärtige Politik bestimmt worden ist. Frankreich war bereit, unter der Führung dieses Präsidenten sehr schwere Opfer auf sich zu nehmen. Als Ministerpräsident hatte Herr Poincaré, wie mit Sicherheit behauptet worden ist, von seiner Reise nach Rußland die Verpflichtung mitgebracht, die dreijährige Dienstzeit einzuführen. Er war entschlossen, aus Frankreich militärisch das Letzte herauszuholen. Er fand einen sozialistischen Ministerpräsidenten ebenso bereit, auf diesem Wege mitzugehen, wie den ihm näherstehenden Herrn Barthou, dessen Kabinett dann die dreijährige Dienstzeit ungefähr

um die gleiche Zeit durchbrachte, wo der Reichstag die letzte große Heeresvorlage genehmigte. Er hat, ohne das auch der siegreichen Völker wartende Unheil ganz zu durchdenken, den Krieg vorbereitet, indem er die Konstellation schaffen half, die den Frieden bedrohte.

Die veränderte Tonart, die die französische Presse mit dem Machtaufstiege des Herrn Poincaré anschlug, konnte ich vom ersten Tage an bei meinen Unterredungen mit Herrn Cambon deutlich klingen hören. Bis dahin hatte der Botschafter wiederholt das Thema variiert, daß persönliche Fühlungnahme der leitenden Staatsmänner, die er selbst gern vermittelt hätte, dazu beitragen könne, die Beziehungen beider Länder in die von ihm selbst gewünschte Bahn gegenseitigen Verstehens überzuleiten. Den langwierigen Marokkoverhandlungen hatte zweifellos auch er mit andauernder Geduld und nicht schlechtem Willen zu friedlichem Ende verholfen. Von nun an war der Botschafter sichtlich verändert. Die Weise von den persönlichen Beziehungen wurde nicht mehr angestimmt, und wenn er mich nach seinen häufigen Pariser Ausflügen aufsuchte, blieb er zwar von der alten Verbindlichkeit, wurde aber, sobald wir auf den öffentlichen Geist in Frankreich zu sprechen kamen, trotz aller von ausgesuchtem französischen Esprit getragenen Worte einsilbig und vermied jede Andeutung, daß auch das Ministerium Poincaré von versöhnlichen Dispositionen geleitet werde,

die er an dem früheren Kabinett stets zu rühmen gewußt hatte.

Über die Entwicklung, die der französische Charakter in den letzten Jahren vor dem Kriege durchmachte, konnte man sich freilich nicht täuschen. Keine Übertreibung war es, wenn jetzt von einer ganz sichtbaren Renaissance der Nation nach ihrem Niederbruch im Jahre 1870 gesprochen wurde. Unser Militärattaché in Paris, Herr von Winterfeldt, machte in seinen Berichten unverändert auf die sichtlich wachsende Güte der Armee aufmerksam, in der sich doch nur die Ertüchtigung des ganzen Volkes aussprach. Vielleicht ist bei uns tiefere Beschäftigung mit dem wahren Wesen unserer westlichen Nachbarn nicht allgemein genug gewesen, um über gewisse geschmackwidrige und krasse Boulevarderscheinungen hinweg dem sich vollziehenden Wandel überall gerecht zu werden. Daß mit dem Erstarken der allgemeinen Volkskraft in einer Nation voll stolzer kriegerischer Überlieferungen, wie es die Franzosen sind, auch die chauvinistischen Leidenschaften aufschossen, war nur eine Erscheinung, wie sie allen ähnlichen geschichtlichen Entwicklungen eigen ist. Die Débâcle von 1870 konnte nicht vergessen werden, und vielleicht ohne sie direkt zu suchen, war Revanche für die militärische Niederlage doch ein populäres Gefühl, zumal die Regierung schon im Schulunterricht die Jugend systematisch zum Chauvinismus erziehen ließ. Daß der Verlust Elsaß-Lothringens dem

Volke keine Ruhe gelassen hatte, ist wohl unrichtig. Gewiß hat in den Departements der unmittelbaren Nachbarschaft der Gedanke an Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen dauernd fortgebrannt. Aber im übrigen Frankreich hätte das Volk eine wahrhafte Verständigung mit uns auf die Dauer um dieser Frage willen doch wohl nicht zurückgewiesen, wenn die Pariser Machthaber diesem Ziele nachgegangen wären. Da diese aber, insonderheit wieder unter der Leitung des Herrn Poincaré, sei es aus vaterländischer Überzeugung, sei es aus persönlichem Ehrgeiz, sei es weil sie nur so im Streit der Koterien ihre Macht behaupten zu können glaubten, immer bestimmter ihre Wendung gegen Deutschland nahmen, mußte das Volk folgen. Denn wohl in keinem Lande der Welt ist die Macht ehrgeiziger Minoritäten größer als in Frankreich. Franzosen selbst haben vor dem Kriege diese Zustände meisterhaft darzustellen gewußt.

Auch der französische Sozialismus hat erfolgreich gegen das nationalistische Treiben nicht ankämpfen können. Für die Mittel, mit denen in Frankreich, das seinen sozialen Hochstand doch stets so laut zu rühmen wußte, Chauvinismus gegen Sozialismus aufgerufen werden konnte, ist mir eine Illustration in dem vielgelesenen „Figaro" aus der Zeit der ersten Marokkokrise im Gedächtnis geblieben, in der ein Piou-piou dem als agitierendes altes Weib auftretenden Sozialismus gegen-

übergestellt wird mit den Worten: „Alte, du verlierst deine Zeit; deine Uhr ist abgelaufen.“ Die kriegerische Hoffnung der gesamten Nation ist die Allüberwinderin.

Kündigte sich noch im Jahre 1914 eine andere Wendung an? Aus den Kammerwahlen vom 26. April war zwar eine sichere Mehrheit für die dreijährige Dienstzeit hervorgegangen, aber die Stichwahlen im Mai waren ein voller Erfolg der Sozialisten, errungen, wie Jaurès in der Humanité schrieb, „gegen die zügellosen Verleumdungen des Nationalismus und des Rückschritts“. Und am 16. Juli nahm der französische Sozialistenkongreß einen dem Wiener internationalen Sozialistenkongreß vorzulegenden Beschlußantrag an, in dem unter Berufung auf Kundgebungen der Elsässer Sozialdemokraten und des Jenaer Kongresses der deutschen Sozialdemokraten verlangt wurde, „daß Elsaß-Lothringen seine Autonomie erhalte, von der Überzeugung durchdrungen, daß hierdurch die für den Weltfrieden notwendige französisch-deutsche Annäherung in sehr großem Maße erleichtert werde“. Der Weltengang hat über Jaurès' Leiche hinweg eine andere Richtung genommen. Herrn Poincaré war es nicht um Annäherung, nicht um Autonomie zu tun. Nehmen wollte er Elsaß-Lothringen. Dazu sollte ihm die Mitarbeit der Herren Suchomlinow und Genossen verhelfen.

3.

Deutsch-englische Ausgleichsversuche.

Ganz in den Anfang meiner Kanzlerschaft reichen Versuche zurück, durch Anknüpfung gegenständlich bestimmter Verhandlungen das Mißtrauen zu bekämpfen, das unser Verhältnis zu England belastete. Der Kaiser stand persönlich unter dem Eindruck nicht ganz ungünstiger Aussichten in England, und in den ersten Augusttagen 1909 begann ich Besprechungen mit dem Botschafter Sir Edward Goschen, die an die Flottenfrage anknüpften. Ich fand den Botschafter eher skeptisch gestimmt, habe auch in der Folge kaum den Eindruck gewonnen, daß er, obgleich sein Großvater noch Deutscher gewesen war, für eine wirkliche Annäherung zwischen beiden Ländern mit innerer Wärme eingetreten wäre. Zum mindesten war er sehr viel kühler als sein Vorgänger am Berliner Hofe, Sir Frank Lascelles, der den Verständigungsgedanken überzeugt verfocht. Zu dem gewünschten Abschluß haben die über lange Zeit erstreckten Verhandlungen nicht geführt, da auch das Londoner Kabinett kaum ein eigenes Interesse am Erfolg zeigte, und weil keine Formel gefunden wurde, welche den Admiralitäten genügte.

Nachdem das Unwetter vorübergezogen war, das infolge des Eingreifens der englischen Regierung in die

marokkanische Auseinandersetzung das Kriegsgespenst so drohend gezeigt hatte, wurde nun aber auch in England von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, sich über Nutzen und Schaden der bisher verfolgten Politik klar zu werden. Eine kleine Gruppe liberaler Politiker nahm sehr lebhaft gegen Sir Edward Greys Führung der auswärtigen Geschäfte Stellung und verlangte eine ernsthafte Revision der Politik des englischen Kabinetts, deren Fortführung in zunehmendem Maße schwere Gefahren für den Weltfrieden bringen mußte. Bezeichnend ist aus jenen Tagen eine Äußerung der „Nation", jener englischen Wochenschrift, die mit Nachdruck den kriegerischen Tendenzen entgegenzuwirken suchte und einen Kreis einsichtiger und bedeutender Vertreter des Verständigungsgedankens um sich vereinigte. „Das Ende der marokkanischen Episode", sagt das Blatt im Oktober 1911, „hat uns unsere Handlungsfreiheit zurückgegeben." Die Beziehungen zwischen den beiden Rivalen müßten herzlich und vertrauensvoll werden, bevor es möglich würde, eine Beschränkung der Flottenprogramme zu diskutieren. Dies hänge von der Fähigkeit der deutschen und der englischen Diplomatie ab, für die Zukunft zusammenzuarbeiten. „Wir sind dahin gekommen, überall Deutschland zu sehen, wie Deutschland überall England sieht, und immer in einer Haltung von Feindseligkeit und Mißtrauen."

Man ging in diesen Kreisen so weit, den Rücktritt Sir

Edward Greys zu fordern, ein allerdings völlig aussichtsloses Verlangen, da im Kabinett das Trio Asquith, Grey, Haldane unbedingt zusammenhielt. Diese drei liberalen Imperialisten, wie sie ein Vertrauensmann Lord Haldanes noch im Jahre 1916 ausdrücklich genannt hat, fanden in allen entscheidenden Fragen der äußeren Politik in Lloyd George einen sicheren Rückhalt, und auch der neue erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, hielt fest zu ihnen. Immerhin scheint die innere Stimmung des Landes das Kabinett im Herbst 1911 davon überzeugt zu haben, daß ein ernsthafter Versuch zur Besserung der deutsch-englischen Beziehungen unternommen werden müsse. Mit Schrecken hatte doch die Nation gesehen, wie nahe sie an den Abgrund des Krieges geführt worden war, und die Masse des englischen Volkes wollte von Krieg so wenig etwas wissen, wie die Massen in Frankreich oder in Deutschland. Daß die tiefe Erregung bei uns nicht künstlich gemacht, sondern eine Folge des durch die Rede Lloyd Georges auf die Spitze getriebenen Antagonismus beider Länder war, wurde jenseits des Kanals ebensowenig verkannt, wie man sich derjenigen weiteren Konsequenz verschließen konnte, welche in der von weiten deutschen Kreisen getragenen Agitation für eine Flottenverstärkung Ausdruck fand. Aber gerade diese Spannungen in der öffentlichen Stimmung der beiden Länder lähmten doch wieder den Verständigungsgedanken, den sie selbst erzeugt hatten.

Während in Deutschland schon seit dem August von allen, welche einer Verstärkung unserer Flotte entscheidende Bedeutung für die Sicherheit des Landes beimaßen, stürmisch nach einer Flottennovelle gerufen wurde, suchte man in England, das in der bestehenden Superiorität seiner Flotte eine Lebensfrage sah, dem kommenden Zwang zu gefürchteten Neuausgaben für die Marine durch pointierten Hinweis darauf zu begegnen, daß eine Vermehrung der deutschen Flotte mit Besserung der deutsch-englischen Beziehungen unverträglich sei. Reden englischer Minister betonten, daß England alles daransetzen werde, um gegenüber der deutschen Flottenvermehrung auf der alten Höhe zu bleiben. So verschlangen sich von Anfang an in den Wunsch nach Annäherung doch zugleich von beiden Seiten Fäden, die schwer zu entwirren waren.

In den ersten Dezembertagen 1911 hatte sich der Kaiser mit einer Sondierung der englischen Staatsmänner einverstanden erklärt. Leitender Gedanke war uns die Herstellung eines politischen Einverständnisses vor allen Detailabkommen. Die Weltspannung hatte doch ihren Grund in der Sicherheit, die die in ihren Endzielen uns bedrohende französisch-russische Politik in die englische Unterstützung setzte. Von englischer Seite ist zwar erklärt worden, England habe Frankreich nie

Zweifel darüber gelassen, daß es einen unprovozierten Angriff auf Deutschland nicht unterstützen werde. Entscheidend aber war es doch nicht, wenn solche Erklärungen in camera caritatis abgegeben wurden. Nachdem Frankreich soeben in der Marokkokrise einen so bündigen und aller Welt verkündeten Beweis festester englischer Freundschaft erhalten hatte, konnte ein allmähliches Eintrocknen des gerade jetzt durch Poincarés Führung neu belebten französischen Revanchegedankens nur erhofft werden, wenn der Entschluß Englands, sich mit Deutschland auf guten Fuß zu stellen, unzweideutig und öffentlich dokumentiert wurde. Und nur im Zusammenhang hiermit schien es mir möglich, die Behandlung der Flottenfrage in Deutschland von der Nervosität zu befreien, welche letzten Endes aus der bestehenden Mächtegruppierung resultierte.

Eine Besprechung, die der deutsche Botschafter kurz vor Weihnachten mit Sir Edward Grey herbeiführte, schien nicht ungünstige Aussichten zu eröffnen. Ende Januar fand sich dann in aller Stille der bekannte englische Finanzmann Sir Ernest Cassel in Berlin ein und überreichte dem Kaiser, indem er sich auf einen gemeinsamen Auftrag von Grey, Churchill und Lloyd George berief, ein Memorandum, dessen ungefährer Inhalt dahin ging: Anerkennung der englischen Überlegenheit zur See, keine Vermehrung des deutschen Flottenprogrammes, möglicherweise Verringerung dieses Programmes,

von seiten Englands keine Hinderung unserer kolonialen Ausdehnung, Diskutierung und Förderung unserer kolonialen Wünsche, Begrüßung von Vorschlägen für gegenseitige Erklärungen, daß beide Mächte sich an agressiven Plänen oder Kombinationen gegeneinander nicht beteiligen würden.

Cassel nahm eine Antwort mit, die alle Schritte zur Verbesserung der Beziehungen willkommen hieß und unser Einverständnis mit den Vorschlägen unter der Einschränkung erklärte, daß in der Flottenfrage unser Standpunkt Flottengesetz plus der vorbereiteten Flottennovelle wäre. Ein baldiger Besuch Sir Edward Greys wurde als erwünscht bezeichnet. Bald darauf wurde uns durch denselben Vermittler Greys Bereitwilligkeit mitgeteilt, zur persönlichen Verhandlung nach Berlin zu kommen, falls der Abschluß eines Abkommens gesichert scheine, demnächst auch die Absicht des englischen Kabinetts angekündigt, den Kriegsminister Haldane in privater Mission zu Verhandlungen herüber zu schicken. Bei Weiterführung der inoffiziellen Vorbesprechungen ließen wir nach London wissen, daß in der Frage der Flottennovelle ein Entgegenkommen möglich sein würde, aber allerdings nur, wenn wir gleichzeitig ausreichende Bürgschaften für eine freundschaftliche Orientierung der englischen Politik erhielten.

Am 8. Februar traf dann Lord Haldane in Berlin ein. Unsere lange, vertrauliche Aussprache bewegte sich in den

freundschaftlichsten Formen und wurde mit großer Offenheit geführt. Haldane betonte mit Nachdruck, daß die maßgebenden Persönlichkeiten Englands nicht nur eine Besserung, sondern eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen anstrebten. Am nächsten Tage hatte Haldane eine Aussprache mit dem Kaiser, zu der der Admiral von Tirpitz zugezogen wurde. Die Verständigung schien auf gutem Wege. Wir machten das Zugeständnis, von den drei Schiffen unserer Novelle das erste erst 1913, die beiden anderen 1916 und 1919 anzufordern, was den englischen Minister zu befriedigen schien. In privater Aussprache äußerte er sich außerordentlich erfreut von seinen Eindrücken und hoffnungsvoll über das Gelingen der weltgeschichtlichen Aktion, als die er die begonnene Verhandlung betrachtete.

Von deutscher Seite wurde ein ausführlicher Vertragsentwurf ausgearbeitet, dessen Kern ein festes Neutralitätsabkommen zwischen England und Deutschland war. Die Formel dafür lautete: „Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, so wird der andere Vertragschließende dem in den Krieg verwickelten Vertragschließenden gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung des Konfliktes bemüht sein."

Haldane seinerseits schlug folgende Formel vor:

„Neither power will make or prepare to make any unprovoked attack upon the other or join in any combination or design against the other for purposes of aggression or become party to any plan of naval or military enterprise alone or in combination with any other power directed to such an end[1]."

Der Rest des Vertragsentwurfes beschäftigte sich mit den kolonialen Fragen, in denen Haldane weitgehende Anerbietungen zum Ausgleich für deutsches Entgegenkommen in der Bagdadbahnfrage machte. Außer einer Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes von Südwestafrika auf Grund einer Verständigung über Erwerb des portugiesischen Angola faßte er auch die Überlassung von Sansibar und Pemba an Deutschland ins Auge.

Im Laufe der Besprechungen über die beiderseitigen Formeln gab der englische Minister zu, daß die Bindung, die sein Vorschlag für England enthielt, zu schwach sei, erklärte aber von Anfang an, daß ihm unsere Formel zu weit gehe. Um seine Auffassung zu beleuchten, führte er einige Beispiele an. So könne England Dänemark angreifen, um sich dort festzusetzen, sei es auch nur, um

---

[1]) „Keine der beiden Mächte wird irgendeinen unprovozierten Angriff auf die andere machen oder zu machen sich vorbereiten oder an irgendeiner Vereinigung oder einem Unternehmen gegen die andere zu Zwecken des Angriffes teilnehmen oder sich in irgendeinen Plan eines maritimen oder militärischen Unternehmens, das auf ein solches Ziel gerichtet ist, allein oder mit einer anderen Macht einlassen."

eine Flottenstation zu errichten, oder um in einer sonst für Deutschland unannehmbaren Form einen Druck auf Dänemark auszuüben, dann müsse doch Deutschland freie Hand behalten; oder Deutschland falle über Frankreich her, für diesen Fall könne England sich nicht binden. Wenn ich nicht daran gezweifelt habe, daß Haldane das Beispiel mit Dänemark nur als Schulbeispiel anführte, so äußerte er in jenen Tagen in anderem Zusammenhange scheinbar ernsthaft die Sorge, wir würden auf Frankreich losstürzen, wenn wir erst Englands Neutralität sicher seien. Zwar hielt er mir persönlich gegenüber diesen durch Deutschlands Verhalten während des letzten Menschenalters doch genugsam widerlegten Argwohn im weiteren Verlauf unserer Unterhaltungen nicht aufrecht, betonte aber dafür wiederholt und mit vollem Nachdruck, daß durch engere Beziehungen zu Deutschland Englands Verhältnis zu Frankreich und Rußland unter keinen Umständen geschädigt werden dürfe. Bei alledem gewann ich den Eindruck, daß Haldane durchaus guten Willens sei. Er versuchte unsere Formeln zu kombinieren und nahm den Gedanken wohlwollender Neutralität mit der Beschränkung auf, daß es sich um Kriege handeln müsse, bei denen der Partner des Abkommens nicht als Angreifer bezeichnet werden könne.

In der Flottenfrage, die, wie erwähnt, in einer Unterredung zwischen dem Kaiser, dem Admiral von Tirpitz und Lord Haldane in nicht ungünstiger Richtung

behandelt worden war, erkannte Haldane mir gegenüber durchaus an, daß wir eine Flottennovelle bringen und das dritte Geschwader haben müßten. Die Aufstellung dieses Geschwaders würde allerdings England nötigen, eine größere Nordseeflotte zu unterhalten, das sei aber für England gleichgültig. Das Hauptgewicht legte er darauf, daß England nicht genötigt würde, deutsche Mehrbauten von Dreadnoughts mit dem Bau der doppelten Anzahl zu beantworten. Er erkannte an, daß den englischen Wünschen nach Hinausschiebung des Bautempos für die drei Dreadnoughts, die in der Novelle erscheinen sollten, entgegengekommen würde, wenn die Baujahre 1913, 16 und 19 festgesetzt würden. Indessen wisse er nicht, wie das englische Kabinett urteilen werde, weshalb er die Frage aufwarf, ob wir nicht für die nächsten drei Jahre von jedem Neubau absehen könnten. Kämen wir zum Abschluß des political agreement, so würden sich die Beziehungen ja so freundlich gestalten, daß später ein Mehrbau keinen Schaden mehr anrichten könnte.

Auf eine Erörterung dieser technischen Fragen ging ich nicht ein und betonte meinerseits, daß, soweit es sich um eine Frage politischer Natur handle, der Umfang des political agreement von bestimmender Bedeutung sein würde.

Sir Edward Grey äußerte sich in dem ersten Gespräch, das er nach Haldanes Rückkehr mit unserem Botschafter führte, sehr befriedigt. Er war, wie er sagte, von Hal-

danes Mitteilungen über seine Unterredung mit mir „immensely impressed“ und erklärte, sich mit dem größten Nachdruck für eine Förderung des Werkes einsetzen zu wollen. Er hoffe, daß es gelingen werde, die Kriegswolke zwischen den beiden Völkern auf die Dauer zu zerstreuen. Alles weitere machte er von einer näheren Prüfung unserer Vorschläge abhängig. Auch die öffentlichen Äußerungen in England waren freundlich. Asquith sprach sich im Unterhaus, Lord Crewe im Oberhaus sympathisch über die eingeleiteten Besprechungen aus, und auch die Führer der Opposition, Bonar Law und Lord Lansdowne, brachten den Wunsch zur Verständigung in herzlicher Form zum Ausdruck. Die englische Presse enthielt sich unfreundlicher Kommentare, unterstrich indessen, vielfach nicht unauffällig, die absolute Loyalität in der Freundschaft mit Frankreich als Erfordernis jeder anderweitigen Kombinationen.

Hatte Haldane in der Flottenfrage unsere Zugeständnisse persönlich für ausreichend gehalten, so kam die englische Admiralität bei Prüfung unserer Novelle, die Haldane mitgegeben worden war, zu anderem Ergebnis. Die Frage der Dreadnoughts, auf die Haldane das größte Gewicht gelegt hatte, schob die Admiralität in den Hintergrund, um aber an dem übrigen Inhalt der Novelle, namentlich an der Vermehrung des Mannschaftsbestandes, um so schärfere Kritik zu üben. Sie behauptete, daß England, wenn die Novelle Gesetz würde, über 18 Mil-

lionen Pfund Sterling mehr für seine Flotte würde ausgeben müssen. Ein entschiedenes Mißtrauen gegen die wirklichen oder vermeintlichen Pläne unserer Marinebehörden war ebenso unverkennbar, wie in deutschen Marinekreisen die Besorgnis wuchs, es könne unserer Flottenrüstung Abbruch geschehen.

Persönlich war ich entschlossen, mich für äußersten Verzicht in der Frage der Flottennovelle einzusetzen, wenn ich in einem politischen Abkommen ein kompensierendes Gegengewicht schaffen konnte. Hier aber versagte England. In langwierigen Verhandlungen konzedierte Sir Edward Grey schließlich folgende Formel:

„Da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, erklärt England, daß es keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten werde. Ein Angriff ist in keinem Vertrage enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, der England zur Zeit angehört, und England wird keiner Abmachung beitreten, die einen solchen Angriff bezweckt."

Diese Formel, die uns nur vor einer unprovoziert kriegerischen Politik Englands selbst, nicht aber vor deutschfeindlicher Parteinahme Englands für den Fall eines französisch-russischen Angriffes sicherte, konnte die Weltlage, wie sich diese nun einmal gestaltet hatte, wirksam nicht entspannen. Wir schlugen deshalb den

Zusatz vor, daß England selbstverständlich wohlwollende Neutralität bewahren werde, „sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden". Aber Sir Edward Grey lehnte diesen Zusatz rundweg ab, und zwar, wie er unserem Botschafter erklärte, aus der Besorgnis, sonst die bestehende Freundschaft mit anderen Mächten zu gefährden.

Das war die Entscheidung.

War für englisches Denken über Krieg und Frieden schon die Auffassung charakteristisch, daß Absage an eine unprovoziert aggressive Politik einen besonderen Freundschaftsbeweis darstelle, so deckte der für die Ablehnung unseres Zusatzes angegebene Grund die Eventualitäten auf, die England als Folgen der französisch-russischen Allianz für möglich hielt, und kennzeichnete zugleich seine Stellung in der entente cordiale. Sir Edward Greys Besorgnis war doch nur dann begründet, wenn er glaubte, einen von Englands Freunden aufgezwungenen Krieg in seine politische Rechnung einstellen zu müssen, und wenn er sich für gebunden erachtete, auch in diesem Falle die befreundeten Mächte zu unterstützen. Trafen diese Voraussetzungen nicht zu, dann war es unerfindlich, weshalb ein so scharf umgrenztes Neutralitätsabkommen, wie das von uns vorgeschlagene, Frankreich und Rußland verstimmen sollte. Der Gegensatz zwischen

englischer und deutscher Politik trat hier schroff zutage. Deutschland wollte den Antagonismus zwischen den bestehenden Mächtegruppen abschwächen, am liebsten beseitigen. Ein Erfolg unserer Bestrebungen wäre ebenso unseren eigenen Interessen wie dem Frieden der Welt zugute gekommen. England umgekehrt sah es in erster Linie auf intakte Erhaltung seiner Mächtegruppe ab, was, da die Gruppe mit einer von aller Welt erkannten Spitze gegen Deutschland gebildet worden war, die Konservierung jenes Antagonismus bedeutete. Die damit zwangsmäßig verbundene fortdauernde Bedrohung des Weltfriedens nahm England in Kauf. Es war seine vielgerühmte Politik der balance of power.

Zu diesem Schluß muß kommen, auch wer sich die Auffassung nicht ohne weiteres zu eigen macht und jetzt durch den Krieg bestätigt findet, daß es den englischen Staatsmännern bei der Haldane-Mission lediglich um Scheinverhandlungen zu tun gewesen sei, um unsere Flottennovelle zu beseitigen. Dieser Auffassung ist neuerdings durch eine englische Darstellung Nahrung gegeben worden, die in der Verteidigung Haldanes gegen englische Angriffe ungefähr darauf hinauskommt, daß es Haldanes Aufgabe gewesen wäre, die Deutschen bei guter Laune zu erhalten, während England seine Rüstungen für den Kriegsfall vollendete [1]. Gegen solche Deu-

---

[1]) Harold Begbie, The Vindication of Great Britain. London 1916.

tung, die meinen persönlichen Eindrücken widersprechen würde, Stellung zu nehmen, ist um so weniger meine Aufgabe, als sie von einer dem ehemaligen englischen Kriegsminister offenbar nahestehenden Seite ausgegangen ist. Meinerseits neige ich noch heute zu der Ansicht, daß auch auf englischer Seite ein ehrlicher Verständigungsversuch vorlag. Er ist gescheitert, weil England nicht des Willens war, auch die Konsequenzen aus der Verständigung zu ziehen. Sich mit uns verständigen, hieß Frankreich und Rußland die Überzeugung nehmen, daß sie bei einer Deutschland feindlichen Politik fortan noch auf Englands Beistand rechnen könnten. Das aber war es gerade, was England nicht wollte und, wie Greys Besorgnis wegen des Neutralitätszusatzes ergibt, infolge der Bindungen, die es eingegangen war, auch nicht konnte, und das ist der Grund, weshalb der Verständigungsversuch in die Brüche gegangen ist.

Die Flottenfrage hat mitgespielt, aber nicht den Ausschlag gegeben. Gewiß war auch jetzt der Widerstreit zwischen englischem Anspruch auf imperatorische Seemacht und deutscher Überzeugung von der Lebensnotwendigkeit einer starken Schlachtflotte in der Stimmung beider Länder wieder aufgelodert. Ausgewirkt aber hatte sich die deutsche Flottenpolitik in ihrem Miteinfluß auf die Orientierung der englischen Gesamtpolitik schon in einer um viele Jahre zurückliegenden Zeit. Die entente cordiale mit Frankreich war schon 1904 besiegelt

worden, die mit Rußland 1908 in Reval zustande gekommen, und seit den militärischen Besprechungen des Jahres 1906 zwischen dem französischen und dem englischen Generalstab wußte sich Frankreich Englands militärischer Kooperation sicher. Zum mindesten ist heute schlechterdings nicht abzusehen, inwiefern 1912 Abstandnahme von unserer Flottennovelle Sir Edward Grey die Sorge hätte benehmen können, die in dieser Weise festgefügte englische Freundschaftspolitik mit dem Zweibund durch Neutralitätszusage an uns zu gefährden. Sir Edward Grey hatte mich, wie bereits erwähnt, seit 1909 bei jeder Gelegenheit so nachdrücklich und beinahe auffällig auf das primäre Vorrecht der englischen Freundschaft mit dem Zweibund aufmerksam machen lassen, daß ich Zweifel an seinem Entschluß, die überdies der politischen Tradition Englands entsprechende Zweibundspolitik fortzusetzen, auch dann nicht hegen konnte, wenn ich den genauen Inhalt der Ententeabmachungen nicht kannte. Ohne greifbare Veränderung der politischen Gesamtlage aber und lediglich mit der vom englischen Kabinett zugestandenen Entsagung auf eine unprovoziert aggressive Politik hätte ich einen Verzicht auf die Flottennovelle weder durchsetzen noch wirksam vertreten können. Dazu war die Erregung über Englands Haltung während der zweiten Marokkokrise zu berechtigt, dazu war die, wie ich allerdings schon damals persönlich glaubte, irrige, aber durch starke Kräfte

popularisierte Überzeugung von der für unsere Landesverteidigung unbedingt notwendigen Verstärkung der Schlachtflotte zu mächtig.

Vielleicht war ein Fehler, daß wir die bindende Kraft der Abmachungen Englands mit dem Zweibund, wie sie sich aus dem Verhalten Sir Edward Greys ergab, zu gering eingeschätzt und infolgedessen den Verhandlungen eine zu breite Ausgangsbasis gegeben hatten. Möglich waren eben nur praktische Interessenausgleiche unter Verzicht auf eine bald erkennbare Umstellung der bestehenden Mächtegruppierungen. Das hätte zwar für Jahre unsere Stellung nicht wesentlich erleichtert, doch aber im Verlaufe eines lang bemessenen Zeitraumes zu derjenigen Entspannung führen können, die schnell, und eben zu schnell anzustreben mich unsere umdrohte Lage verleitet hat.

Schon als das Scheitern der Verhandlungen über das politische agreement auch für uns beinahe gewiß geworden war, hatte Sir Edward Grey dem Grafen Metternich gesagt, er hoffe auf jeden Fall, auch wenn kein Abkommen zustande komme, daß der Besuch Haldanes und der freie und offene Gedankenaustausch, der dabei gepflogen worden sei, die Grundlage für einen in Zukunft offeneren und vertrauensvolleren Verkehr sein werde.

Diese Hoffnung hat sich nicht nur formell bewahrheitet, sondern auch materiell bewährt. Namentlich im Verlaufe der Balkankriege 1912/13 und auf der Londoner Botschafterkonferenz war gemeinsame Arbeit gegen früher erleichtert und sachlich förderlich. Noch klarer zeigte sich die Besserung der Beziehungen, als wir unter Abstandnahme von allgemeinen politischen Erörterungen konkrete Differenzen zu beseitigen unternahmen. Der nunmehrige Leiter des Auswärtigen Amtes, Herr von Jagow, vertrat diesen Gedanken mit ebensoviel politischem Scharfsinn wie mit feiner Erkenntnis der abwartenden Zähigkeit, mit der die englische Politik an der bestehenden Mächtegruppierung festhielt. Deutsche und englische Interessen berührten sich am nächsten in der asiatischen Türkei, wo das Unternehmen der Bagdadbahn der mißgünstigen Sorge Englands begegnet war. Einigung über die hier schwebenden Fragen konnte in ihrer Bedeutung um so weiter reichen, als sie gleichzeitig Gelegenheit bot, auch mit Frankreich und Rußland zu einer schiedlichen Auseinandersetzung über die gegenseitigen Interessen in jenen Ländern zu gelangen. Jagows Plan umfaßte damit den ganzen Komplex von Fragen, die uns in Vorderasien nicht nur mit England, sondern mit der ganzen Entente in Verbindung brachten. England zeigte bei diesen Verhandlungen, zäh wie immer, doch guten Willen, war auch durchaus entgegenkommend, als wir ungefähr gleichzeitig die schon von Lord Hal-

dane angerührten afrikanischen Kolonialfragen wieder aufnahmen. Die generelle Zustimmung, mit der England dabei unseren Wünschen nach Konsolidierung und Vergrößerung unseres afrikanischen Kolonialbesitzes entgegenkam, widerlegt wohl am schlagendsten das später von unsern Gegnern gewagte und gerade von England so eifrig geförderte Unterfangen, Deutschland als jeden Kolonialbesitzes moralisch unwürdig zu erklären. Das Abkommen über die vorderasiatischen Fragen stand vor dem Abschlusse, und das Kolonialabkommen war abgeschlossen, als der Krieg ausbrach. Der Weg der Detailabkommen war gangbar gewesen.

* * *

Getreu ihren bei der Haldane-Mission festgehaltenen Prinzipien war die englische Politik gleichzeitig emsig darauf bedacht, die Freundschaften mit dem Zweibund vollends sturm- und wetterfest zu machen. Im September 1912 wurde die englisch-französische Marinekonvention abgeschlossen, die Frankreich mit seiner gesamten Flotte den Schutz des Mittelmeeres übertrug, während England den Schutz der französischen Nordküste übernahm, und im November desselben Jahres wechselten, wie bei Ausbruch des Krieges endgültig bekannt wurde, Grey und Cambon jene Briefe, welche die englische Politik nun auch schriftlich und unwiderruflich festlegten.

Sir Edward Grey hat in seiner Rede vom 3. August 1914 viel Mühe auf den Nachweis verwendet, daß dieser Briefwechsel mit Cambon England nicht verpflichtet habe, am Weltkriege teilzunehmen. Das wird zutreffen. Eine starke virtuelle Wirkung aber hatte diese Korrespondenz doch. Frankreich war mit England seit bald einem Jahrzehnt politisch auf das engste befreundet und hatte während der beiden Marokkokrisen markanteste Proben dieser Freundschaft empfangen. Seit 1906 stellten die beiden Generalstäbe im Auftrage ihrer Regierungen in periodischen Besprechungen fest, wie im Falle eines gemeinschaftlichen Krieges mit Deutschland beide Armeen am zweckmäßigsten miteinander operieren würden. Wenn Frankreich jetzt, fast in unmittelbarem Anschluß an die bei der zweiten Marokkokrise durch die drohenden Worte Lloyd Georges heraufbeschworene Kriegsgefahr, es durchzusetzen vermochte, daß die stete Zusammenarbeit beider Generalstäbe auch noch schriftlich auf breiter politischer Basis sanktioniert wurde, so konnte Frankreich gar keinen anderen Schluß ziehen, als daß es für den Fall eines Krieges mit Deutschland auf Englands Beihilfe rechnen dürfe, selbst wenn sich England dem Wortlaute nach freie Entschließung über seine Teilnahme am Kriege vorbehielt. Die Umstände, unter denen, ähnlich wie die mündlichen Abmachungen von 1906, so auch jetzt der Briefwechsel zwischen Grey und Cambon zustande gekommen war, gaben seinem Inhalt eine Kraft, wie sie

selbst manchen Bündnisverträgen fehlt, die präzisere Verpflichtungen formuliert haben. Unrecht täte man Sir Edward Grey, wollte man seine in jener Rede vom 3. August nachdrücklich verkündete Beteuerung anzweifeln, daß er sich während der Balkankriege für den Frieden eingesetzt und auch im Juli 1914 nach friedlichen Lösungen gesucht habe. Aber es ist eine vielleicht unbewußte Selbsttäuschung, wenn er dieses Lob zugleich seiner gesamten Politik vindiziert. Seine durch die militärischen Abkommen auch für die ernstesten Eventualitäten so stark akzentuierte Freundschaftspolitik gegenüber dem Zweibund mußte dessen Rückgrat eine Stütze geben, wie sie stärker nicht gedacht werden konnte, und daß die Intentionen der französisch-russischen Politik nicht deutschfreundlich waren, wußte jedes Kind in Europa. Selbst verblendetste Deutschenhasser können nicht leugnen, daß das unzerstörte französische Begehren nach dem Rückerwerb Elsaß-Lothringens und die russischen Aspirationen auf den Balkan und Konstantinopel nur durch einen Krieg zu verwirklichen waren.

So arbeitete tatsächlich die Greysche Theorie, durch die Tätigkeit seiner Mitarbeiter noch vergröbert, nicht für den Frieden, sondern steigerte die Kriegsgefahr. Wie man sich auch die letzten Ziele zurechtlegen mag, die England hierbei verfolgte, ob die Absicht vorwaltete, durch den Rückhalt an einer überlegenen koalierten Militärmacht Deutschland auf diplomatischem Wege allen bri-

tischen Wünschen gefügig zu machen, ob ein Krieg mit Deutschland für unvermeidlich gehalten wurde: die tatsächliche Wirkung einer Animierung der im Zweibund verkörperten aggressiven Tendenzen ist unbestreitbar.

Noch stärker sollte sich die englische Politik im Frühling 1914 engagieren. Über die Vorgänge wurden wir schon damals durch die inzwischen veröffentlichten russischen Dokumente unterrichtet[1]. Sie ergaben als Tatbestand, daß Rußland den durch die Anwesenheit Sir Edward Greys als hochpolitisch gekennzeichneten Besuch des englischen Königspaares im April 1914 in Paris benutzte, um durch Vermittelung der französischen Regierung den Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention anzuregen, damit, wie sich Graf Benckendorff Herrn Sassonow gegenüber ausdrückte, „die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbares ersetzt würden"; daß Grey den russischen, von der französischen Regierung warm unterstützten Vorschlag bereitwillig aufnahm, die Zustimmung des englischen Kabinetts einholte und auch erhielt; daß, wie beschlossen, die Militär- und Marinebehörden in die Verhandlungen eintraten, während sich die Regierungen zurückhielten, um nach Bedarf politische Abmachungen abstreiten zu können.

[1]) Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18. bis 29. Dezember 1918.

Als wir von der Sache erfuhren, erließen wir in einem deutschen Blatt einen Warnruf, auch wurde Fürst Lichnowsky beauftragt, Sir Edward Grey anzudeuten, daß wir Grund zu Argwohn über beunruhigende Vorgänge hätten. Grey, ungehalten, daß die Wahrheit über das sorglich gehütete Geheimnis durchgesickert war, gab auf Interpellation im eigenen Parlament am 11. Juni eine verlegene und gewundene Erklärung ab, die es ableugnete, daß der vollen Entschlußfreiheit der Regierung oder des Parlaments auch nur im mindesten vorgegriffen sei, die aber in Wirklichkeit, wie Graf Benckendorff an demselben Tage an Herrn Sassonow telegraphierte, nach Greys eigenem Willen sowohl die Vereinbarungen mit Frankreich als auch die mit Rußland eingeleiteten Verhandlungen verschleiern sollte.

Die Marinekonvention ist unseres Wissens nicht abgeschlossen worden. Die Bereitwilligkeit des englischen Kabinetts aber, sie abzuschließen, war für Rußland ein vollwichtiges Pfand für die englischen Intentionen und Gesinnungen. Hatte doch Rußland soeben in den Balkankriegen unter Englands Augen eine stürmische, europäische Verwickelungen geradezu heraufbeschwörende Politik führen dürfen, hatte doch Herr Sassonow kaum einige Wochen zuvor den Liman-Sanders-Streit zu ausgesprochen kriegerischen Projekten benutzt[1]). Mochte auch

[1]) Das Nähere zu beiden Punkten im folgenden Kapitel.

Sir Edward Grey die dabei von Herrn Sassonow entwickelte Eigenmächtigkeit mißbilligen — es hieß doch die kriegerischen Tendenzen in Rußland wahrhaft ermuntern, wenn er nach solchen Vorgängen und von Frankreich angeeifert dem Vorschlag eines Marineabkommens mit Rußland freudig zustimmte, bei dem sich Rußland die für Truppenlandungen in Pommern nötigen englischen Schiffe zu sichern gedachte. Es war dasselbe Gericht wie beim Notenwechsel mit Cambon, nur noch heißer gekocht. Die ganze Zufriedenheit Rußlands und Frankreichs, die vollkommen einsahen, daß Grey ein richtiges Bündnis in Rücksicht auf die englische öffentliche Meinung nicht schließen konnte, spricht aus den Worten, mit denen Graf Benckendorff Herrn Sassonow den Erfolg des englischen Besuches in Paris schildert: „Ich bin mir zweifelhaft, ob sich eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfalle finden ließe, als der Geist dieser Entente, wie er sich offenbart hat, verstärkt durch die bestehenden militärischen Vorkehrungen."

Das tiefe und ängstliche Geheimnis, in das Sir Edward Grey alle militärischen Vereinbarungen mit Frankreich und Rußland hüllte — hat er doch, wie er selbst mitgeteilt hat, sogar sein eigenes Kabinett von dem Notenwechsel mit Cambon erst s e h r spät danach informiert — ja, seine Absicht, sie zu verschleiern, lassen darauf schließen, daß die englische öffentliche Meinung, schon an sich jeder politischen Bindung auf lange Sicht abhold, ein

instinktives Gefühl für die Kriegsgefährlichkeit aller militärischen Vereinbarungen hatte, den Krieg aber auch damals nicht wollte.

Je schwieriger es ist, der wirklichen Stimmung eines Landes, namentlich eines fremden, nahezukommen, um so mehr sollte man sich allen Übertreibungen fernhalten. Lärmende Chauvinisten und beschwichtigende Pazifisten gibt es überall, und zwischen ihnen steht die große Mittelschicht, die arbeitet und schweigt, den Frieden will und für den Krieg nur zu haben ist, wenn es an die Sicherheit und Ehre des Landes geht. Aus den drastischen und von Zeit zu Zeit verblüffend offenen Enunziationen der englischen Kriegshetzerpartei auf kriegstreibende Tendenzen des englischen Volkes in seiner Gesamtheit schließen zu wollen, wäre ebenso verkehrt, wie das Ententegeschrei von den blutgierigen deutschen Hunnen und Barbaren moralischer Irrsinn ist. Ob nun aber die große Menge schwieg, wenn Chauvinisten Haß und Vernichtung in die Welt hinausposaunten oder Pazifisten den friedlichen Ausgleich predigten, auch ihnen war doch das immer weiter erstarkende Deutschland der unberufene und lästige Eindringling in das Heiligtum britischer Oberherrschaft über den Handel und die Meere der Welt. Mochte diese Empfindung hier stärker, dort schwächer sein, gefühlsmäßig gab sie trotz der vielseitigen und auch guten Geschäfte, die man mit dem Vetter jenseits der Nordsee machte, den Grundton überall an.

Diese communis opinio war der im englischen Volke selbst liegende Untergrund für eine Politik immer ausschließlicherer Freundschaft und Interessengemeinschaft mit Frankreich und Rußland, einer Gemeinschaft, die so innig wurde, daß die englischen Staatsmänner schließlich verhängnisvollen Werbungen der Freunde nicht mehr widerstanden.

4.

Tripolis — Balkankriege — Rußland.

Während wir noch mitten in den Verhandlungen mit Frankreich über Marokko standen, streckte Italien seine Hand nach Tripolis aus. Der Zerfall des Dreibundes schien sich anzukündigen. Mit ausgesprochener Schadenfreude sah man im Lager der Entente Italien einen Weg gehen, der es, wie man hoffte, von seinen Bundesgenossen weit hinwegführen werde. Der Inhalt des Dreibundvertrages stand an sich der italienischen Unternehmung nicht im Wege. Italien war nicht gebunden, unsere Einwilligung zu Aktionen in Afrika einzuholen, hat es auch nicht getan. Aber wir mußten verhüten, daß Italien bei der Verfolgung seiner afrikanischen Ziele mit den durch den Dreibundvertrag umschlossenen allgemeinen Interessen des Bundes in Konflikt geriet. Wiederholt sind während des Krieges Momente eingetreten, wo es schwierig wurde, die Übereinstimmung zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu erhalten. Als sich der Krieg in der Cyrenaika hinzog und Italien, um die Entscheidung zu erzwingen, der Türkei auch auf europäischem Boden zu Leibe wollte, wurde die Frage des status quo auf dem Balkan, über den von früher her besondere Abmachungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn bestanden, kritisch. Immer von neuem

waren wir zu vermitteln genötigt, um die Differenzen zwischen unseren Bundesgenossen nicht zu ernster Gefahr auswachsen zu lassen.

Wider ihren Willen waren uns die Franzosen dabei behilflich. Ob die Entente Italien zu seiner Tripolis-Aktion besonders ermutigt hat, vermag ich nicht zu sagen. Seitdem der friedliche Abschluß der marokkanischen Differenz feststand, war für Frankreich in der Aufrollung der tripolitanischen Angelegenheit keine besondere Entlastung mehr zu finden. Jedenfalls hatten die beiden Westmächte die Anwartschaft der Italiener auf Tripolis, diesen letzten noch in der Hand der Türkei befindlichen Teil Afrikas, seit Jahren anerkannt, und die Durchführung dieser Anwartschaft gehörte zweifellos zum Gesamtprogramm der Aufteilung des afrikanischen Küstengebietes. Aber es sollte sich zeigen, daß die Franzosen schlechte Kameraden waren. Nachdem sie sich ihren Anteil gesichert hatten, suchten sie jetzt die italienische Beute zu beschneiden. Zur See und über Tunis wurden sie den Italienern unangenehm und wirkten ihrer Festsetzung in Tripolis heimlich und offen entgegen. Vor allem kam es ihnen wohl darauf an, den Italienern einen leichten Erfolg unmöglich zu machen. Man fürchtete italienische Begehrlichkeit auf Tunis, und wenn die „lateinische Schwesternation" von Tunis sprach, regte sich bei den Franzosen schlechtes Gewissen.

So kam es, daß Italien sich auch wieder des Nutzens

bewußt wurde, den der Dreibund bieten konnte. Als der Staatssekretär von Kiderlen im Januar 1913 nach Rom kam, wurde er mit der herzlichsten Wärme aufgenommen. Der König und die leitenden Minister wetteiferten in Kundgebungen fester Bundesfreundschaft, und in den Kreisen der italienischen Armee erging man sich in Betrachtungen über den erhöhten militärischen Wert Italiens für seine Bundesgenossen, da jetzt von Tripolis und der Cyrenaika aus, wenn nötig, Tunis, ja selbst Ägypten bedroht werden könne. Auch die Begegnung, die der Kaiser im März mit dem König Viktor Emanuel hatte, verlief befriedigend. Beide Herrscher kamen sich im politischen Gespräch näher als sonst. Der König machte aus seiner tiefen Verstimmung über die französischen Eingriffe kein Hehl. Als dann San Giuliano im November in Berlin eintraf, wurde alles Wesentliche der Erneuerung des Dreibundes geregelt. Wenn der Abschluß bald nach dem Ende des Tripoliskrieges, zwei Jahre vor dem offiziellen Ablauf, vollzogen werden konnte, wiewohl nicht ohne mancherlei Widerspruch, namentlich in Norditalien, so haben dazu die Erfahrungen aus dem afrikanischen Unternehmen viel beigetragen. Eine neue Blüte des Dreibundverhältnisses schien möglich. Seine ursprüngliche Kraft aber war nicht wiederherzustellen. Der Verpflichtungen waren zu viele, die man in Rom übernommen hatte. Nicht nur zu den Westmächten, auch nach Rußland waren allerlei Fäden

geschlagen. Zwar fehlte uns genauere Kunde, wieweit man sich in Racconigi mit den Russen eingelassen hatte — erst die jüngsten bolschewistischen Veröffentlichungen haben uns darüber belehrt, daß sich Italien damals, im Oktober 1909, das russische Einverständnis mit seinen tripolitanischen Wünschen durch Zusagen in der Meerengenfrage gesichert hatte — aber auch ohne diese positive Wissenschaft war hinsichtlich des Maßes italienischer Verläßlichkeit Skeptizismus geboten.

Für unsere Beziehungen zur Türkei bedeutete der italienische Angriff auf Tripolis eine schwere Belastung. Die Entente-Presse war sofort eifrig tätig, den Türken die Unzuverlässigkeit einer Freundschaft vorzurücken, die nicht einmal einen Bundesgenossen zurückzuhalten wisse. Das Vertrauen, das der Staatssekretär von Kiderlen und der Botschafter Freiherr von Marschall in Konstantinopel genossen, war indes fest genug, um den Stoß zu parieren. Zudem rückten für die Türkei Gefahren heran, die den Kampf um den afrikanischen Außenposten weit überschatteten. Es blieb der hohen Pforte nichts übrig, als schleunigst mit den Italienern abzuschließen, um sich näherer und verderblicherer Feinde zu erwehren.

* *
*

Im Februar 1912 begannen die Vorbereitungen der Balkanstaaten zu gemeinsamem Anfall auf die Türkei. Andeutungen darüber kamen uns frühzeitig zu, und im Laufe des Sommers erhielten wir bestimmte Kenntnis von dem Abschluß des Balkanbundes. Auch daß Rußland dahinter stand, durften wir vermuten. Als Herr Sassonow am Tage der Kriegserklärung Montenegros durch Berlin kam, sagte ihm Herr von Kiderlen, Patronage über die unruhigen Balkanvölker scheine ja nicht ungefährlich, worauf der Minister nichts anderes zu erwidern wußte, als daß Rußland den Balkanstaaten ausdrücklich aggressive Maßregeln verboten habe. Wie sich nun auch der Fürst der Schwarzen Berge zu solchem Verbot gestellt haben mag: Sassonows Antwort enthielt das klare Zugeständnis, daß Rußland seine Finger im Spiel habe. Bei der Begegnung in Baltisch-Port zu Anfang Juli 1912, wo sich Herr Sassonow den Anschein gab, die gesamte politische Lage offen zu besprechen, hatte er mir allerdings kein Wort über die ihm bekannten Pläne der Balkanstaaten gesagt, und bis zuletzt hat Rußland uns das Bestehen eines Balkanbundes unter seiner Führung ausdrücklich abgeleugnet. Wie tief in Wirklichkeit Rußland mit den Komplottierern im Wetterwinkel Europas unter einer Decke gesteckt hat, zeigen die inzwischen von den Bolschewiki veranstalteten Publikationen.

Darunter befindet sich der serbisch-bulgarische Bündnis-

vertrag vom März 1912. Eine geheime Anlage zu dem Vertrag präzisiert die Rußland zufallende Rolle, wenn es zum Kriege mit der Türkei kommt: „Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres kein Hindernis in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den beabsichtigten kriegerischen Operationen." Und weiter: „Wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt; die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich." Sorgsam und zweckvoll führte die russische Hand. Dem Zaren wurde in allen Fragen das Schiedsrichteramt vorbehalten. Auch bei der Gebietsabgrenzung nach dem Kriege sollte er das letzte Wort haben: „Es versteht sich von selbst, daß beide Parteien sich verpflichten, als endgültige Grenze diejenige Linie anzunehmen, welche Seine Majestät der Zar festzusetzen für gut befinden wird."

In ähnlicher Weise haben die weiteren, im Sommer 1912 folgenden Vertragsschlüsse der Balkanstaaten unter der Patronage Rußlands gestanden. Auch hier wurde mit Petersburg über die Verteilung der Beute verhandelt. Es war ein gewaltiger Schritt, den Rußland auf seinem Wege zur Beherrschung des Balkans und zur Liquidierung der europäischen Türkei versuchte, in dem vollen Bewußtsein, daß aus dem Balkankrieg ein europäischer Krieg werden könne. Im November schrieb

Sassonow dem Grafen Benckendorff nach London, die Lage erscheine ihm sehr ernst, und vielleicht sei der Krieg die beste Lösung.

Nicht entscheidend, aber doch bezeichnend für die in Rußland herrschenden Strömungen waren Vorfälle an unseren eigenen Grenzen. Im Widerspruch mit vereinbarter Gepflogenheit veranstaltete Rußland im Sommer 1912, ohne uns vorher zu benachrichtigen, umfangreiche Probemobilisationen in Polen, die alarmierend wirkten und uns zu nachdrücklichen Vorstellungen nötigten, während im September die Gemahlin des Großfürsten Nicolai Nicolajewitsch, der als Vertreter des Zaren an den französischen Manövern teilnahm, in Nancy eine lange sehnsüchtige Geste nach den „verlorenen Provinzen" machte. Die französische Presse versäumte nicht, die politische Bedeutung des Vorfalles lärmend zu feiern.

Daß das verbündete Frankreich von den Balkanvorgängen und der Beteiligung Rußlands andauernd auf dem Laufenden gehalten worden war, versteht sich von selbst. Aber auch das befreundete England wurde ins Vertrauen gezogen. Unmittelbar nach dem Abschlusse hat Herr Sassonow die englische Regierung von dem ungefähren Inhalt des besprochenen bulgarisch-serbischen Vertrages in Kenntnis gesetzt, gleich nach Ausbruch des Krieges aber auch die Details und den Plan über die Verteilung der Beute mit der Bitte nachfolgen

lassen, die Wünsche der Balkanvölker und Rußlands zu unterstützen. Wie England diese Bitte aufgenommen hat, wissen wir nicht. Aber wenn sich auch Sir Edward Grey in der Folge zweifellos mit uns bemüht hat, den allgemeinen europäischen Frieden durch die Balkankriege nicht stören zu lassen: Mitwisser war er der von Rußland beförderten Pläne, die den Balkan auf den Kopf stellten, und von denen auch gegen seinen Willen der Funke auf das europäische Pulverfaß jederzeit überspringen konnte.

Frankreich hat in der ganzen Balkankrisis seinem russischen Verbündeten sehr dezidiert zur Seite gestanden. Herr Poincaré versicherte im November Herrn Iswolski ausdrücklich, falls Rußland Krieg mache, werde Frankreich es auch tun, denn Frankreich wisse, daß in dieser Frage Deutschland hinter Österreich stehe. Dasselbe wurde auch dem italienischen Botschafter gesagt. Wie Rußland selbst Frankreichs Stellung einschätzte, zeigt der Bericht des Grafen Benckendorff an Herrn Sassonow vom 25. Februar 1913, in dem der russische Botschafter in Schilderung der Lage und der soeben überstandenen Krisis sagt: „Frankreich habe seine militärische Unterstützung vorbehaltlos zugesagt und sei die einzige Macht, die den Krieg ohne Bedauern sehen würde.“

Die wechselvollen Stadien der beiden Balkankriege im einzelnen darzustellen, liegt nicht im Rahmen dieser Betrachtungen. Bei dem schnellen Niederbruch der Türkei und der darauf folgenden Auseinandersetzung der Sie-

ger glitt den Promotoren des Balkanbundes die Führung aus der Hand. Die ehrgeizigen Völker am Balkan waren doch nicht so willenlose Werkzeuge in der Hand der Mächtigen, daß sie ihre nationalen Ziele auf Kommando beschränkt und daß sie ihren gegenseitigen Haß gebändigt hätten. Selbst das Machtwort des Zaren blieb nicht mehr stark genug, um Serben und Bulgaren im Zaum zu halten. Das Patronat über den Balkanbund war für den Augenblick eine undankbare Aufgabe geworden, und aus der Verlegenheit und der Unfähigkeit, die Entwicklung bei ihrem schnellen Ablauf wunschgemäß zu kanalisieren, verstand man sich dazu, eine Art von europäischem Konzert in Tätigkeit treten zu lassen. Der Eindruck der Hilflosigkeit herrschte während langer Perioden vor. Die Büchse der Pandora war geöffnet worden, aber niemand verstand, sie wieder fest zu schließen. Der anfängliche Versuch, mit dem status quo zu arbeiten, bei dem zunächst die Geringschätzung der nach politischer Selbständigkeit drängenden Balkannationen mitspielte, wurde bald aufgegeben. Ein vornehmlich gegen Österreich gerichteter Vorschlag einer Desinteressements-Erklärung wurde ohne erhebliche Schwierigkeiten beseitigt. In der albanischen Frage setzten sich Österreich und Italien, unter Zurückstellung eigener Differenzen, gemeinsam gegen die von Rußland gestützten Aufteilungswünsche der Balkanverbündeten durch, wiewohl die erreichte Selbständigkeit Albaniens,

wie sie bereits in einer alten Abmachung zwischen den beiden Adriamächten für den Notfall in Aussicht genommen war, von vornherein nur als Scheinlösung des Problems angesehen werden durfte. Zeitweilig drohten sich die diplomatischen Mittel zu erschöpfen, schließlich siegte aber doch der Wunsch, es in jenem Augenblick nicht zu dem großen europäischen Kriege kommen zu lassen.

Der Kaiser nahm während der Balkankriege eine sehr vorsichtige Haltung ein und war sorgsam auf die Bewahrung des Friedens bedacht. Deutlich erinnere ich mich eines langen Gespräches aus dem November, wo der Kaiser bestimmt erklärte, daß er wegen Albanien und Durazzo nicht gegen Paris und Moskau marschieren lassen würde. Das würde er vor dem deutschen Volke nicht verantworten können. In Wien bedurfte es zuzeiten energischen Druckes, um kriegerische Zuspitzung zu verhüten. Die herausfordernde Haltung Rußlands, das schon im Frühjahr 1912 mit militärischen Vorbereitungen begonnen hatte, machte die Arbeit nicht leicht. Auf keinen Fall ließen wir aber einen Zweifel, daß wir unseren Bundesgenossen fest und entschlossen zur Seite stehen würden, „wenn sie bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten". Als ich im Dezember mit diesen Worten unseren Standpunkt im Reichstag präzisierte, wurde zwar heftiges

Mißvergnügen in Petersburg laut, die Wirkung aber blieb nicht aus. Man fühlte sich militärisch nicht fertig und lenkte ein. Am Balkan war eben doch zu früh losgeschlagen worden: es mußte gebremst werden.

So ließ sich auch das Ergebnis der verfrühten Aktion nicht mehr völlig nach dem Wunsche ihrer Hintermänner modeln. Im Sinne seiner Teilnehmer sollte der Balkanbund in erster Linie die Aufteilung der europäischen Türkei in die Hand nehmen, in zweiter Linie dabei die Rückendeckung gegen Österreich sichern; im Sinne Rußlands und, wie man wohl sagen darf, der Entente war seine Aufgabe die Schaffung einer geschlossenen Balkanfront gegen die Mittelmächte gewesen. Dieses Ziel ist nicht so völlig erreicht worden, wie es angestrebt worden war. Die Gewichte waren aber doch zu ungunsten der Mittelmächte stark verschoben. Die Türkei war enorm geschwächt; im Grunde besaß sie außer Konstantinopel nur noch ein kümmerliches Vorland auf europäischem Boden. Bis auf weiteres lag der Entente nichts daran, ihr dieses letzte Stück europäischen Besitzes zu nehmen. In der Stellung des „Portiers der Meerengen“ konnte die Türkei belassen werden. Trotz ihrer furchtbaren Verluste war es ihr übrigens — eine Aufmunterung ihres Selbstbewußtseins — gelungen, am Ende des zweiten Krieges noch einen bescheidenen Erfolg zu erzielen und festzuhalten. Bulgariens Hoffnungen waren zerschlagen, das Vertrauen auf Rußland grausam enttäuscht. Die

Armee hatte die Fahnen eingerollt und wartete in tiefem Groll gegen ihren triumphierenden serbischen Nebenbuhler und gegen Rumänien, das ihre Niederlage vollendet hatte, auf bessere Zeit. Serbien hatte einen gewaltigen Sprung vorwärts getan. Seine weiteren Ziele konnte es nur noch im Kriege gegen Österreich-Ungarn erreichen. Mit mächtig gesteigertem Selbstvertrauen ging es an die Vorbereitung seiner nächsten Aufgaben. Rumänien hatte alles oder mehr genommen, als es nach der bulgarischen Seite gebrauchen konnte. Sein Gegensatz zu Österreich-Ungarn war ausgesprochen. Sein völliges Übertreten zur Entente zu hindern war alles, was die deutsche Diplomatie noch versuchen konnte. König Carol, wiewohl unter Altersgebrechen bereits leidend, garantierte wohl nur noch in seiner Person für die Möglichkeit der Fortsetzung des alten Verhältnisses. Der Machtzuwachs, den Griechenland davontrug, kam der Dynastie in Athen zugute und stärkte damit den deutschfreundlichen Faktor in diesem, dem Drucke der Entente stets ausgesetzten und wenig widerstandsfähigen Lande.

So sahen die Dinge nach dem Abschluß des zweiten Balkankrieges aus. Es konnte kein Zweifel sein, daß der Friede von Bukarest nur eine kurze Atempause markierte. Soweit es auf die Verhütung des allgemeinen Welt-

brandes im damaligen Zeitpunkt ankam, hatte die Botschafterkonferenz in London, die das Organ der Mächte zur Absperrung der Brandstätte bildete, ihre Aufgabe noch zu lösen vermocht. Die überspringenden Flammen hatten sich noch immer wieder löschen lassen, aber am Ende stand doch ganz Europa unter dem beängstigenden Eindruck, daß die Kämpfe am Balkan Vorläufer und Vorboten unheilvollerer Ereignisse waren.

* *

*

Unser im Verlauf der ganzen Balkankrisis dokumentiertes Bestreben, in dem Konflikt zwischen österreichischen Lebensinteressen und russischen Ambitionen zu vermitteln, entsprach der Gesamtauffassung, die ich von Anfang an von unserem Verhältnis zum österreichischen Bundesgenossen und zum russischen Nachbarn gehabt habe. Allerdings war auch ich überzeugt, daß trotz der sichtbaren Sprünge in den Mauern des österreichischen Völkerhauses, trotz aller offenen und geheimen Sympathien slawischer Bestandteile der Monarchie mit russischem Panslawismus am Bismarckischen Zweibund unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Ganz von allen Momenten zu schweigen, die sich heute in einem Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich verkörpern wollen, wäre jeder Gedanke an ein Zertrümmern des Bündnisses Wahnsinn gewesen, nachdem sich die

Ententegruppe in der Vorzeit so fest hatte konsolidieren können, daß an einen plötzlichen Umschlag nicht zu denken war. Höchstens bei England konnte es sich fragen, ob sich der europäischen Mächtekonstellation ein völlig neues Fundament geben ließe. Daß und weshalb die Aktion mißglückte, ist darzustellen versucht worden. Rußland aber war mit dem dauernd nach dem Vogesenloch starrenden Frankreich durch ein in der Volksstimmung beider Länder mehr und mehr verwachsenes Bündnis zusammengeschlossen, das durch finanzielle Bindungen fast alljährlich gestärkt wurde und die russische Politik in ihren diplomatischen Aktionen sowohl wie in den militärischen Vorkehrungen seit Jahrzehnten in festem Kurse hielt. Herr Sassonow hat einem deutschen Finanzmann, dessen Verbindung zu dem russischen Staat er zu pflegen wünschte, im Frühjahr 1914 die Bemerkung hingeworfen, wir sollten doch Österreich fahren lassen, dann würde er seinerseits hinterher auch Frankreich fahren lassen. Auch wenn die deutsche Politik in dieser gerade bei Herrn Sassonow eigenartigen Bemerkung nicht einen Trick der Diplomatie alter Schule, sondern eine ernsthafte Absicht hätte sehen können, so wäre sie nur zu der Folgerung gezwungen gewesen, daß sich der russische Staatsmann über die Solidität der französischen Kette und den Bereich seiner eigenen Omnipotenz arg getäuscht habe. Zwangsweise reduzierte sich Deutschlands Aufgabe gegenüber Rußland darauf, Österreich-Ungarn bei Bewahrung

aller Bündnistreue zu menagieren — was wir namentlich in der Balkankrise wiederholt und erfolgreich getan haben — und zu versuchen, unsere Position in Petersburg so zu gestalten, daß von dort unsere vermittelnde Tätigkeit vorkommenden Falles nicht zurückgewiesen wurde.

In dieser Linie lag das bekannte Potsdamer Abkommen vom 4. November 1910. Ähnlich wie bei unseren späteren Verhandlungen mit England sollten in Verbindung mit einer allgemeinen politischen Verständigung, die den Wunsch nach guten Beziehungen ausdrückte, praktische Interessenausgleiche an konkreter Stelle geschaffen werden. Frankreich und England aber sorgten dafür, daß sich das Abkommen, obwohl es perfekt wurde, nicht auswirkte. Aus den überraschten Kommentaren der französischen und englischen Presse zu der Potsdamer Entrevue sprach überdeutlich das Mißvergnügen auch der offiziellen Kreise beider Länder über jede Aktion, die das Verhältnis des Alliierten und Freundes durch Besserung seiner Stellung zu Deutschland alterieren könnte. So wurde Rußland wieder lau. Einer schriftlichen Fixierung der politischen Absprache von Potsdam entzog man sich mit der Ausflucht, das Wort des Zaren genüge. Es war derselbe Vorgang der sich wiederholte, als England unsere Auseinandersetzung mit Frankreich über Marokko durch sein Dazwischentreten verlangsamte und erschwerte.

Bei alledem waren die, in Fragen der großen Politik freilich nicht entscheidenden, persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen besser geworden. Der Zar hat mir stets persönliches Vertrauen gezeigt, mich wiederholt versichert, seinen Einfluß immer und überall für den Frieden einzusetzen, und mit Herrn Sassonow verbanden mich bis in den Winter 1913/14 persönlich freundliche Beziehungen. Aber der Zar war schwach und unbeständig, Herr Sassonow von reizbarem Temperament und eher zu Argwohn geneigt. Volles Vertrauen habe ich geglaubt dem Charakter des Ministerpräsidenten Grafen Kokowzow schenken zu dürfen, und noch heute bin ich überzeugt, daß die russische Politik 1914 andere Wege gegangen wäre, hätte sein Einfluß weiter gereicht und wäre er länger am Ruder geblieben.

Wie leicht erregbar Herr Sassonow war, zeigte sich im Herbst 1913. Der durch die Türkei angeregte Plan der Einsetzung einer deutschen Militärmission in Konstantinopel war im voraufgegangenen Juli vom Kaiser in meiner Gegenwart mündlich mit dem Zaren und dem König von England besprochen worden, ohne daß einer der beiden Monarchen etwas eingewendet hätte. Im Gegenteil wurde in dem Plan nur eine Erneuerung der früheren Militärmission Goltz-Paschas gesehen und natürlich gefunden. Sassonow aber, den ich im November auf seiner Rückreise von Paris in Berlin sprach, schöpfte aus dem Umstand, daß ich die Angelegenheit nicht mit

ihm besprochen hatte, den Verdacht, ich hätte ihn hintergehen wollen. Davon konnte keine Rede sein. Ich durfte Herrn Sassonow für unterrichtet halten und hatte keinen Anlaß, die Sache, die sich in militärisch-technischen Verhandlungen ihrem Abschluß näherte, von mir aus zum Gegenstand politischer Aussprache zu machen. Herr Sassonow ließ in der Presse Lärm schlagen und begann die Frage auf das hochpolitische Gebiet zu schieben. Durch persönliches Benehmen mit dem Grafen Kokowzow, der kurz nachher gleichfalls Berlin passierte, und durch Erfüllung seines Wunsches, die Betrauung des Missionschefs mit einem aktiven Kommando wieder zu beseitigen, gelang es mir, die Angelegenheit sachlich so zu bereinigen, daß der Zar dem Grafen Pourtalès ausdrücklich seine Befriedigung über ihre „Applanierung" aussprach. Der Argwohn Sassonows stimmte schlecht zu seiner eigenen Schweigsamkeit in Baltisch-Port über die aus seiner Initiative sich entwickelnden Balkanvorgänge!

Obwohl er durch den Grafen Kokowzow wußte, daß ich die russischen Gravamina in der Hauptsache ausräumen würde, blieb Sassonow bei der Auffassung und vertrat sie dem Zaren gegenüber, daß Deutschlands Politik in Sachen der Militärmission hinterhältig sei und bezwecke, die Einmütigkeit des Dreiverbandes zu untergraben. Daß sich Rußland prinzipiell einer deutschen Militärmission nicht widersetzen konnte, darüber war er sich klar. Er brachte aber alles gegen das deutsche Kom-

mando in Konstantinopel in Bewegung. Anfang 1914 scheint Sassonow dem Zaren Vorschläge unterbreitet zu haben, die darauf hinausgingen, sich der Unterstützung Frankreichs und Englands zu versichern und sich auf die Eventualität einer ernsten militärischen Aktion vorzubereiten. Es scheint bereits von einer Besetzung türkischer Häfen die Rede gewesen zu sein. Zweifellos ist die Möglichkeit eines europäischen Krieges erörtert worden. Welche Entscheidung der Zar getroffen hat, ist nicht bekannt geworden, und es ist möglich, daß das Projekt Sassonows durch die gerade in diesen Tagen erfolgende Beilegung der Liman-Sanders-Affäre hinfällig geworden ist. Wie wenig aber angebliches Mißtrauen in deutsche Hinterlist, wie sehr vielmehr eigener Expansionsdrang treibendes Motiv für Rußlands Politik war, sollte der weitere Verlauf, wie wir jetzt wissen, beweisen. Nicht zufrieden mit der vom Zaren ausdrücklich anerkannten Begleichung der Differenzen über die Militärmission, betrieb die russische Regierung weiterhin Vorbereitungen für die Besetzung der Meerengen in unverhohlener Erkenntnis, daß eine derartige Operation nur im Rahmen eines allgemeinen Konfliktes möglich sei.

Nach dem von den Bolschewiki veröffentlichten Protokoll einer am 21. Februar 1914 abgehaltenen Beratung sprach Sassonow unumwunden aus, es sei nicht vorauszusetzen, daß eine Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges unternommen werden

könne. Auch der Generalstabschef bestätigte, daß der Kampf um Konstantinopel nur in einem europäischen Kriege möglich sei. Trotzdem wurden die Pläne für die „Besitzergreifung der Meerengen in nicht ferner Zukunft" — so heißt es im Protokoll — in allen Einzelheiten beraten. Der Zar genehmigte die beschlossenen umfassenden Vorbereitungen. In dem Journal der Beratungen vom 21. Februar 1914 aber, das Sassonow am 5. März dem Zaren mit einem Immediatbericht vorlegte, und in welchem die zur Besetzung der Meerengen zu treffenden Maßnahmen und Vorbereitungen näher erörtert waren, ist von „der erwarteten Krisis" die Rede, die „möglicherweise sehr bald" zur Lösung der Meerengenfrage Anlaß geben solle. Rußland habe die historische Aufgabe, seine Herrschaft auf die Meerengen auszudehnen. Viel Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß es Rußland bevorstehe, die Frage während eines europäischen Krieges zu lösen. Die englischen und französischen Flotten würden in einem solchen Kriege die Flotten des Dreibundes in Schach halten. Auf weitergehende Unterstützung in den Operationen gegen die Meerengen sei aber nicht zu rechnen. Der Erfolg dieser Operationen sei natürlich eng mit der internationalen Konjunktur verbunden. „Einen günstigen Boden dafür vorzubereiten, bildet gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußeren in dieser Frage."

Jeder Kommentar erübrigt sich.

Von den politischen Vorbereitungen ist zunächst nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Auffällig und doch nur durch schlechtes Gewissen erklärbar freilich war die Erregung in Petersburg über den Anfang März 1914 erschienenen Artikel der „Kölnischen Zeitung", der über russische Rüstungen und Kriegsabsichten Alarm schlug; bekannt die neue große Anleihe in Frankreich mit der Verpflichtung zum Bau strategischer Bahnen an der deutschen Grenze; bemerkbar eine offensichtlich von der Regierung ausgehende feindliche Haltung gegenüber dem deutschen Handel. Im März und Juni folgten die aufregenden Artikel des Kriegsministers Suchomlinow in der „Birschewijja Wjedomosti" über Rußlands und Frankreichs Kriegsbereitschaft. Ungefähr gleichzeitig arbeitete Petersburg erfolgreich in Paris daran, England noch fester als bisher und nunmehr auch durch militärische Vereinbarungen an die russisch-französische Allianz zu ketten. Inwieweit England und Frankreich die russischen Meerengenpläne bekannt waren, wissen wir heute noch nicht. Ganz zufällig aber war es sicherlich nicht, daß in einem guten Teile der französischen Presse im Frühling 1914 ausgesprochen kriegerische Töne laut wurden. „Zielbewußt" wollte ja das Petersburger Kabinett den Kriegsfluten die Schleusen öffnen, um das russische Schiff auf einem Meere von Blut nach dem Goldenen Horn steuern zu können.

5.

Rückblicke.

Während sich am Welthorizont die Gewitterwolken immer dichter zusammenballten, lastete auf dem politischen Leben Deutschlands ein fast unerklärlicher Druck. Die Geschäfte gingen glänzend, die Kommunen wetteiferten in gemeindlichen und gemeinnützigen Veranstaltungen, Arbeit war reichlich vorhanden, und bei schnell wachsender allgemeiner Wohlhabenheit konnte sich auch die Lebenshaltung der unteren Volksschichten sichtlich heben. Wer die Erfindungen und die fast fieberhafte Tätigkeit von Industrie und Technik beobachtete, sich an der aufblühenden Landwirtschaft freute, wer an unserer Sozialpolitik eine doch nicht engherzige Bekundung fürsorgenden Geistes anerkennen mußte, der hätte erwarten sollen, im politischen Leben wenigstens einen Anklang an die Selbstzufriedenheit zu finden, mit der in Fest- und Jubiläumsrückblicken Deutschlands Erfolge gepriesen zu werden pflegten. Anstatt dessen gaben im politischen Parteigetriebe Mißmut und Unzufriedenheit einen deprimierenden Ton an, der aller vorwärtstreibenden Impulse bar war. Das Wort „Reichsverdrossenheit" tauchte aus dem Dunkel böser Zeiten wieder auf.

Es ist hier nicht der Ort zu Betrachtungen, inwiefern im geistigen Leben der Nation diejenigen ideellen Gegen-

gewichte fehlten, welche die Volksseele aus dem Sumpfe materialistischer und mechanistischer Weltauffassung hätten herausheben können. Genug, daß die großen, über die unmittelbar materiellen Interessen hinausgehenden Probleme der inneren und äußeren Politik keine allgemeinen Faktoren des intellektuellen Lebens waren. Wo wahrer politischer Sinn vereinzelt gepflegt wurde, fehlte es doch an dem nötigen Kontakt mit dem parlamentarischen Leben, das sich vielfach nach veralteten Programmen bewegte, und dessen Arbeiten die Presse dem Volke in einer häufig mehr das Sensationsbedürfnis befriedigenden, als der politischen Schulung dienenden Form weitergab.

Zudem litt das politische Leben in sich selbst an dem Mißbehagen, das sich ankündigenden, aber zurückgehaltenen Wandel zu begleiten pflegt.

Im Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten, das schon durch fortlaufende Kämpfe um die gegenseitige Steuerhoheit dauernd affiziert wurde, machte sich die Anomalie zwischen der ausgesprochen konservativen Richtung der preußischen Politik und der liberaleren Führung der Reichsgeschäfte immer schwerer und nachteiliger fühlbar. Zugleich bewegte der Drang nach durchgreifender Erhöhung des parlamentarischen Anteils an den

Regierungsaufgaben mehr und mehr die Gemüter. In Preußen war ein der Parlamentarisierung ähnlicher Zustand in dem Anspruch der Konservativen auf entscheidende und die Linke so gut wie exkludierende Beeinflussung der Regierung praktisch beinahe verwirklicht. Im Reiche aber, wo der Gedanke von der unbefriedigten Linken scharf vertreten wurde, stiftete er doch mehr Unruhe, als daß er bei dem Mangel jeder auch nur äußerlich geschlossenen, geschweige denn innerlich homogenen Parteienmehrheit praktisch erreichbare Ziele aufgedeckt hätte. Mit der Reform des preußischen Wahlrechtes hoffte ich ein Haupthindernis gesunder Entwicklung aus dem Wege zu räumen. Die Reform scheiterte an dem mit einer Taktik der Überraschungen verbundenen Widerstand der Konservativen und an Schwierigkeiten, die die Nationalliberalen in parteipolitischem Interesse erheben zu müssen glaubten. Die Modalitäten aber, unter denen das Gesetz fiel, machten jede baldige Erneuerung des Versuches, weil aussichtslos, unmöglich. So lebten die großen politischen Gegensätze unausgetragen fort und bohrten sich um so tiefer ein. Während die Linke über die Enttäuschung ihrer Hoffnungen grimmte und grollte, verbitterte sich die Rechte in empörtem Unwillen über eine Politik, die nicht nur ihre Parteimacht bedrohte, sondern nach ihrer Überzeugung geradezu den Bestand Preußens untergrub. Wann und wo mir das Wort zugeschrieben wurde, ich wolle dem alten Preußen schon das Genick

brechen, weiß ich nicht. Ich habe es weder damals noch später gesprochen.

Die Regierung, wie jede unparlamentarische, zu einer Politik der Diagonale gezwungene Regierung, war von beiden Seiten dem Feuer ausgesetzt. Die Linke glaubte ein Interesse daran zu haben, mich im In- und Auslande als reaktionären Dunkelmann zu verketzern, und die Rechte verfolgte mich als verkappten Demokraten. Hinter der Kritik verbarg sich aber doch auch ein Teil eigenen Unvermögens. Daß eine ausgesprochen konservative Politik im Reiche eine faktische Unmöglichkeit war, wußte die Rechte selbst am besten. Und auch die Sozialdemokraten konnten sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß ein Kanzler nach ihrem Herzen noch an demselben Tage im Abgrund verschwunden wäre. Aus den verbleibenden Parteien war keine feste Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Die Nationalliberalen ergaben sich bald schwerindustriellem und alldeutschem Liebeswerben, bald suchten sie Halt an ihren liberalen Traditionen aus großer Zeit. Ihr Gegensatz zu den Sozialdemokraten war ausgesprochen. Der Fortschritt gravitierte teils nach dem rechten Flügel der Sozialdemokraten, teils nach dem linken der Nationalliberalen. Das Zentrum, in Berührung mit allen Parteien, hielt sich von jeder Bindung frei, unterstützte die Regierung hier, bekämpfte sie dort. Die vielgeschmähte mittlere Linie wurde von Sachen und Menschen erzwungen.

In der auswärtigen Politik machten sich die Gegensätze noch fühlbarer. Wegen der Entsendung des „Panther" nach Agadir, als endlichen Zeichens starker Politik, wurde Herr von Kiderlen in alldeutsch gerichteten Blättern so stark gelobt, auch wurde dabei von einigen Seiten das Verlangen nach Angliederung scherifischer Gebietsteile so lebhaft zu propagieren gesucht, daß der sensationelle Charakter, den die Aktion notwendig trug, unerwünscht und ihrer gewollten Bedeutung zuwider übersteigert wurde. In der begründeten Erregung über den englischen Eingriff und in der kritischen Verurteilung der Magerkeit des den marokkanischen Streit abschließenden Abkommens vom 4. November lagen Momente, welche denselben Eindruck unterstützten. Ausgesprochenes Mißtrauen gegen England machte meine Annäherungsversuche unpopulär und belebte die Flottenagitation, während gleichzeitige Sorge vor der französisch-russischen Gefahr mir den im Verlaufe des Weltkrieges zur Denunziation erhobenen Vorwurf eintrug, unsere Rüstung zu Lande zu vernachlässigen. Wie unbegründet gerade diese Beschuldigung war, zeigen die klaren Ziffern der großen Wehrvorlage von 1913. Seit Bestehen des Reiches war es die gewaltigste Heeresverstärkung, die ich vom Reichstag forderte und mit größtem Nachdruck vertrat. Technisch, finanziell und politisch war die Vorlage unter Einsatz aller Kräfte in kürzester Zeit vorbereitet worden. Als Maximum entscheidend war für mich, was die Mili-

tärs selbst für notwendig hielten. Sie schätzten die äußere Gefahr zum mindesten so hoch wie ich selbst ein. Die im Reichstag eingebrachte Vorlage umfaßte aber die Forderungen des Kriegsministers bis auf den letzten Mann und ist in vollem Umfange als Gesetz aus dem Reichstage wieder hervorgegangen. Der Chef des Generalstabes allerdings hatte mehr Formationen verlangt. Da indes der Kriegsminister das zu ihrer Aufstellung erforderliche Personal nicht verfügbar zu haben erklärt, vielmehr die Überzeugung ausgesprochen hatte, daß diese Mehrformationen, wenn sie trotzdem aufgestellt würden, die Armee nicht stärken, sondern innerlich schwächen würden, hatte die entscheidende Stelle, der Kaiser, das Votum des Kriegsministers bestätigt. Übrigens hatte General von Heeringen, was nach anderer Richtung bemerkenswert ist, seinen ganzen Einfluß aufbieten müssen, um die Heeresverstärkung gegenüber gleichzeitigen Ansprüchen der Marine durchzusetzen.

Der Reichstag hat für die Marine seit der Annahme des grundlegenden Flottengesetzes stets eine freigebige Hand gehabt. Seegeltung war ein Zauberwort, dem auch mancher jener Parlamentarier nicht widerstand, deren Kritik sich sonst bis auf die kleinsten Positionen des Etats erstreckte. Im Lande wuchs mit der zunehmenden Entfernung von der Wasserkante der Schimmer der Romantik, der alles Seemännische umgab. Die Flotte war das Lieblingskind Deutschlands, in ihr schienen sich am

lebendigsten die vorwärtsstrebenden Kräfte der Nation darzustellen. Leistungen modernster Technik und sorgfältig erwogener Organisation wurden mit Recht bewundert. Zweifel eines engeren Kreises von Sachverständigen, ob wir mit dem Bau von Großkampfschiffen überhaupt auf dem richtigen Wege waren, kamen gegenüber einer fanatischen, im Dienste der herrschenden Richtung disziplinierten Publizistik nicht auf. Bedenken über die schwere internationale Belastung, die sich aus unserer Flottenpolitik ergeben hatte, wurden durch eine robuste Agitation niedergehalten. In der Flotte selbst war nicht überall das Bewußtsein wach, daß sie nur Werkzeug, nicht aber bestimmender Faktor der Politik zu sein hatte. Ihre Leitung lag seit langen Jahren in der Hand eines Mannes, der über sein Ressort hinaus politische Autorität beanspruchte und das politische Denken weiter Kreise nachhaltig beeinflußte. Wo Differenzen zwischen der Marine und der politischen Leitung sich andeuteten, trat die öffentliche Meinung fast ohne Ausnahme auf die Seite der ersteren. Erwägung der internationalen Kräfteverhältnisse galt leicht als schwachmütige Rücksichtnahme auf das Ausland.

Bisweilen habe ich mich des Eindruckes nicht erwehren können, daß auch bei der Behandlung von Fragen, die

an sich in die innere Politik fielen, die äußere Lage nicht voll gewürdigt wurde. Die Zustände Elsaß-Lothringens waren, auch wenn wir unser Hausrecht unter allen Umständen wahren mußten, doch von internationaler Bedeutung. Die Stimmung der irredentistischen Kreise zeigte stets genau das Wetter an, das in Paris und im Lager der Entente herrschte. War im Elsaß Hochflut, so wußte man mit Sicherheit, daß bei kritischer Zuspitzung der Gesamtlage auch in Paris die Revanchewogen hochgingen, und auffällig war es, daß immer gleichzeitig die englische Presse ein wachsendes und lebhaftes Interesse für die Lösung der elsaß-lothringischen Frage an den Tag legte. So sonderlich im Frühjahr 1914, wo, wie wir jetzt wissen, die russische Regierung bewußt und absichtlich die Zustände für Weltkomplikationen reif zu machen suchte. Die reichsländische Verfassung, die vornehmlich von dem Staatssekretär Delbrück mit seiner nie fehlenden Umsicht vorbereitet war, und die ich 1911 im Reichstage einbrachte, sollte eine Etappe auf dem Wege zum sebständigen Bundesstaat sein. Schnellerem Übergang zu ihm, der bei nachträglicher Betrachtung sowohl außerpolitisch wie innerpolitisch das Richtige gewesen wäre, standen faktisch unüberwindliche Hindernisse vornehmlich in der irrigen Auffassung entgegen, daß die Reichslande in allererster Linie militärisches Glacis Deutschlands sein und bleiben müßten, und daß diesem Erfordernis die Wünsche des Landes in Verfassung und

Verwaltung unterzuordnen seien. Rein militärische Auffassung und politische Abwägung der Gesamtsituation, unter deren Gegensatz die Verwaltung des Landes dauernd gelitten hat, rieben sich auch damals wund. Dazu beurteilten die Konservativen die in der Verfassung vorgeschlagenen Wahlrechtsbestimmungen mehr nach ihrer parteipolitischen Auffassung preußischer Verhältnisse, als nach den von Grund aus anders gearteten Zuständen der Reichslande selbst, und bekämpften, in Sorge vor unerwünschter Rückwirkung auf kommende preußische Gesetzgebung, die liberalen Vorschriften als demokratische Konzessionen.

In verschärftem Maße noch tat sich der militärisch-politische Antagonismus bei der unseligen Zabernaffäre hervor. Man mag über die tatsächlichen Vorgänge in der Vogesenbergstadt, über ihre Behandlung und den formalen Abschluß der Angelegenheit urteilen, wie man will, von beiden Seiten wurde kaum beachtet, daß die gegenseitige, gewiß echte und ehrliche Entrüstung in einer das schadenfrohe Ausland weniger befriedigenden Form hätte ausgetragen werden können.

Insgesamt hat das Schauspiel, das die inneren Zustände Deutschlands boten, in den fremden Ländern, auch wenn der Wille zu Verleumdungen fehlte, zu irrigen Vorstellungen verleitet. War den parlamentarisch regierten Staaten unser Regierungssystem schon als solches unverständlich, so wurde aus der dauernden Opposi-

tionsstellung unserer demokratisch gerichteten Parteien der falsche Verdacht geschöpft, daß die Politik der Nation von den Parteien entgegengesetzter Richtung entscheidend bestimmt werde. Was dort an reaktionären, alldeutschen oder militaristischen Ausschreitungen begangen wurde, schob man schließlich der Regierung und dem ganzen Volke in die Schuhe. Unerfreuliche partikularistische Erscheinungen, in denen Preußentum süddeutschem Wesen nicht ohne Anmaßung entgegentrat, mögen Herrn Cambon in seinem durch Agentennachrichten genährten Glauben bestärkt haben, die deutsche Einheit werde im Kriegsfalle versagen. Die Agitation für Flotten- und Heeresrüstung wurde als Symptom kriegslustiger Instinkte gedeutet, die allgemeine Unzufriedenheit als Beweis dafür, daß die Nation novarum rerum cupida sei.

Nachdem Lüge im Weltkriege Triumphe gefeiert hat und Todhaß sein Siegel unter das Dokument setzen will, das nach der Absicht des Präsidenten Wilson die Versöhnung der Völker einleiten soll, sträubt sich jede Faser, eigene Wunden aufzureißen. Die Hungerpeitsche, die die Feinde auch nach tatsächlich beendetem Kriege noch monatelang über das wehrlos gewordene Deutschland ohne Erbarmen weiter geschwungen haben, kündigt uns

an, daß, was wir früher als öffentliche Moral ansahen, vom Weltkriege verschlungen worden ist. Wer aber an dem Glauben festhält, daß die Menschheit, wenn auch in vielleicht später Zukunft, sich noch einmal der ethischen Überzeugungen erinnern wird, die das Werk von Jahrtausenden sind, der wird summarische und pharisäerhafte Schuldigsprechung des Gegners ebenso abweisen, wie eigenes unwahres und würdeloses Schuldbekenntnis. Nur der Wahrheit wird er nahezukommen suchen, soweit mithandelnde und mitverantwortliche Menschen es vermögen.

So ist es denkbar, daß auch solche Gegner von uns, die sich bis zum Kriege ein unvoreingenommenes Urteil zu bewahren suchten, in unseren Zuständen und in unserem Verhalten Elemente der Unruhe fanden, die unserer wieder und wieder betonten Friedensliebe zu widersprechen schienen. Die aufstrebende Macht Deutschlands, schon im friedlichen Wettbewerb als Auflehnung gegen eigene Suprematieansprüche lästig empfunden, schien Weltherrschaftsgelüste zu verraten, wo naives und unausgeglichenes Kraftgefühl mit der Prätension auftrat, durch deutsches Wesen die Welt von ihren Übeln zu befreien. Wir sind damit — um einen vulgären Ausdruck zu gebrauchen — dem Auslande oft auf die Nerven gefallen. Sehr bezeichnend hat ein politischer Schriftsteller in England, der sich trotz gelegentlich nicht unterdrückter persönlicher Schmähsucht doch von extravaganten Über-

treibungen sachlich fernhielt[1]), während des Krieges den Satz geschrieben: „There was in the world only one menace to peace, and that menace was the increasing population, the increasing prosperity, and the increasing unrest of the German Empire[2])." Daß die wachsende Bedeutung Deutschlands vielen Engländern eine Kriegsdrohung war, ist richtig. Daß deutsche Unruhe in die sonst so friedlich gesinnte Welt den Keim des Krieges getragen habe, ist falsch.

In den voraufgehenden Abschnitten ist versucht worden, aus den Ereignissen der Jahre 1909 bis in den Januar 1914 diejenigen Momente herauszuschälen, welche die Gestaltung der politischen Situation in Europa bestimmt haben. Dabei sind auch Dokumente angezogen worden, deren Kenntnis uns erst nach Ausbruch des Weltkrieges zugekommen ist. Wo es geschah, ist es ausdrücklich angegeben. Das Neue hat aber nur die Konturen noch schärfer herausgearbeitet, die sich schon in dem Alten, uns von früher Bekannten deutlich abzeichneten. Wie sehen nun die Fakten im Lichte der wirklichen Er-

[1]) Begbie a. a. O. S. 49.

[2]) „Für den Frieden gab es in der Welt nur eine Drohung, und diese Drohung war die wachsende Bevölkerung, der wachsende Wohlstand und die wachsende Unruhe des Deutschen Reiches."

eignisse aus? — denn unser Schuldkonto an Worten wird durch dasjenige unserer Gegner zum mindesten ausgeglichen. Wo sind wir es gewesen, die durch Handlungen Unruhe in die Welt hineingetragen haben? Agadir? Man mag den Panthersprung noch so streng beurteilen: der „Panther" wäre nicht nach Agadir gesandt worden, wenn die Franzosen nicht vorher nach Fez marschiert wären. Dann unsere Flottennovelle. Reizte sie etwa mehr auf als die Worte Lloyd Georges, und waren es nicht schließlich eben diese Worte, welche bei der Agitation für die Novelle am brauchbarsten waren? Weiter, die große Wehrvorlage. Gewiß, die französische Stimmung wallte auf, aber der französisch-russischen Armee blieben wir auch jetzt noch an Zahl weit unterlegen, ganz zu schweigen von der erdrückenden Übermacht, wenn sich ihr auch noch der englische Freund gesellte. Selbst Herr Lloyd George, dem niemand deutschfreundliche Befangenheit vorwerfen wird, erkannte vor dem Kriege an, daß Deutschland eine ganz starke militärische Rüstung zu Lande brauche. Und schließlich, welche perverse Verlogenheit wird uns zugetraut, wenn in den Verständigungsversuchen, deren erste Initiative doch bei uns gelegen hat, nichts als eine Maske gesehen wird, hinter der Kriegswille sein Antlitz verbarg?

Und nun die Gegenseite! Marokko, Tripolis, die Balkankriege: überall sind die Aktionen aus dem Konzern derjenigen Mächte hervorgegangen oder von ihnen

protegiert worden, die sich vor dem Kriege gegen uns zusammengeschlossen hatten, oder die, wie Italien, ihren allmählich vorbereiteten Abfall von uns während des Krieges vollendet haben. Keine dieser Aktionen ist von Deutschland auch nur im entferntesten provoziert worden, aber eine jede von ihnen hat Europa nahe und in ihrer Aufeinanderfolge immer näher an den Rand des Verderbens herangeführt, bis schließlich die russische Regierung ganz offiziell beschloß, den europäischen Boden so zu beackern, daß die von ihr eingestreute Kriegssaat aufgehen könne. Das sind Tatsachen, um die keine Sophistik herumkommt, und gegen die, wo sie sich gezeigt hat, deutsche Unruhe federleicht wiegt. Ob französischer Machthunger, ob sacro egoismo der Italiener, ob nationaler Expansionsdrang der Balkanvölker, ob vermeinte historische Mission Rußlands die treibenden Motive waren, in aller Verfolgung nationaler Ziele flammte das Wetterleuchten des Weltbrandes auf. Schuldfrage ist zunächst Ursachenfrage. Und aufgerichtet ist der Holzstoß zum Weltbrande von Mächten der Entente. Deutschland hat die Scheite nicht zugetragen.

Von deutscher Seite ist bei Behandlung des Schuldproblems eine Beantwortung auch der Frage als wichtig bezeichnet worden, „ob Deutschland ein Recht zur Furcht hatte“[1]. Die zahlenmäßige Unterlegenheit unserer und

---

[1]) Vortrag des Prinzen Max von Baden in Heidelberg am 3. 2. 1919.

Österreich-Ungarns Wehrmacht — auf Italien konnten wir sowenig wie auf Rumänien auch nur mit einiger Sicherheit zählen — gegen die Wehrmacht der politisch gegen uns zusammengeschlossenen Mächtegruppe ist so evident, daß kein Wort darüber zu verlieren ist. Und auch das Vertrauen zu höherer Qualität unserer Truppen konnte die doch offensichtlichen Gefahren unserer eingekeilten Lage sowie das ziffernmäßig fast unbegrenzte Anwachsen der russischen Armee nicht vergessen machen. Mehr aber noch als das Verhältnis der gegenseitigen Rüstungen fiel die politische Lage ins Gewicht. Auf der einen Seite der Mißerfolg unserer Verständigungsversuche, auf der anderen der immer festere Zusammenschluß der Entente mit französisch-russischen Zielen, die nur ein europäischer Krieg erreichen ließ. Beides ein Ergebnis der von England starr festgehaltenen Politik der balance of power. Und beides genügte doch wohl vollauf, um äußerste Besorgnis — das Wort „Furcht" trifft nicht zu — zu rechtfertigen, auch wenn der ausgesprochene Entschluß Rußlands, zum Kriege zu treiben, erst gegen Ende des Weltkrieges aktenmäßig bekannt geworden ist. Wie locker die Schwerter saßen, hatte ja früher der russisch-japanische und der Burenkrieg, hatten ganz neuerdings Tripolis und der Balkan gezeigt.

Der Kaiser hat mir seit 1912, und seit Anfang 1913 immer dringlicher werdend, wieder und wieder von der Koalition gesprochen, die sich ähnlich der Kaunitzschen gegen uns bilde, und die über uns herfallen werde[1]). Nicht in Aufwallungen des Augenblicks, sondern im Ergebnis ruhiger Überlegung der internationalen Lage. Seit Björkö hatte er von russischer Unzuverlässigkeit zuviel erfahren, und der Mißerfolg aller von ihm doch auch mit persönlichen Empfindungen begleiteten Annäherungsversuche an England hatte ihn viel zu schwer betroffen, als daß er sich über die wirkliche Situation irgendwelcher Täuschung hingegeben hätte.

Herr Jules Cambon hat in einem Bericht an den französischen Minister des Äußeren vom 22. November 1913 die ihm aus ganz zuverlässiger Quelle zugekommene Nachricht von einer Unterredung wiedergegeben, die der Kaiser zu jener Zeit in Gegenwart des Generalstabschefs Generals von Moltke mit dem König der Belgier gehabt

---

[1]) Herr Professor Schiemann hat in der Presse den Vorwurf gegen mich erhoben, ich hätte dem Kaiser wichtige Informationen über die Gefahren unserer Lage vorenthalten. Der Vorwurf geht fehl. Ich habe es niemals unternommen, den Kaiser über Schwierigkeiten hinwegzutäuschen. Auch aus jenen Berichten geheimer Herkunft, mit deren Übersetzung Herr Professor Schiemann amtlich betraut war, sind dem Kaiser die wesentlichen Fakten unterbreitet worden. Bei der Mitteilung von Nachrichten aus dieser Quelle habe ich den Kaiser allerdings gebeten, mir die Angabe ihres Ursprungs zu erlassen, und dabei seine volle Zustimmung gehabt.

haben soll[1]). Der Kaiser soll dabei seiner Überzeugung Ausdruck gegeben haben daß der Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei, und daß es früher oder später dazu kommen müsse, woraus König Albert den Eindruck empfangen habe, daß der Kaiser nicht mehr Vorkämpfer des Friedens sei. Herr Cambon knüpft seinerseits daran Bemerkungen, in denen auch er der Ansicht Ausdruck gibt, daß der Kaiser sich mit einer Denkweise vertraut mache, die ihm früher widerstrebt habe. Dieser Bericht ist von der französischen Kriegsliteratur stark beachtet und zum Nachweis der persönlichen Schuld des Kaisers verwertet worden. Persönlich ist mir zwar von der berichteten Unterredung nichts bekannt, aber ich würde es nicht erstaunlich finden, wenn der Kaiser in seiner impulsiven Natur auch dem König der Belgier gegenüber aus seiner Überzeugung kein Hehl gemacht haben sollte. Es wäre eben nichts als die Wiedergabe persönlicher Gewißheit gewesen, geschöpft aus der Härte der Tatsachen. Die Schlüsse, die Herr Cambon daraus gegen die Friedensliebe des Kaisers zieht, und die auch König Albert gezogen haben soll, sind ebensowenig haltbar, wie wenn man aus gelegentlichen drastischen Randbemerkungen,

---

[1]) Nr. 6 des französischen Gelbbuches. Die Quelle soll nach französischen Angaben König Albert selbst gewesen sein. So Pierre Albin, D'Agadir à Sarajevo, S. 78. Nach Reinach, Histoire de douze jours, S. 37, hätte auf Befehl des Königs der Gesandte Beyens das Gespräch Herrn Cambon erzählt.

mit denen der Kaiser manche Schriftstücke bei der ersten Lektüre versehen haben mag, Schlüsse auf die Richtung seines Willens im Endergebnis reiflicher Überlegungen ziehen wollte. Sollten einmal die Militärs bei Abschätzung der Kriegschancen im Hinblick auf das sich dauernd verschiebende Verhältnis der gegenseitigen Rüstungen die Aussichten eines Krieges jetzt und später einander gegenübergestellt haben, so würde ein solcher Vergleich nur den natürlichen Aufgaben eines jeden Generalstabes entsprochen haben. Der Kaiser hat sowenig wie irgend einer seiner politischen Ratgeber einen Präventivkrieg jemals in den Kreis auch nur fernster Überlegungen gezogen.

6.

Der Ausbruch des Krieges.

Die Zukunft Österreich-Ungarns hat die politische Literatur unserer Gegner lange vor dem Kriege beschäftigt. Ob das Habsburger Reich zerstückelt, ob es erhalten werden solle, wurde offen erörtert. Daß der Hingang Kaiser Franz Josephs ein Schicksalstag für die Monarchie sein werde, war ein Glaubenssatz, dem nicht nur unsere Feinde anhingen. Was danach werden solle, wurde auch in Deutschland viel besprochen, und Schriften, insbesondere aus alldeutschen Federn, meldeten sich, unbekümmert um die Wirkung im Auslande, im voraus mit umfangreichen Ansprüchen an die Erbmasse. In Frankreich wurden vor dem Abschluß der entente cordiale Stimmen laut, die Österreich-Ungarn vom Dreibund weg und zur russisch-französischen Allianz hinüberziehen wollten. Nicht ohne Geschick operierte man zu diesem Zwecke in Wien gegen den deutschen Bundesgenossen mit den alldeutschen Unvorsichtigkeiten, indem man zugleich auf die Gefühle gewisser Kreise spekulierte, die Königgrätz nicht vergessen konnten. Glückte es, den Dreibund zu sprengen, dann war dem vielberufenen Drang Deutschlands nach dem Osten ein handfester Riegel vorgeschoben. Als dann das österreichische und balkanische Slawentum mehr und mehr

Eingang in die politische Publizistik des Westens fand, überwogen wieder die autonomistischen Ideen. Mit dem Abschluß der Triple-Entente konsolidierten sich die Ansichten. Gemeinsame Parole wurde: Unterstützung der slawischen Bestandteile der Donaumonarchie um jeden Preis. Fast offen strebten ja die Tschechen vom österreichischen Staatsverbande weg, und auch bei den Südslawen gärte es andauernd[1]). Jede Förderung der zentrifugalen Kräfte zersetzte nicht nur das Konglomerat des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes, sondern untergrub zugleich die Gesamtposition der Zentralmächte. Natürliches und notwendiges Komplement war die gleichzeitige Begünstigung der am Zerfall der Donaumonarchie interessierten slawischen Balkanstaaten. Die wenig weitsichtige Wirtschaftspolitik, die Österreich-Ungarn gegen Serbien führte, bot dem rastlos tätigen russischen Gesandten in Belgrad, Herrn Hartwig, eine günstige Unterlage, auf der er den Antagonismus gegen den Habsburger Nachbarn immer erfolgreicher schüren konnte, und das Land der Schwarzen Berge, so klein es auch war, bildete eine stets gut dotierte Filiale des panslawistischen Hauptplatzes an der Moskwa. In ganz gerader Linie war auch diese Entwickelung selbstverständ-

[1]) Mit den slawischen Umtrieben beschäftigt sich eine weitschichtige Literatur. Eine knappe Darstellung findet man in Übersbergers Beiträgen zu dem Teubnerschen Sammelwerk: „Deutschland und der Weltkrieg."

lich nicht verlaufen. Lag doch die Zeit nicht weit zurück, wo England, nachdem die Dynastie Obrenowitsch durch Mord beseitigt worden war, für längere Zeit auf diplomatische Vertretung in Belgrad verzichtet hatte. Immer häufiger aber brachten englische und französische Politiker von ihren Studienreisen nach den slawischen Gebieten der Donaumonarchie den gern aufgenommenen und dann in der Tagesliteratur fleißig verwerteten Eindruck mit, daß die Bevölkerung ungeduldig auf den mit dem Tode des alten Kaisers erhofften Zerfall der habsburgischen Monarchie warte. In den slawischen Gebieten selbst beschränkte man sich nicht auf das Studium zukünftiger Möglichkeiten, sondern bereitete in Presse und Flugschriften, in Vereinen und Versammlungen die Geister auf positive Handlungen vor[1]). Dabei war die Lage der Slawen in der Monarchie keineswegs aussichtslos. Im Kreise des Thronfolgers trug man sich, wie wohl bekannt war, mit Plänen einer Umkonstruktion des staatlichen Organismus, die den slawischen Elementen freiere Entwicklung ermöglicht hätte. Freilich rechneten diese Pläne damit, daß die Monarchie Kraft genug aufbringen werde, um die slawischen Bevölkerungsteile zum österreichischen Staatsgedanken zurückzuführen. Das aber war es gerade, was der Panslawismus und die von ihm unterstützte großserbische Propaganda verhindern

[1]) Das österreichisch-ungarische Rotbuch Nr. 19 und das „Dossier" bringen hierüber sehr reichhaltiges Material bei.

wollten. Vielen stand der Thronfolger im Wege. Man traute ihm eine Hand zu, stark genug, um die auseinanderstrebenden Elemente wieder an den Zügel zu bringen. Dabei machte sich der elementare Gegensatz zwischen Slawentum und Germanentum doch stark geltend. Allerdings hätte die wirtschaftliche Interessengemeinschaft bei genügender Pflege im Laufe der Jahre vielleicht den Rassenantagonismus aus roherer Vergangenheit allmählich überwinden können. Der Nationalismus der österreichischen und der ihnen benachbarten Balkanslawen aber behielt die Oberhand und wurde zugleich in deutschfeindlichen Geist gedrängt, weil Rußland ihn in den Dienst seiner die Lähmung der Donaumonarchie erstrebenden Macht- und Expansionspolitik stellte, während Frankreich und England in ihm ein mächtiges Mittel förderten, um Deutschland durch Zermürbung seines Bundesgenossen niederzuhalten.

Da ward am 28. Juni der Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo ermordet. Die Mörderbomben waren mit Hilfe serbischer Militärs und serbischer Beamter nach Bosnien gebracht, die Henkersknechte erfreuten sich der hilfreichen Gunst des von der serbischen Regierung geförderten Vereins Narodna Odbrana, der den Abfall der serbischen Landesteile von Österreich-Ungarn offen predigte. Der Mord war das blutige Zeichen, daß das Großserbentum seine Stunde gekommen sah. Aber auch die Stunde der Donaumonarchie hatte geschlagen:

Ertrug sie tatenlos die subversiven Angriffe auf ihren Bestand, dann war ihr Zerfall unaufhaltsam. Entschloß sie sich, die großserbischen Unruhestifter zur Vernunft zu bringen, und fiel ihr niemand dabei in den Arm, dann löschte sie ein Feuer, das nicht nur an ihrem eigenen Hause, sondern zugleich an dem europäischen Häuserblock emporzüngelte. Mit dem Augenblick aber, wo ein Mitglied der Entente sich diesem letzten möglichen Versuch Österreich-Ungarns zur Wahrung seiner Integrität entgegensetzte, trat das Problem Österreich aus dem Bereich theoretischer Spekulationen heraus und forderte welthistorische Entschlüsse.

Die Entscheidung lag bei Rußland. Die russische Politik hatte es auch diesmal in der Hand, dem serbischen Streit eine friedliche Lösung zu geben. Herr Sassonow hat in einem Gespräch mit dem Grafen Pourtalès selbst zugegeben, daß die serbische Regierung einen Denkzettel verdiene, und ein Wort aus Petersburg hätte genügt, um die Serben zur Gewährung von Genugtuungen zu bestimmen, die Österreich befriedigen und einen modus vivendi ermöglichen konnten. Gehorchten aber die Petersburger Machthaber dem Gebot der „historischen Mission" Rußlands, die nach alter panslawistischer Formulierung nicht nur den Schutz der Balkanslawen, sondern auch die Unterstützung der slawischen Völkerschaften Österreichs forderte, dann ging es um den europäischen Frieden. Heute wissen wir, daß Herr Sassonow es auf

Störung dieses europäischen Friedens geradezu abgesehen hatte, weil er nach Konstantinopel wollte und dazu einen europäischen Krieg brauchte. Damit sind sämtliche Aktionen der russischen Politik im Juli 1914 ein für allemal erklärt. Aber selbst wenn der Schrecken Herrn Sassonow gepackt haben sollte, als er nun die Kriegsfurie leibhaftig kommen sah, der den Weg zu bereiten „die Aufgabe der zielbewußten Arbeit seines Ministeriums war" — Krieg blieb, was er tat. Persönlich war er den panslawistischen Ideen immer willfähriger geworden. Obwohl in westlicher Kultur ganz zu Hause, berauschte doch auch er sich an dem Gedanken, dereinst in dem heiligen Rußland die große, allgewaltige, herrschende und schirmende Mutter der slawischen Völkerfamilie sehen zu dürfen. Schon deshalb konnte er nicht die genügende Kraft aufbringen, um sich dem stürmischen Drängen nach Bekundung der slawischen Autorität auf jede Gefahr hin zu entziehen. Dazu aber kam ein weiteres. Militärische und auch zivile Ratgeber haben dem Zaren in jenen Schicksalstagen einzureden gewußt, er könne Zartum und Reich nur retten, wenn er den gärenden Unwillen in seinen Landen, möge er nun panslawistischer Exaltation oder sozialem Groll entspringen, auf die Leidenschaften eines Krieges ablenke. Ähnliche Gedanken — nach den Erfahrungen des Weltkrieges ist man versucht zu sagen: ähnliche verruchte Gedanken — haben wohl in allen Ländern einmal ganz kurzsichtige

und gewissenlose Menschen unverantwortlicher Kreise betört. In Rußland waren sie an maßgebender Stelle eine Macht. Und die Männer, die sie vertraten, waren zugleich entschlossene Anhänger des Planes, Konstantinopel zu nehmen. Diesen Kriegstreibern aber hatte sich Herr Sassonow so gut wie willenlos in die Hände gegeben, als er mit ihnen zusammen in jener Beratung vom 21. Februar feststellte, Rußland müsse die Meerengen nehmen, könne es aber nur um den Preis eines europäischen Krieges.

So hat es, um den Stein ins Rollen zu bringen, nicht erst des Appells des serbischen Kronprinzen an das edelmütige Herz des Zaren bedurft. Als er den russischen Kaiser am 24. Juli anflehte, Serbien „so schnell wie möglich zu Hilfe zu kommen", hatte Sassonow sich innerlich bereits entschieden. An demselben Tage hat ein russischer Ministerrat fest beschlossen, Serbien auch mit militärischen Mitteln zu unterstützen. Am nächsten Tag wurden beim Zaren die erforderlichen Befehle durchgesetzt, suchte Sassonow bereits in der französischen Botschaft sich auch der englischen Hilfe zu versichern. Buchanan hat über diese Unterredung sehr genau berichtet[1]) und Sassonows Äußerungen überliefert, daß Rußland, wenn es sich auf Frankreich verlassen könne, den Krieg nicht scheuen werde. Die Bedingung, die der russische Minister hier aufstellte, ist doch nur sehr diplo-

[1]) Blaubuch Nr. 17.

matisch zu verstehen. Daß Herr Poincaré, der schon 1912 „den Krieg nicht ohne Bedauern gesehen hätte", unter allen Umständen mitmachen würde, wußte Herr Sassonow genau, als er mit Herrn Buchanan sprach. Wie England dachte, wollte er wissen. Denn gegen Englands Willen konnte er keinen Krieg wagen. Das mit Japan verbündete Großbritannien hatte wahrlich Machtmittel genug, um Rußland jeden Kriegsgedanken auszutreiben. Das schon gelockerte Schloß der Kriegspforte ganz zu öffnen, konnte sich Herr Sassonow nur getrauen, wenn er sicher war, daß aus dem aufspringenden Tor auch ein gewappnetes England hervorschreiten werde. So kam für ihn alles auf Englands Haltung an. Was aber tat England?

Über den Gedanken des Weltkrieges, dessen Möglichkeit natürlich Sir Edward Grey sofort gesehen hatte, hat auch der englische Staatsmann in starken Ausdrücken des Abscheus gesprochen. Er erkannte zwar an, daß auch vom englischen Standpunkt aus der österreichisch-serbische Streit eine internationale Behandlung an sich nicht erfordere. Wenn das Ultimatum an Serbien nicht zu Konflikten zwischen Österreich und Rußland führe, brauche sich England nicht darum zu kümmern. Aber er tat nichts, um dem Streit seinen lokalen Charakter zu erhalten. Von Anfang an rechnete er damit und hielt es für selbstverständlich, daß Rußland intervenieren werde. Sobald Rußland die serbische Sache für die seinige er-

klärte, fügte er sich. Doch nicht bloß das. Nicht nur sprach er, was auch jetzt noch gewirkt hätte, in Petersburg kein Machtwort, sondern gab im Gegenteil dem russischen Kabinett unzweideutig zu erkennen, daß er überhaupt nicht willens sei, ein solches Wort zu sprechen. Dem Fürsten Lichnowsky sagte Sir Edward Grey am 24. Juli, daß er sich angesichts der Form des österreichischen Ultimatums völlig machtlos fühle, in Rußland einen beschwichtigenden Einfluß auszuüben. Der englische Minister hielt es sogar für nötig, von der Absicht dieser Mitteilung an den deutschen Botschafter vorher Herrn Paul Cambon zu unterrichten. Glaubte Sir Edward Grey etwa, daß Cambon diese interessanten Worte in den Schrein seines Busens verschließen werde, mußte er sich nicht vielmehr mit voller Sicherheit dessen versehen, daß der russische Kollege sofort alles hören werde? Und damit wußte auch Herr Sassonow Bescheid. Den Serben gegenüber trieb Grey seine Enthaltsamkeit so weit, daß er den Geschäftsträger in Belgrad anwies, der serbischen Regierung zwar in einigen selbstverständlichen Punkten Entgegenkommen zu empfehlen, ihr aber im übrigen zu raten, daß sie auf die österreichische Forderung so antworten möge, wie sie es für die serbischen Interessen am besten halte. Die Pythia hatte Krösus auch nicht lebhafter ermutigt. Der 27. Juli hat dann den Petersburger Machthabern ersichtlich den letzten Zweifel genommen. An diesem Tage ließ Grey

den russischen Botschafter wissen, der Eindruck, daß England auf jeden Fall unbeteiligt bleiben werde, müsse aufgehoben werden. Der 1. Flottendivision sei befohlen, nach dem Manöver zusammenzubleiben[1]). Das war doch eine ganz deutliche Ermutigung. Dem österreichischen Botschafter machte Grey gleichfalls von der Konzentration des Geschwaders Mitteilung, indem er hinzufügte, England könne in Anbetracht eines möglichen Krieges seine Streitkräfte jetzt nicht zerstreuen. Das war eine ebenso deutliche Drohung, wenn auch Grey sie leugnete. Es müssen aber noch andere Tatsachen hinzugekommen sein, die Rußland jeden Zweifel an Englands Haltung benahmen. Der berühmte Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg weist darauf hin. Herr de l'Escaille schreibt unter dem 30. Juli: „Heute ist man in Petersburg fest davon überzeugt, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen." Und am gleichen Tage sandte der Petersburger Reuterkorrespondent jenes oft erwähnte Telegramm nach London, das betonte, welch ungeheuren Eindruck das Auslaufen der englischen Flotte aus Portland hervorgerufen habe. In Verbindung mit friedlichen Versicherungen Japans habe es den festen Entschluß Rußlands, es auf die kriegerische Entscheidung ankommen zu lassen, mehr

[1]) Blaubuch Nr. 47 und Nr. 48.

als bekräftigt. So hat Sir Edward Grey seine eigenen und damit zugleich unsere Vermittelungsversuche zuschanden gemacht.

In der Denkschrift zu unserem Weißbuch ist gesagt, England habe „Schulter an Schulter“ mit uns für den Frieden gearbeitet. Unsere damals unvollkommene Kenntnis des englischen Verhaltens gestattete noch ein solches Urteil, das dann die englische Publizistik mehrfach als deutsche Anerkennung englischer Friedensliebe verwertet hat. Den eigenen amtlichen Veröffentlichungen unserer Gegner, die Licht genug auch über den Londoner Anteil an der diplomatischen Unterbauung des Krieges verbreiten, widerspräche es, wollten wir noch heute an dieser Ansicht festhalten.

Waren aber unsere eigenen Vermittelungsversuche an sich hoffnungslos? Wir hatten auf dem Höhepunkt der Krise Wien zu der ausdrücklichen Erklärung bestimmt, daß es keine Gebietsteile von Serbien beanspruchen, Serbiens Souveränität nicht antasten und nur vorübergehend serbisches Gebiet militärisch besetzen werde. Wir hatten beim Wiener Kabinett die Annahme der von Grey gewünschten Vermittelung im serbischen Streit dringlich empfohlen und unter schärfstem Druck auch erreicht. Wir hatten die direkte Konversation zwischen Wien und Petersburg wieder in Gang gebracht. Ich habe dabei dem Grafen Berchtold wörtlich sagen lassen, „wir seien zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen,

müßten es aber ablehnen, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen." Unsere Schritte in Wien haben Erfolg gehabt. Den Frieden aber konnten wir nicht erhalten, weil Petersburg sich versagte. Und Petersburg versagte sich, weil England seinem Kriegswillen keinen Zaum anlegte. An englischen Demarchen in Petersburg überhaupt hat es ja nicht gefehlt, denn an sich wollte auch Grey den Krieg nicht. Aber über den lauen Ton freundlichen Zuredens ist er nicht hinausgegangen, er hat es ruhig ertragen, wenn seine Ratschläge in Petersburg unbeachtet blieben. Während die militärische Strömung in Petersburg mehr und mehr anschwoll, tat er nichts Entscheidendes, um sie einzudämmen. Die verschiedenen englischen Vermittelungsaktionen hatten stets nur den Charakter eines Druckes nach der Wiener Seite, während ein Druck auf Petersburg, gleich dem unseren auf Wien, fehlte. Das ist der Grund, weshalb in der Tat unsere Vermittelungsarbeit hoffnungslos geworden ist.

In der britischen Haltung wiederholten sich die Vorgänge der Haldane-Mission. Damals wollte sich England mit Deutschland verständigen. Aber um keinen Preis durfte Frankreich verletzt werden. Das war die Quadratur des Kreises. Jetzt wollte Grey den Frieden erhalten, aber nur, wenn Rußlands Absichten nicht gestört wurden. Das war noch mehr ein Ding der Unmög-

lichkeit. Die Saat der englischen Politik war reif geworden. Die immer innigere Anlehnung an die französisch-russische Allianz und ihre bereitwillige Verstärkung durch militärische Abkommen, das waren die Fesseln, mit denen sich Sir Edward Grey selbst die Hände gebunden hatte. Er war nicht mehr frei, er hatte das Gefühl, als ob seine Ehre es nicht dulden würde, nach solchen Vorgängen dem Freunde an der Newa ein Machtwort zuzurufen. Nur in solcher Annahme finde ich eine Erklärung für seine Politik.

* *

*

Auch Deutschland war nicht frei. Aber der Zwang war ein anderer. Auch in kritischster Stunde hat uns unser Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn nicht an den nachdrücklichsten Schritten gehindert, um den Freund und Alliierten zu der für die Sache des Friedens notwendigen Mäßigung anzuhalten. Konnten wir aber noch frei optieren, ob wir Österreich in dieser seiner Lebensfrage seinem Schicksal überlassen wollten oder nicht?

Der russisch-französischen Allianz die Giftzähne durch Verständigung mit England auszubrechen, war mißlungen. Klar hatte England die Allianz bedeutet, daß es ihre Politik nicht nur diplomatisch, sondern auch militärisch unterstützen werde. Die Allianzpolitik war kriege-

risch. Poincaré war ein Repräsentant der Revanche. Rußland setzte den Marsch auf Konstantinopel an, und der Weg führte über Berlin und Wien. Die russischen Bataillone vermehrten sich mit französischem Golde von Jahr zu Jahr. Frankreich hatte auf russischen Druck die dreijährige Dienstzeit eingeführt, die lange zu tragen es weder imstande noch willens war. Friedliche internationale Zusammenarbeit war nicht das Ziel der Kabinette. Den Geist des Burenraids, des russisch-japanischen Krieges, des Tripolisüberfalles, der Balkankomplotte hatte kein Friedensschluß begraben. Materielle Macht war es, wonach die Großstaaten in Selbstsucht strebten. Sie zu erwerben und festzuhalten, schien keine Menschenhekatombe zu groß. Die deutsche Politik sah Deutschlands Existenz als Großmacht auf die Spitze feindlicher Bajonette gestellt. Den einzigen verläßlichen Bundesgenossen glaubte sie rapidem Verfall ausgesetzt, wenn sie ihm verwehrte, die Minen unschädlich zu machen, die unter die Fundamente seines Hauses gelegt wurden. Brach dieser Bundesgenosse zusammen oder ging er gar in das Gegenlager über, weil er sich in dem Schutz seiner Lebensinteressen von dem alten Freunde getäuscht glaubte, dann war Deutschland völlig vereinsamt, ließ sich seine Atemfreiheit von einem Ringe von Mächten abschnüren, die eifersüchtige Mißgunst gegen den erstarkenden wirtschaftlichen Wettbewerber, slawischer Gegensatz wider den Germanen und fortbrennender

Groll gegen den Sieger von 1870 zu gemeinsamer, von Weltimperialismus getragener Feindschaft gegen uns verbanden.

Das sind die Gründe, weshalb die deutsche Politik Österreichs Beschluß, gegen Serbien aufzutreten, unter erneuter Versicherung seiner Bundestreue billigen zu sollen geglaubt hat.

Ich bin mir wohl bewußt, daß sich nach dem Ausgange, den der Krieg genommen hat, diese und jede andere Argumentation mit einer leichten Handbewegung abtun läßt. Aber auch Anklagen, denen es um mehr als um die Jagd nach dem Schuldigen zu tun ist, bleiben immer zu der Frage berechtigt, weshalb die deutsche Politik nicht so geführt worden ist, daß wir gar nicht vor die Schicksalsfrage gestellt wurden. Mir scheint, daß dabei vielfach die Freiheit überschätzt wird, die uns im letzten Jahrzehnt bei unseren Entschlüssen gelassen war. Auch Deutschland stand unter dem Banne der alle Welt beherrschenden Machtideen. Versucht man in Bismarcks Gedanken einzudringen, so deuten doch seine wiederholten Aussprüche über seinen cauchemar des coalitions, über die Saturiertheit Deutschlands, deutet seine Behutsamkeit in allen Fragen der Flotten- und Kolonialpolitik genugsam an, wie er die Gefahr kannte, die dem neuen, gleich allen großen Reichen der Erde mit Mitteln der Macht und Gewalt aufgebauten Deutschland ringsher drohte. Die überschwellende und fast überstürzte Kraft-

entfaltung Deutschlands hatte sich danach, in der Nötigung zum Eintritt in die Weltpolitik, und indem sie von den materialistischen Machtinstinkten der Zeitepoche nicht freiblieb, ein neues Programm gesetzt, das die Klippen nicht mehr umschiffte, die Bismarck vermieden hatte. Die Flotten- und die Orientpolitik sind wohl die markantesten Kennzeichen des neuen Kurses. Kein deutscher Staatsmann wäre fähig gewesen, das Ruder ganz herumzuwerfen, wenn er seinem Volke nicht die für Menschen erreichbare Sicherheit bieten konnte, daß die großen Weltgegensätze, in die Deutschland geraten war, nicht mit dem Schwerte, sondern durch friedliche Verständigung ausgetragen werden würden. Den einzigen Weg dazu — ich muß das immer wiederholen — bot die Verständigung mit England. Frankreich stand unter dem Drucke des Revanchegedankens, Rußland im Banne seiner auf den Balkan und Konstantinopel gerichteten „historischen Mission", Österreich-Ungarn war viel zu tief in die inneren Schwierigkeiten des eigenen Völkergemisches verstrickt, um eine führende Rolle spielen zu können. Deutschland und England schienen mir die einzig freien Mächte, die kein elementares Moment auf eine Änderung des status quo hindrängte. Lord Haldane wird sich des Abends in meinem Hause erinnern, wo ich ihm darzulegen bemüht war, daß eine aufrichtige Verständigung unserer Länder den Weltfrieden garantieren und die Mächte allmählich von dem Phantom

des waffenstarrenden Imperialismus zu dem Gegenpol friedlicher Zusammenarbeit führen könne. Aber auch ihm hatten ja die Übermacht der englischen Dreadnougths und die französische Freundschaft näher gestanden.

War Deutschland so auf den starren Willen gestoßen, das europäische Koalitionssystem, anstatt ihm seinen kriegsdrohenden Charakter zu nehmen, nur immer fester auszubauen und militärisch zu sichern, dann konnte die deutsche Politik den Weg, auf dem kein anderer mit ihr gehen wollte, allein nicht weiter verfolgen. Der brutalen Tatsache mußte sie ins Gesicht sehen, daß kein großer Menschheitsgedanke die Politik der Kabinette bestimmte, daß vielmehr die Staatskunst nichts anderes vermochte oder nichts anderes wollte, als die Verwirklichung ihrer Aspirationen von dem Glück der Waffen abhängig zu machen. Auf Palliativmittel sah sich die deutsche Politik beschränkt, in der Hoffnung, durch Aufschub und Verzögern das drohende Unheil ganz zu verhüten. War ihr aber versagt geblieben, die Mächtegruppe der Gegenseite in friedlichem Sinne umzubilden, dann glaubte sie sich umgekehrt auf nichts einlassen zu können, was die eigene Gruppe geschwächt hätte. Darin liegt doch der letzte Grund, warum das Bündnis mit der Donaumonarchie der Eckpfeiler unserer Politik blieb. Seiner Gefährdung durch den russischen Gegensatz hatten wir noch in den Balkankriegen erfolgreich entgegengewirkt und auch der russischen, auf Konstantinopel ge-

richteten Politik dadurch Konnivenz gezeigt, daß wir dem russischen Kabinett wiederholt erklärt hatten, wir wünschten ihm in der Meerengenfrage keine Schwierigkeiten zu machen, indem wir so an der überlieferten Politik festhielten, uns in dieser Frage nicht von den näher interessierten Mächten gegen Rußland vorschieben zu lassen[1]. Ein Gegenmittel gegen Rußlands Kriegswillen aber hatten wir nicht. Stellte uns Rußland die Schicksalsfrage, dann mußten wir antworten.

[1]) Zum letztenmal war diese Sache 1911 von Rußland in Berlin zur Sprache gebracht worden. Seitdem waren die Russen auf ihre Meerengenwünsche uns gegenüber nicht zurückgekommen. Den Botschafter Tscharikow, der in Konstantinopel im Jahre 1911 die Öffnung der Meerengen betrieb, hatte das Petersburger Kabinett, als es auf englischen Widerstand stieß, desavouiert und bald danach abberufen. Sein Nachfolger, Herr von Giers, entwickelte nun im März 1914 dem deutschen Botschafter in einem längeren Gespräch sein politisches Programm für den Fall, daß er zur Nachfolge Sassonows berufen werden sollte. Dies Programm sollte auf einer deutsch-russischen Annäherung basiert sein und sollte unter weitgehender Berücksichtigung der russischen Wünsche in der Türkei deren territorialen Bestand sichern. Herr von Wangenheim hat über die Giersschen Projekte mit dem äußersten Skeptizismus berichtet. Wie berechtigt ein solcher Skeptizismus war, ergibt sich aus den Bolschewikipapieren. An jener mehrfach erwähnten Sitzung vom 21. Februar 1914, in der die Pläne für die militärische Dardanellenaktion durchgesprochen wurden, hat nämlich auch Herr von Giers teilgenommen, ohne, nach Ausweis des Protokolls, abweichende Ansichten zu äußern. Daß er fast genau zu derselben Zeit, wo der Zar Sassonows Pläne auf Konstantinopel guthieß, die Zustimmung des Zaren zu einer konservierenden Türkenpolitik unter russisch-deutscher Verständigung gewonnen haben sollte, erscheint wenig wahrscheinlich. Hat Herr von Giers versucht, eigene Botschafterpolitik zu treiben, so konnte er ebenso glatt fallen gelassen werden, wie früher Tscharikow.

Durfte Preisgabe Österreichs die Antwort sein? Überließen wir Österreich-Ungarn dem Zerfall, dann hätte die slawische Welt einen Sieg von säkularer Bedeutung errungen. Für den Westen hätte Moskaus kampfloser Triumph eine Epoche schweren russischen Druckes eingeleitet. Den Fall Österreichs hätte Deutschland nur als östlichen Winken gefügiger Vasall überlebt. In anderen Formen, in einem geänderten Europa hätte sich für uns die Ära Nikolaus I., vielleicht unter dem dritten des Namens, wiederholt. Einem unfolgsamen Deutschland aber konnten dann seine Bedränger nach ihrem Belieben den Tag bestimmen, wo sie es aus der Zahl der Großmächte auslöschen würden.

Mir ist eine solche Kapitulation unmöglich erschienen.

* *

*

Eine weitverbreitete Legende hat den Ursprung des Krieges in einen Kronrat verlegt, den der Kaiser am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehalten haben soll. Auch Deutsche haben das Märchen geglaubt, obwohl unsere

---

Wäre er als Nachfolger Sassonows vor die Frage gestellt worden, wie er eine Politik russisch-deutscher Annäherung mit dem engen Verhältnis zu den Westmächten in Übereinstimmung bringen sollte, so hätten sich wohl die Erfahrungen von Potsdam wiederholt. Die Probe auf das Exempel hat nicht gemacht werden können, denn Sassonow blieb am Ruder und setzte die Kriegspolitik durch.

Gegner, die sich diesen Fund doch sicherlich nicht hätten entgehen lassen, in ihren amtlichen Publikationen nichts von einem derartigen Kronrat zu berichten wissen, und obwohl auch die leichteste Nachforschung ergeben haben würde, daß die Mehrzahl der als Teilnehmer des Kronrats bezeichneten Personen weder in Potsdam noch in Berlin überhaupt anwesend waren.

Tatsächlich hat sich die Sache folgendermaßen zugetragen:

Am 5. Juli 1914 übergab der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szögyenyi nach einem Frühstück an der kaiserlichen Tafel dem Kaiser ein Handschreiben Kaiser Franz Josephs nebst einer Denkschrift seiner Regierung. Die Denkschrift entwickelte ein umfangreiches Balkanprogramm auf lange Sicht, das den russischen Plänen mit kräftigen diplomatischen Aktionen entgegentreten sollte. Gegen das feindliche Serbien und zum Ersatz für das unsicher gewordene Rumänien wollte diese Politik sich auf Bulgarien und die Türkei stützen. Das Ziel war ein Serbien ausschließender Balkanbund unter der Ägide der Zentralmächte. Das Ereignis in Serajewo wurde als Beweis dafür herangezogen, daß der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Serbien unüberbrückbar geworden sei, und daß die Monarchie mit der hartnäckigen, unversöhnlichen und aggressiven Feindschaft Serbiens rechnen müsse. Das Handschreiben Kaiser Franz Josephs faßte die Gedankengänge der

Denkschrift kurz zusammen und wies darauf hin, daß die Friedenspolitik der Mächte bedroht wäre, wenn die Agitation in Belgrad ungestört fortlebe. Der Kaiser hat beide Schriftstücke mit dem Bemerken in Empfang genommen, daß er erst nach Beratung mit seinem Reichskanzler antworten könne. Am Nachmittag desselben 5. Juli empfing der Kaiser mich und den Unterstaatssekretär Zimmermann, der den damals beurlaubten Staatssekretär von Jagow vertrat, im Park des Neuen Palais zu Potsdam. Eine andere Person war nicht zugegen. Von dem Tenor der österreichischen Dokumente, deren Abschrift Herrn Zimmermann mitgeteilt worden war, hatte ich vorher Kenntnis genommen. Nachdem ich über ihren Inhalt referiert hatte, erklärte der Kaiser, er könne sich über den Ernst der Lage, in die die Donaumonarchie durch die großserbische Propaganda gebracht sei, keiner Täuschung hingeben. Unseres Amtes sei es aber nicht, dem Bundesgenossen zu raten, was auf die Serajewoer Bluttat zu tun sei. Darüber müsse Österreich-Ungarn selbst befinden. Direkter Anregungen und Ratschläge sollten wir uns um so mehr enthalten, als wir mit allen Mitteln dagegen arbeiten müßten, daß sich der österreichisch-serbische Streit zu einem internationalen Konflikt auswachse. Kaiser Franz Joseph aber müsse wissen, daß wir auch in ernster Stunde Österreich-Ungarn nicht verlassen würden. Unser eigenes Lebensinteresse erfordere die unversehrte Erhaltung Österreichs. Bul-

garien heranzuziehen erscheine ihm gut, doch dürfe Rumänien dadurch nicht vor den Kopf gestoßen werden.

Diese Ansichten des Kaisers deckten sich mit meinen eigenen Anschauungen. Nach Berlin zurückgekehrt, empfing ich den Grafen Szögyenyi und erklärte ihm, daß der Kaiser sich der Gefahr der panslawistischen und großserbischen Propaganda nicht verschließe. Angesichts der Haltung Rumäniens und der Bestrebungen, die einen neuen Balkanbund gegen Österreich-Ungarn zustande zu bringen suchten, würden wir österreichische Schritte zur Gewinnung Bulgariens für den Dreibund unterstützen. In Bukarest würden wir uns im Sinne einer bundesfreundlichen Dirigierung der rumänischen Politik bemühen. Zu den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen könne der Kaiser keine Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß der Kaiser im Einklang mit den Bündnispflichten und der alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen würde.

Am 6. Juli begab sich der Kaiser auf die Nordlandreise und beantwortete am 14. Juli von Bornholm aus das Handschreiben Kaiser Franz Josephs in dem gleichen Sinne. Die Legende von dem Kronrat und von den in dem Kronrat gefaßten Beschlüssen wird hiermit abgetan sein. Ein Kronrat ist nicht abgehalten worden.

Weiter hat man behauptet, wir hätten Österreich mit

Macht zu kriegerischer Entscheidung gedrängt. Neuerdings hat der von Herrn Kurt Eisner veröffentlichte Bericht des bayerischen Geschäftsträgers Herrn von Schoen vom 18. Juli 1914 diese Version gestützt. Ob Herr von Schoen die ihm im Auswärtigen Amt und von anderen Diplomaten gewordenen Mitteilungen richtig beurteilt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bezweifle es. Vermutlich hat er sie mit Angaben aus anderen Quellen vermischt. Nur darum war es uns zu tun, daß Wien, wenn es überhaupt handeln wollte, keine lahmen und zögernden Entschlüsse faßte. Das hätte die Lage nicht verbessert, sondern nur noch mehr verschlimmert. Die große Linie unserer Haltung wird dadurch nicht verwischt. Sie ist klar in der Antwort an den Grafen Szögyenyi gezeichnet und nicht verlassen worden.

Von anderen Seiten ist uns vorgehalten worden, daß wir bei Billigung der österreichischen Aktion ihre Führung von uns aus fest in die Hand hätten nehmen müssen. Insbesondere hat man getadelt, daß Österreich das serbische Ultimatum ohne unsere vorherige Kenntnis und ohne Billigung seines Wortlautes und aller seiner Einzelheiten habe erlassen dürfen. Noch heute bin ich der Ansicht, daß wir gefehlt hätten, wenn wir uns diesen Tadel hätten ersparen wollen. Ich sehe davon ab, daß uns das Wiener Kabinett in der Vorzeit wiederholt und namentlich im Verlauf der Balkankriege hatte fühlen

lassen, wir hätten durch unser mäßigendes Dazwischentreten die österreichische Politik geschädigt. Unter nahe aufeinander angewiesenen Bundesgenossen sind solche Erscheinungen unerwünscht. Irgendwie entscheidend aber war dieses Moment hier nicht. Dagegen hätten wir den österreichisch-serbischen Konflikt von vornherein internationalisiert, wenn wir aus der österreichischen Aktion eine deutsch-österreichische gemacht hätten. Jede Möglichkeit, den Streit zu lokalisieren, und wenn das nicht gelang, international zu vermitteln, hätten wir damit selbst aus der Hand gegeben. Denn von Inhalt und Form eines einmal ausdrücklich gebilligten Ultimatums hätten wir uns nicht wieder loslösen, wir hätten dann die ganze Vermittlerarbeit nicht verrichten können, die wir tatsächlich verrichtet haben, und die erfolgreich gewesen wäre, wenn sich die Gegenseite nicht kalt verschlossen hätte. Fortlaufende Information über seine Absichten haben wir vom Wiener Kabinett selbstverständlich verlangt. Daß wir dem Ballhausplatz einen Freibrief ausgestellt hätten, ist auch eine der Legenden, die der Krieg so üppig hat aufschießen lassen. In Umrissen haben wir durch Herrn von Tschirschky die Forderungen erfahren, die Wien an Serbien stellen wollte. Im Prinzip glaubten wir sie nicht mißbilligen zu können. Den Wortlaut des Ultimatums hat mir der Staatssekretär von Jagow unmittelbar, nachdem der Graf Szögyenyi es ihm mitgeteilt hatte, am späten Abend

des 22. Juli mit dem Bemerken vorgelegt, er halte das Ultimatum für zu scharf. Er habe das auch dem Botschafter gesagt und ihm sein Befremden ausgesprochen, daß uns durch die späte Notifizierung jede Möglichkeit genommen sei, zu einem so wichtigen Dokument überhaupt Stellung zu nehmen. Nach Auskunft des Botschafters war nämlich das Ultimatum bereits von Wien nach Belgrad gesandt, sollte dort am nächsten Morgen übergeben und durch den Wiener Telegraphen veröffentlicht werden.

Das sind die Tatsachen. Sie widerlegen zugleich die von wiederum anderer Seite vertretene Behauptung, wir hätten an dem Ultimatum mitgearbeitet, es womöglich noch verschärft, jedenfalls aber das Schriftstück schon zu einem Zeitpunkt gekannt, wo wir Inhalt oder Form noch hätten beeinflussen können. An alledem ist kein wahres Wort.

War nun das Ultimatum zu scharf? Deutsche Ankläger, denen nichts mehr am Herzen zu liegen scheint, als Deutschlands Schuld am Kriege zu beweisen, folgern aus seiner Schärfe den Kriegswillen der Zentralmächte, andere Kritiker sehen in ihr wenigstens die tatsächliche Ursache des Krieges, und Sir Edward Grey hat unserem Botschafter die schon erwähnte Äußerung gemacht, die Form des Ultimatums verhindere ihn, Petersburg zu beschwichtigen. Meinerseits habe ich die scharfe Fassung des Ultimatums beklagt, weil sie den Anschein erwecken konnte,

als wollten die Zentralmächte den Weltkrieg. Solchen Anschein auch nach Kenntnis von unserer Vermittlerarbeit als Wahrheit festzuhalten, möchte allerdings nur demjenigen Übelwollen möglich sein, das anscheinend untrennbar mit der Politik verbunden ist. Sachlich konnte Österreich-Ungarn die serbische Gefahr nur meistern, wenn es scharf zupackte. Sammethandschuhe hätten die großserbische Propaganda gestreichelt und Rußland doch gereizt. Dann hätte man besser die Hände in den Schoß gelegt. Nur kraftvolle Entschlossenheit konnte dem Zerfließen der Monarchie einen Damm entgegensetzen und damit zugleich — so paradox es auch klingen mag — den allgemeinen Frieden für lange Zeit retten.

Mußte denn ein österreichisch-serbischer Krieg zum Weltkrieg führen[1])? Auch bei dieser Frage laufen moralische Schuld und Kriegsursache ineinander. Österreich-Ungarn machte Serbien den Krieg, um seinen Bestand zu sichern, und Deutschland deckte den Bundesgenossen, weil dessen Zerfall seinen eigenen Bestand gefährdete. Beide handelten aus dem Triebe der Selbstbehauptung. Wenn aber Rußland aus dem serbischen Krieg den Weltkrieg entstehen ließ, dann war ihm Beweggrund seine vermeintliche Aufgabe, alle Slawen zu beschützen und die Meerengen zu nehmen. Nicht um seinen Bestand zu erhalten, sondern um seine Macht zu erweitern, handelte

[1]) Professor Hans Delbrück scheint mir im Januar- und Aprilheft der Preußischen Jahrbücher von 1919 eine besonders treffende Kritik zu geben.

Rußland. Die internationale Anarchie, in der wir gelebt haben und anscheinend noch weiter leben sollen, verfügt über keinen Moralkodex, der ein sicheres Urteil über den ethischen Wert oder Unwert der verschiedenen politischen Aktionen gestattete. Der Krieg galt zwar als letztes, aber doch als legales Mittel zur Verwirklichung nationaler Zwecke. Ich weiß nicht, ob diese Anschauung auch nach den Greueln des Weltkrieges noch geneigt sein wird, den Kriegswillen Rußlands als „moralisch" entschuldbar zu erklären. Aber auch wer Expansionsdrang als moralischen Kriegsgrund anerkennen sollte, wird gezwungen sein, dem Anspruch auf Selbstbehauptung ethisch den Vorrang einzuräumen. Wenn nun auch der Politiker seine Rechnung auf moralische Überlegungen des Gegners allein nicht aufbauen darf, so kann er doch auch wieder von derjenigen Grundlage nicht ganz abstrahieren, ohne die das Leben der Völker sowenig denkbar ist wie das der einzelnen Menschen. Und solcher Betrachtung der Lage im Juli 1914 drängen sich doch folgende Erwägungen auf:

Obgleich uns die vom Zaren gebilligten Vorschläge Sassonows aus dem Februar 1914 noch nicht bekannt waren, befanden wir uns doch über die Spannung der allgemeinen europäischen Lage keinen Augenblick im Zweifel. Nur einer maßlosen, bisweilen gehässigen Leidenschaftlichkeit der Kritik war der Vorwurf vorbehalten, ich sei mit blinden Augen in das Verderben gestolpert. Am steinharten, von England nicht erweich-

ten Kriegswillen Rußlands mußte natürlich alle Friedensarbeit zerschellen. Versperrte aber politische Notwendigkeit friedlichen Ausweg, wenn ihn Rußland nicht absichtlich verrammelte? Mit der ihm zugesicherten Integrität Serbiens und mit der Wiederaufnahme der zeitweilig gestörten direkten Konversation zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett — beides, wie schon erwähnt, ein Erfolg unseres dringlichen Anratens — war Rußland doch jeder objektive Grund genommen, den Weltkrieg zu entfesseln. Verhandelte Petersburg direkt mit Wien auf dieser Grundlage, dann ist nicht abzusehen, weshalb nicht, von uns in Wien und von England in Petersburg gefördert, eine Verständigung hätte erzielt werden können, die auch für Rußland ohne unerträglichen Prestigeverlust annehmbar gewesen wäre. Auch Sir Edward Grey hielt eine Vermittelung noch nach einem Einrücken Österreichs in Serbien für möglich, wenn Österreich, während es erklärte, daß es das besetzte Gebiet halten müsse, bis es volle Genugtuung von Serbien habe, zugleich zusichere, daß es nicht weiter vorrücken würde[1]). Wer freilich der Ansicht ist, daß Rußland überhaupt keine Durchkreuzung seiner Balkanpläne hinnehmen konnte, daß wir das voraussehen mußten und deshalb Österreich-Ungarn in seinem Vorgehen gegen Serbien nicht hätten unterstützen dürfen, der mutet deutscher Politik Selbst-

[1]) Blaubuch Nr. 88.

entmannung zu. Ich kann nicht zugeben, daß nur ein politischer Denkfehler imstande gewesen sei, den Weg zu weisen, den wir gegangen sind. Eins muß ich dabei allerdings einräumen. Daß selbst russisches Denken davor zurückschrecken werde, ohne äußerste Not den furchtbaren letzten Schritt zu tun, habe ich zu Beginn der Krise ebenso angenommen, wie ich glaubte, daß auch England, vor die allerletzte Entscheidung gestellt, die Erhaltung des Weltfriedens höher schätzen werde als seine Freundschaften.

An unserer Vermittlertätigkeit wird besonders ausgesetzt, daß wir den Greyschen Vorschlag der Botschafterkonferenz in London abgewiesen haben. Verschiedene Darstellungen gegnerischer Federn suchen dabei den Anschein festzuhalten, als ob wir uns überhaupt einer vermittelnden Tätigkeit der Mächte widersetzt hätten. Daß dies völlig unrichtig ist, ergibt schon ein flüchtiges Studium der Dokumente. Zu unterscheiden ist zwischen den Vorschlägen auf Vermittelung der vier am serbischen Streit nicht näher beteiligten Mächte — England, Frankreich, Deutschland, Italien — einerseits in Wien, andererseits in Petersburg, und dem Vorschlag des Zusammentritts einer Botschafterkonferenz in London. Zu jenen Vorschlägen gemeinsamer Vermittelung hat sich die deutsche Regierung von Anfang an und in jedem Stadium günstig gestellt. Dabei gingen wir von der Ansicht aus, daß es sich nicht um Vermittelung zwischen

Wien und Belgrad, sondern um Vermittelung zwischen Wien und Petersburg zur Vermeidung des europäischen Konfliktes handeln solle. Der Vorschlag der Botschafterkonferenz aber präsentierte sich uns in der Form einer englischen Anfrage, die einen Zusammentritt Sir Edward Greys mit dem französischen, italienischen und deutschen Botschafter in London bezweckte, um zu beraten, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um Verwicklungen vorzubeugen. Das war nichts anderes als eine Intervention der Großmächte in dem österreichisch-serbischen Streit. In dem englischen Blaubuch[1]) und in dem französischen Gelbbuch[2]) befinden sich zwei Stücke, die auf die Interventionspläne Licht werfen. Während Grey zunächst an gemeinschaftliche Einwirkung in Petersburg und Wien denkt, sucht Paul Cambon die diplomatische Aktion sehr bestimmt auf das Geleise einer Vermittelung zwischen Österreich und Serbien zu schieben. Hierzu wurde alsbald auch noch das Gutachten des russischen Botschafters eingeholt, der den Versuch in dieser Form billigte. Wenn man diese Vorverhandlungen berücksichtigt, muß die deutsche Auffassung der Londoner Botschafterkonferenz um so berechtigter erscheinen: Es war ein Versuch der Triple-Entente, den österreichisch-serbischen Streit vor das europäische Forum, richtiger gesagt, vor ihr eigenes Forum zu ziehen.

[1]) Nr. 10.

[2]) Nr. 32.

Denn daß das deutsche Konferenzmitglied gegen die in russisch-serbischem Fahrwasser schwimmenden Vertreter Englands und Frankreichs und gegen den Italiener aufgekommen wäre, konnte niemand annehmen. Irgendwelche Unparteilichkeit stellte ein solches Gremium überhaupt nicht, namentlich aber nicht in einem Augenblick in Aussicht, wo Rußland bereits umfassende militärische Vorbereitungen traf. Verschleppt worden wäre die Sache sicherlich, wie es denn auch Paul Cambon als das wesentlichste bezeichnete, durch eine Vermittelung in Wien Zeit zu gewinnen. Gerade auf eine schnelle und präzise Erledigung des Streitfalles aber mußte Österreich-Ungarn Wert legen. Ein starker Verstoß gegen die Interessen unseres Bundesgenossen wäre es gewesen, wenn wir uns an einem solchen Schiedsgericht, wie es der Staatssekretär von Jagow mit Recht genannt hat, beteiligt hätten, solange nicht Österreich-Ungarn selbst das Eingreifen der Mächte in seine Auseinandersetzung mit Serbien wünschte. Vorwurf würde uns nur dann treffen, wenn wir überhaupt jede Vermittlertätigkeit abgelehnt hätten. Das Gegenteil haben wir getan, wie unsere dringenden Schritte in Wien, die Telegramme des Kaisers an den Zaren doch klar dartun, und Grey selber ist es gewesen, der seinen Konferenzgedanken zurückstellte, als wir den direkten Meinungsaustausch zwischen Wien und Petersburg in Gang brachten, den, was zu unterstreichen ist, Grey ausdrücklich als den

bestmöglichen Weg bezeichnet hat[1]). Auch sollte auf der gegnerischen Seite nicht verschwiegen werden, daß man in Petersburg der Aussprache mit Wien den Vorzug vor der Botschafterkonferenz gab[2]). Als dann Grey später erneut eine Vermittelung der vier Mächte zwischen Rußland und Österreich-Ungarn vorschlug, haben wir nicht nur zugestimmt, sondern in Wien mit den kräftigsten Mitteln für die Annahme gewirkt. Deutsche Versäumnisse liegen also nicht vor. Wenn wir mit Rücksicht auf unseren Bundesgenossen den starken Druck, den wir auf diesen ausgeübt haben, nicht sofort aller Welt zu wissen taten, so waren wir zu dieser Zurückhaltung um so mehr verpflichtet, als von der Gegenseite nichts über ähnliche nachdrückliche Schritte in Petersburg verlautete. Ein Unterschied bestand allerdings. England hat seine große Autorität in Petersburg nicht oder doch nur ganz unzureichend eingesetzt, um die Bedingungen für eine Vermittelung zu schaffen. Die Hauptsache hat es versäumt, das war positives Anhalten der militärischen Vorbereitungen.

* *
*

Der Kaiser war am 27. Juli von der Nordlandreise zurückgekehrt. Sie anzutreten hatte ich ihm geraten,

[1]) Blaubuch Nr. 67.

[2]) Orangebuch Nr. 32.

um das große Aufsehen zu vermeiden, das ein Unterbleiben der seit langer Zeit alljährlich in diesem Monat gewohnten Reise hervorgerufen hätte. Französische Auffassungen gehen dahin, daß mit der Rückkehr des Kaisers ein schärferer Wind eingesetzt hätte. Ich habe bei meiner ununterbrochenen persönlichen Fühlung mit dem Herrscher davon nichts spüren können. Im Gegenteil: Keinen Schritt wollte er versäumt wissen, der dem Frieden dienen könnte. Unser starker Druck auf Wien entsprach seiner innersten Überzeugung, der Versuch persönlicher Einwirkung auf den Zaren und den König von England entsprang eigenster Initiative. Allerdings waren ihm die Schwäche und Unbeständigkeit des Zaren sowie die verfassungsmäßige Stellung des Königs von England, die nur einer besonders starken Persönlichkeit noch wirklichen Einfluß beließ, genau bekannt. Aber keinen Weg wollte er unversucht lassen. Seinem tief und leidenschaftlich gefühlten Friedenswillen war es unverständlich, daß seine Vettern auf dem russischen und dem englischen Thron nicht ein gleiches Verantwortungsgefühl wie er selbst haben und nicht alles daransetzen sollten, was die Weltkatastrophe aufhalten könnte. Tatsächlich haben ja auch seine Worte den Zaren bedenklich gestimmt. Sie veranlaßten ihn, wie wir jetzt aus dem Suchomlinowprozeß wissen, zu dem Befehl, die bereits verfügte Gesamtmobilisation wieder aufzuhalten. Indes die militärischen Machthaber ge-

horchten nicht, logen aber dem Zaren vor, seine Befehle seien ausgeführt. Am Morgen des 31. Juli haben dann die Generale Suchomlinow und Januschkewitsch unter Mithilfe Sassonows auch den Zaren von der Notwendigkeit der Mobilisation endgültig überzeugt. Sassonow hat diesen Aussagen meines Wissens nicht widersprochen.

Aus den Konsequenzen, die wir der russischen Generalmobilmachung gegeben haben, folgern die Feinde, wir hätten den Krieg verursacht und verschuldet. Es gibt Deutsche, die sich den Feinden angeschlossen haben. Andere Deutsche meinen bekanntlich, wir seien zum mindesten nicht gezwungen gewesen, von Rußland die Zurückziehung der Mobilmachung zu verlangen und den Krieg zu erklären, als unser Begehren nicht erfüllt wurde.

Verständigerweise sind für die russische Gesamtmobilmachung nur drei verschiedene Gründe denkbar. Entweder Rußland bluffte, in der Erwartung, sich dadurch die Zentralmächte gefügig zu machen. Oder Rußland glaubte sich selbst bedroht. Oder endlich, Rußland wollte den Krieg. Eine weitere Eventualität scheint mir nicht gegeben.

An einen Bluff kann nur denken, wer vermeint, daß Herr Sassonow über die Wirkung einer russischen Mobilmachung im unklaren gewesen wäre. Dem aber widersprechen alle Umstände. Schon am 26. Juli habe ich den Grafen Pourtalès beauftragt, Herrn Sassonow

darauf hinzuweisen, daß vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands uns zu Gegenmaßregeln zwingen würden, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müßten. Die Mobilisierung aber bedeute den Krieg. Graf Pourtalès hat diesen Auftrag sofort ausgeführt und keinen Tag vorübergehen lassen, ohne dem russischen Minister die furchtbare Verantwortung ins Gewissen zu schieben, die mit den Mobilmachungsvorbereitungen verbunden sei. Am 29. Juli habe ich die Warnung wiederholt und betont, daß Deutschland durch weiteres Fortschreiten der russischen Mobilmachungsmaßnahmen zur Mobilisation gezwungen würde und daß dann der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten wäre. Auch die englische und die französische Regierung haben, allerdings ohne das Wort zu sprechen, das die Mobilmachung aufhalten konnte, Herrn Sassonow keinen Zweifel daran gelassen, wie sie selbst über die Mobilmachung dachten. Am 25. Juli hat Sir G. Buchanan Herrn Sassonow „die ernste Hoffnung ausgedrückt, Rußland werde nicht durch die Mobilisierung den Krieg übereilt herbeiführen", und hat „weiterhin sein möglichstes getan, um den Minister zur Vorsicht zu mahnen, und ihm vorgehalten, daß, wenn Rußland mobilisiere, Deutschland sich nicht mit der bloßen Mobilmachung begnügen und Rußland keine Zeit zu der seinigen lassen, sondern wahrscheinlich sofort den Krieg erklären würde[1])." Die französische

[1]) Blaubuch Nr. 17.

Regierung, zwar nicht so deutlich, aber immerhin verständlich, hatte „es für angezeigt erachtet, daß Rußland bei seinen Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen ... nicht gleich eine Anordnung treffe, die Deutschland einen Vorwand böte, seine Streitkräfte ganz oder teilweise zu mobilisieren[1])." Weiterhin muß doch angenommen werden, daß Herr Sassonow wußte, was der Zar selbst angeordnet hatte. In dem russischen Mobilmachungsbefehl vom 30. September 1912 aber heißt es: „Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündigung der Mobilisation zugleich auch die Verkündigung des Kriegszustandes mit Deutschland ist." Als allgemeine Aufgabe der Truppen der Nordwestfront bezeichnet dieser Befehl: „Nach Beendigung der Konzentration Übergang zum Vormarsch gegen die bewaffneten Kräfte Deutschlands mit dem Ziele, den Krieg in dessen Gebiet hinüberzutragen." Nachträglich ist behauptet worden, daß dieser Mobilmachungsbefehl zurückgezogen worden wäre. Jedenfalls beweist er, daß man sich in Petersburg über die Bedeutung der Mobilmachung seit langem klar war. Mangel an Wissen bei Herrn Sassonow anzunehmen, ist hiernach unmöglich und die Theorie des Bluffs damit erledigt.

Hat nun Rußland mobil gemacht, weil es sich selbst bedroht fühlte? Man halte sich die verschiedenen Mobilmachungsdaten gegenwärtig. Am 25. Juli machte Ser-

[1]) Gelbbuch Nr. 101.

bien auf das österreichische Ultimatum hin mobil. An demselben 25. Juli hat ein im Beisein des Zaren abgehaltener Ministerrat „die Mobilisation der 13 Armeekorps, die zu den Operationen gegen Österreich bestimmt waren, ins Auge gefaßt". Diese Teilmobilmachung kam einer Gesamtmobilmachung gegen die österreichische Front gleich und sollte ausgeführt werden, „wenn Österreich mit Waffengewalt gegen Serbien vorginge". Der Minister des Äußeren wurde beauftragt und ermächtigt, „den Zeitpunkt der Mobilmachung festzusetzen". Gleich im ersten Moment beschloß also Rußland, den Serben wenigstens durch Mobilmachung gegen Österreich zu Hilfe zu kommen, und legte auffälligerweise die Entscheidung über diese militärische Maßregel in die Hand des politischen Ministers[1]). Ausgeführt hat Herr Sassonow den Beschluß des Ministerrats am 29. Juli, nachdem am Tage zuvor, am 28. Juli, Österreich-Ungarn zugleich mit der Kriegserklärung an Serbien eine Teilmobilmachung, jedoch ausschließlich gegen Serbien, angeordnet hatte. Das Kräfteverhältnis der am 29. Juli mobilisierten Truppen gestaltete sich so, daß 24 österreichisch-ungarischen Divisionen 39 russische und 15 serbische, zusammen also 54 Divisionen gegenüberstanden. Die russisch-serbische Streitmacht war somit mehr als doppelt so stark wie die österreichische. Bis zum 1. August nachmittags 5 Uhr, der Stunde der

[1]) Gelbbuch Nr. 50.

deutschen Mobilmachung, hat sich das Kräfteverhältnis, jedenfalls auf österreichischer Seite, nicht verändert. Bei solcher Sachlage davon zu sprechen, daß Rußland die Mobilmachung seines gesamten Heeres, die es spätestens am 30. Juli angeordnet hat, aus Besorgnis vor eigener militärischer Bedrohung vorgenommen habe, ist absurd. Allerdings ließ Herr Sassonow die Generalmobilmachung durch den französischen Botschafter nach Paris „mit der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und den von Deutschland seit sechs Tagen heimlich, aber in ununterbrochener Weise getroffenen Mobilmachungsmaßnahmen[1])", nach London durch den englischen Botschafter in derselben, wenn auch weniger stark ausgedrückten Form begründen[2]). Beide Angaben sind falsch. Der russische Mobilmachungsbefehl war am frühen Morgen des 31. Juli in den Straßen Petersburgs öffentlich angeschlagen, während die österreichische Mobilmachung erst in den Vormittagsstunden des 31. Juli ausgesprochen wurde, also jedenfalls um einige Stunden nach der Plakatierung und zum mindesten um eine Nacht nach der Anordnung der russischen Mobilmachung. Ebenso ist die Behauptung, Deutschland habe seit 6 Tagen, also seit dem 25. Juli, heimlich und ununterbrochen Mobilmachungsmaßnahmen ergriffen, eine Erfindung. Wir hatten lediglich dieselben Vorkehrungen

[1]) Gelbbuch Nr. 118.

[2]) Blaubuch Nr. 113.

getroffen, wie andere Länder, zum Teil sogar geringere. Die Flotte hatten wir aus den norwegischen Gewässern heimberufen, gleichwie England sein bestimmungsmäßig auseinandergehendes Manövergeschwader zusammengehalten hatte. Wie in Frankreich waren die Truppen aus den Übungslagern und von Manövern zurückgezogen. Bei einigen Armeekorps waren die Urlaube aufgehoben, Frankreich dagegen hatte sie seit dem 27. Juli allgemein kassiert. „Geheime" Mobilmachungen mögen im weiten Rußland ausführbar sein, waren aber in Deutschland, worüber die russischen Militärs sehr wohl Bescheid wußten, einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Hunderttausende von Mannschaften, Tausende von Pferden und Fahrzeugen lassen sich in einem Lande mit den Verkehrsverhältnissen Deutschlands nicht „heimlich" mobilisieren[1]).

[1]) Erst sehr viel später, während des Krieges, hat man sich in Petersburg auf ein Extrablatt des Berliner Lokalanzeigers vom 30. Juli nachmittags besonnen, das unwahr meldete, die deutsche Armee sei mobil gemacht. Soweit durch die sofort angestellte amtliche Untersuchung zu ermitteln war, hatten Angestellte des Blattes aus allerdings geradezu gewissenlosem geschäftlichem Übereifer gehandelt. Der Staatssekretär von Jagow verständigte sofort telephonisch den russischen Botschafter und seine französischen und englischen Kollegen davon, daß die Meldung falsch sei, und Herr Swerbejew gab diese Berichtigung unmittelbar nach Petersburg weiter. Hätte die Falschmeldung des Lokalanzeigers auf die Entschlüsse der russischen Regierung eingewirkt, dann müßte sich davon in den Buntbüchern, und namentlich in den oben angezogenen Telegrammen des französischen und englischen Botschafters an ihre Regierungen, ein Wort finden. Aber mit keiner Silbe erwähnen diese letzteren den Vorfall.

Hiernach steht fest, daß die russische Regierung ihren Gesamtmobilmachungsbefehl mit falschen Tatsachen begründet hat, ja die Annahme verbietet sich, daß sie sich unwissentlich unrichtiger Angaben bedient habe, als sie sich auf die angebliche österreichische Mobilmachung bezog. Kaum etwas anderes als diese Unwahrhaftigkeit kann die wirklichen Motive der Petersburger Machthaber schärfer bezeichnen.

Ist es aber ungereimt, von einer militärischen Bedrohung Rußlands zu sprechen, so können die russischen Gewalthaber auch nicht behaupten wollen, unsere politische Haltung habe unsere Kriegsabsicht dokumentiert. Daß wir auf Wien vermittelnd stark einwirkten, hat Herr Sassonow wiederholt von unserem Botschafter gehört, und die Telegramme des Kaisers an den Zaren kannte er in ihrem Wortlaut. Spiegelfechterei hätte selbst äußerster Argwohn dahinter nur vermuten können, wenn zum wenigsten unsere böse Absicht aus irgendwelchen konkludenten Handlungen hervorginge. An solchen aber fehlt es. Konnte sich die russische Regierung auf deutsche oder österreichische Maßregeln militärischer Natur nicht berufen, so können außermilitärische Vorbereitungen erst recht nicht angezogen werden. Nicht ohne Grund wird von deutscher Seite der deutschen Regierung vorgeworfen, daß sie es an solchen Vorbereitungen habe fehlen lassen. Die Behauptung, Rußland habe mobil gemacht, weil es sich selbst gefährdet

glaubte, ist eine Erfindung, die durch keinerlei Tatsachen belegt werden kann.

Dann aber bleibt auch für den kritischsten Beurteiler nur die dritte Eventualität bestehen. Rußland hat mobil gemacht, weil es den Krieg wollte. Die russische Mobilmachung ist, um die entscheidenden Momente noch einmal zusammenzustellen, angeordnet worden, obwohl Wien zu direktem Gespräch mit Petersburg über den serbischen Streit bereit war, obwohl Wien die Greysche Vermittelung annahm, obwohl Wien die serbische Integrität zugesichert hatte, obwohl Wien über die selbst von England als möglich behandelte vorläufige Okkupation eines serbischen Teilgebietes nicht hinausgehen wollte, obwohl Österreich nur gegen Serbien, und obwohl Deutschland überhaupt noch nicht mobilisiert hatte. So mußten wir, als der Telegraph am Vormittage des 31. Juli die Nachricht von der russischen Mobilmachung brachte, gewiß sein, daß Rußland unter allen Umständen den Krieg wolle, und die inzwischen erfolgten Enthüllungen über die allgemeinen Pläne Sassonows sowie über die Hergänge bei der russischen Mobilisation schließen, wie mir scheint, nicht nur jeden nachträglichen Zweifel aus, sondern beweisen doppelt und dreifach, daß wir damals recht hatten. Recht auch darin hatten, daß wir dem feierlichen Wort des Zaren, seine Truppen würden bei andauernden Verhandlungen mit Österreich keine herausfordernde Aktion unter-

nehmen[1]), eine den wirklichen Gang der Petersburger Entschlüsse beeinflussende Wirkung nicht mehr beimaßen.

* *

*

Über die formale Behandlung hat bei uns nicht volle Einstimmigkeit geherrscht. Der Kriegsminister General von Falkenhayn hielt die Kriegserklärung an Rußland für einen Fehler, nicht weil er den Krieg nach der russischen Mobilmachung noch für vermeidbar angesehen hätte, sondern weil er schädliche *politische* Wirkungen befürchtete. Der Chef des Generalstabes, General von Moltke, war dagegen für die Kriegserklärung, weil unser für den Zweifrontenkrieg berechneter Mobilmachungsplan die sofortige Vornahme kriegerischer Handlungen vorsah, und weil unsere Chancen in dem Ringen gegen eine gewaltige zahlenmäßige Übermacht allein von äußerster Schnelligkeit unseres Handelns abhingen. Seiner Ansicht habe ich mich angeschlossen. Die danach auch tatsächlich eingetretene Rückwirkung unserer Kriegserklärung auf das Urteil über die Schuld am Kriege mußte ich freilich voraussehen. Unmöglich aber war es, den vollkommen plausiblen militärischen Gründen desjenigen Generals, der für die militärischen Operationen verantwortlich war, in einem Augenblick zu wider-

[1]) Telegramm des Zaren an den Kaiser vom 31. Juli. Weißbuch, Denkschrift.

sprechen, wo die Existenz des Landes ausschließlich von den militärischen Handlungen abhing. Die Einmütigkeit des deutschen Volkes ist durch die Kriegserklärung an Rußland nicht geschädigt worden.

Bekanntlich hat man uns von anderer Seite Vorwürfe in umgekehrter Richtung gemacht. Verspätete Mobilmachung und verspäteter Kriegsbeginn habe uns unwiederbringlichen Schaden zugefügt. Ob Verfrühung um zwei oder drei Tage ein nennenswerter militärischer Gewinn gewesen wäre, kann nur militärisch beurteilt werden. Daß wir aber, worauf es letzten Endes allein ankommt, den Krieg verloren hätten, weil wir nicht um einige Tage früher losgeschlagen haben, wird kein verständiger Mensch behaupten wollen. Gleiches ist auf den weiteren Vorwurf zu antworten, daß wir den Krieg wirtschaftlich und finanziell ungenügend vorbereitet und politisch schlecht in Szene gesetzt hätten. Inhaltlich sind die Anstände, worauf schon hingedeutet wurde, nicht unbegründet. Wie die Erfahrungen des Krieges gezeigt haben, hätte sich Deutschland einen gewaltigen Vorrat an Brotgetreide, Futtermitteln und Rohstoffen, in Reserve aufgespeichert, halten müssen. Daß dies nicht längst geschehen war, ist ein unbestreitbares Versäumen. In kurzer Zeit nachgeholt werden konnte die Unterlassung nicht. Wie wären bei der unheimlich schnellen Entwicklung der Krise Vorkehrungen möglich gewesen, welche uns das Durchhalten in dem mehr als vierjährigen

Kriege wirklich nennenswert erleichtert hätten? Die Ausfuhr einigen Getreides aus dem Lande und das Fahrenlassen einer Anzahl, allerdings auch sehr bedeutender Schiffe hat uns trotz des damit verbundenen Schadens ebensowenig den Krieg verlieren machen, wie ihn uns die Einfuhr desjenigen Getreides hätte gewinnen lassen, dessen wir im Juli 1914 noch hätten habhaft werden können. Im Vergleich zu den unermeßlichen, durch den Krieg an uns gestellten Forderungen geben diese Dinge nicht den Ausschlag. Nicht vollkommen verständlich ist mir, wie man einen wirklichen Verteidigungskrieg überhaupt soll inszenieren können. Auch geschickteste Regie, deren nicht fähig zu sein mir übrigens wohl bewußt ist, hätte Aktionen nicht vermeiden können, die als Ausfluß aggressiver Absichten hätten ausgedeutet werden können und bei uns sicherlich ausgedeutet worden wären. Solcher Anschein hätte nicht nur der Wahrheit widersprochen, sondern wäre auch imstande gewesen, unsere innere Geschlossenheit verhängnisvoll zu gefährden. Beides unter allen Umständen zu vermeiden, habe ich für oberstes Gesetz gehalten. Der 4. August hat gezeigt, daß mein Verhalten nicht völlig unrichtig war[1]).

*   *

*

[1]) Über unser Verhalten gegenüber Italien wird bei Behandlung des Krieges selbst gesprochen werden.

In der großen Tragödie von 1914 war Frankreichs Rolle durch das Bündnis mit Rußland und den unter dem Regime des Herrn Poincaré neu beflügelten Revanchegedanken bestimmt. Rußland, das sich unmittelbar nach dem Ausbruch der serbischen Krise mit dem fertigen Entschluß aktiver Kooperation fest hinter Serbien gestellt hatte, wurde zweifellos schon sofort unbeschränkter Bundestreue und Bundeshilfe versichert. Denn schon am 24. Juli konnte der serbische Gesandte in Petersburg unserem Botschafter triumphierend sagen, er würde sich bald davon überzeugen, daß keine österreichisch-serbische, sondern eine europäische Frage auf der Tagesordnung stehe. Hier klang durchaus russisches Echo, und auch Herr Sassonow selbst hätte gegen Wien keine so brüske Sprache führen können, wenn er aus Paris ein Desaveu hätte fürchten müssen. Kein Anzeichen ist zu entdecken, daß Frankreich den russischen Eifer wirklich gedämpft hätte. Eine anfängliche Neigung bei dem Stellvertreter Vivianis, Österreichs Anspruch auf serbische Genugtuung anzuerkennen, wurde alsbald durch ein Revaler Telegramm des auf der Rückfahrt von Petersburg dort durchreisenden Ministerpräsidenten Viviani in den Entschluß verkehrt, mit Entschiedenheit die serbische Partei zu nehmen.

Mangel an gutem Willen sprach sich von Anfang an in dem unablässigen Bemühen Frankreichs aus, die Ehrlichkeit unserer Friedensarbeit zu verdächtigen und

die Auffassung zu nähren, wir schöben die serbische Angelegenheit nur vor, um über Frankreich herzufallen. Mit gewandter Dialektik unterstützte Herr Jules Cambon in seiner Berichterstattung die falsche These, die Kriegstreiber säßen in Berlin. Versuche, die wir in Paris unternahmen, um beruhigende Schritte bei dem russischen Bundesgenossen anzuregen, begegneten nicht nur größtem Mißtrauen, sondern wurden sofort entstellt in die Presse gebracht. Offenbar war man in Paris besorgt, sich vor dem Alliierten mit der deutschen Diplomatie zu kompromittieren, als lauer Bundesgenosse zu erscheinen und den russischen Partner kopfscheu zu machen.

Gleichzeitig sah das französische Kabinett es wohl hauptsächlich als seine Aufgabe an, den Eintritt Englands in den Krieg vorbereiten zu helfen. Die englischen und die französischen Dokumente geben ein lebendiges Bild von der Zähigkeit und Hartnäckigkeit, die Herr Paul Cambon in seinen Verhandlungen mit Sir Edward Grey entwickelte. Hielt auch Grey in diesen Gesprächen bis zum äußersten die Fiktion aufrecht, daß England die Hände frei habe, so entmutigte er doch Herrn Cambon so wenig, daß dieser schließlich den englischen Staatsmann festmachen konnte. Als Frankreich am 1. August die Zusicherung erlangt hatte, daß die englische Flotte die Durchfahrt deutscher Schiffe durch den Kanal verhindern und die französische Küste gegen

deutsche Angriffe schützen werde, war der Pakt geschlossen. Es war der Augenblick, mit dem England definitiv seine Neutralität verließ und sich endgültig band. Frankreich hatte erreicht, was es wollte.

Das französische Kabinett bediente sich bei seinen Werbungen um Englands Hilfe aber noch eines weiteren Mittels, das seine Gesamthaltung in der Krise scharf charakterisiert. Das ist — ein anderes Wort läßt sich nicht finden — Unwahrhaftigkeit in der Darstellung tatsächlicher Vorgänge. Nicht nur Herr Viviani, sondern auch Herr Poincaré persönlich haben andauernd behauptet, die russische Generalmobilmachung sei eine Folge der österreichischen allgemeinen Mobilmachung gewesen [1]. Daß die russische Mobilmachung bereits am 31. Juli frühmorgens von jedermann in den Straßen Petersburgs gelesen werden konnte, während Österreich erst mehrere Stunden später die Mobilmachung beschloß, ist schon erwähnt worden und notorisch. Das französische Kabinett rührte hier aber an den springenden Punkt. Ebenso unaufrichtig haben die französischen Staatsmänner Deutschlands militärische Haltung behandelt. Am 29. Juli hatte ich unseren Botschafter in Paris, den Baron von Schoen, beauftragt, die französische Regierung darauf hinzuweisen, daß fortdauernde französische Kriegsvorbereitungen uns zu Schutzmaßregeln zwingen würden. Wir würden Kriegsgefahr prokla-

[1] Vgl. Blaubuch Nr. 134 und Gelbbuch Nr. 127.

mieren müssen, was noch nicht Mobilisierung bedeute, aber immerhin die Spannung erhöhen würde. Wir hofften aber fortgesetzt noch auf Erhaltung des Friedens[1]). Diesen Auftrag entstellt Herr Viviani in dem Telegramm vom 1. August an Herrn Paul Cambon[2]) in die Behauptung, wir hätten die baldige Proklamation des Kriegsgefahrzustandes angekündigt und begönnen nun im Schutz dieses Wandschirmes unsere eigentliche Mobilmachung. Und am 1. August spricht Herr Viviani dem Baron von Schoen auf dessen Mitteilung von der deutschen Mobilisation sein Erstaunen darüber aus, daß Deutschland eine solche Maßregel in einem Augenblick ergreife, wo ein freundschaftlicher Meinungsaustausch zwischen Rußland, Österreich und den Mächten noch im Gange sei[3]). Herr Viviani erkennt also an, daß die Diplomatie noch aussichtsreich arbeite, beschuldigt aber Deutschland, diese Arbeit mutwillig zu stören, obwohl er genau weiß, daß die diplomatische Aktion vornehmlich deutschem Wirken zu danken ist, und daß es Rußland war, das durch seine Mobilmachung diese Arbeit abbrach. Wenn selbst der Zar in seinem Telegramm vom 29. Juli an den Kaiser[4]) aussprach, er sehe voraus, daß die militärischen Maßnahmen, zu denen ihn seine Um-

---

1) Weißbuch, Anlage 17.
2) Gelbbuch Nr. 127.
3) Gelbbuch Nr. 125.
4) Weißbuch, Anlage 21.

gebung zwingen wolle, zum Kriege führen würden, und wenn Sir Edward Grey am 30. Juli in der Einstellung der russischen militärischen Maßnahmen die einzige, wenn auch ganz schwache Aussicht erblickte, den Frieden zu erhalten[1]), dann kann schlechterdings nicht angenommen werden, daß Herr Viviani die Bedeutung der russischen Mobilisation verkannt haben sollte, auf die die deutsche doch nur die Antwort war.

Äußerst auffällig endlich ist, daß Herr Viviani am 31. Juli abends 7 Uhr, als Baron von Schoen ihm unser Ultimatum an Rußland notifizierte, vorgab, er habe keinerlei Kenntnis von der angeblichen vollständigen russischen Mobilmachung. Diese harmlose Unkenntnis ist einfach unerklärlich.

Gut ist die Sache nicht, die sich hinter Unwahrhaftigkeiten versteckt. Kein Zweifel kann aber über die Zwecke bestehen, die das französische Kabinett mit seiner Taktik verfolgte. Mit allen, auch mit unreinen Mitteln mußte der Eindruck erweckt werden, daß die russische Gesamtmobilmachung von den Zentralmächten provoziert sei. Mit solcher Tätigkeit konnte man die politische Arbeit in England unterstützen, vor allem aber brauchte man ihre Wirkung im eigenen Lande.

Um Serbiens willen wollte der französische Bauer und Arbeiter nicht Krieg machen, und auch für den russischen Drang nach Konstantinopel war französisches

[1]) Blaubuch Nr. 103.

Blut zu teuer. Vollblutchauvinisten wären vielleicht im Juli 1914 nicht davor zurückgeschreckt, für Elsaß-Lothringen einen Krieg sogar vom Zaun zu brechen, aber auch dazu hätte sich das französische Volk kaum hergegeben. So tief der Revanchegedanke auch wurzelte, sollen wir ihm doch allein die Kraft zu einem Aggressivkrieg nicht zuschreiben. Meines Wissens ist Paris die einzige Hauptstadt, in deren Straßen in den Julitagen 1914 gegen den Krieg demonstriert worden ist. So viel ist allerdings in dem achten der Wilsonschen vierzehn Punkte richtig, daß Elsaß-Lothringen nahezu 50 Jahre lang den Weltfrieden in Frage gestellt hat. Die verlorenen Provinzen haben die internationale Atmosphäre nie zur Ruhe kommen lassen. Sie unterhielten dauernde Gewitterstimmung. Aber den Blitz mußte ein anderer senden. Die leidenschaftlich Vorstoßenden waren die russischen Machthaber, die französischen warteten sympathisch zu. Deshalb mußte das französische Volk überzeugt werden, daß wir die heimtückischen Angreifer seien. Das stärkte die wunderbare Energie, mit der Frankreich die grausigen Kriegsjahre durchgefochten hat.

Wenn von Osten her der Krieg losbrach, so war Deutschland nach Westen in die schwierigste Lage gedrängt. Daß Frankreich den russischen Verbündeten nicht im Stich lassen werde, mußten wir mit Sicherheit voraussehen. Als das französische Kabinett auf unsere Anfrage die bekannte Antwort gegeben hatte, daß Frankreich tun

werde, was seine Interessen ihm geböten, blieb uns keine Wahl, als den Kriegszustand mit Frankreich zu erklären. Damit erschienen wir, auch wenn wir uns auf aggressive Handlungen französischer Truppen berufen zu können glaubten, als die Angreifer[1]). Daß wir diese Zwangslage hätten vermeiden können, glaube ich nicht. Die Schnelligkeit der militärischen Entschlüsse, zu denen die russische Mobilmachung uns unausweichlich nötigte,

[1]) In der deutschen Kriegserklärung sind französische Grenzverletzungen und Fliegerangriffe aufgeführt worden. Die Nachrichten über diese Fliegerangriffe haben sich in verschiedenen der aufgezählten Fälle als falsch herausgestellt. Dagegen ist nicht in Zweifel zu ziehen, daß die ersten Grenzverletzungen von französischen Truppen begangen wurden, und daß französische Truppen am 2. August, am Tage vor der Kriegserklärung, auf deutschem Boden standen.

Zur Aufpeitschung der Stimmung in Frankreich ist vom französischen Minister des Auswärtigen im Jahre 1918 der Teil unserer Instruktion vom 31. Juli veröffentlicht worden, der den deutschen Botschafter anwies, für den unwahrscheinlichen Fall, daß die französische Regierung Neutralität erklären würde, die pfandweise Überlassung von Toul und Verdun zu fordern. Bekanntlich ist dieser Teil der Instruktion nicht ausgeführt worden, also damals überhaupt nicht zur Kenntnis der französischen Regierung gekommen. Die Pfandfrage hat also auf die Entwicklung der Dinge keinerlei Einfluß geübt. Hätte Frankreich tatsächlich eine Neutralitätserklärung abgegeben, so mußten wir damit rechnen, daß die französische Armee unter dem Schutz scheinbarer Neutralität ihre Vorbereitungen bis aufs Letzte beendet hätte, um dann im gegebenen Augenblick, wenn wir tief im Osten engagiert waren, über uns herzufallen. Dagegen bedurften wir starker Garantien, nach militärischem Urteil wären sie mit der Besetzung von Toul und Verdun während der Kriegsdauer gegeben gewesen. Diese militärische Erwägung mußte bei der Instruierung des Botschafters berücksichtigt werden.

erlaubte uns weder militärisches Abwarten gegenüber Frankreich, noch ließ sie überhaupt Zeit zu diplomatischen Transaktionen, welche unsere politische Lage hätten verbessern können. Wie es im Wesen des Angriffes liegt, so hat auch hier das angreifende Rußland uns unser Verhalten diktiert.

* * *
*

Unserem Einmarsch in Belgien ist vielfach bestimmende Bedeutung für den Gang der Weltkatastrophe zugeschrieben worden. Wenn irgendwo, so ist hier objektivste Betrachtung geboten. Auf Freundes- und Feindesseite.

Unsere Militärs hatten, nach meiner Kenntnis seit langem, nur einen Kriegsplan, basiert auf die untrügliche und unbetrogene Voraussetzung, daß ein Krieg für Deutschland der Zweifrontenkrieg sein werde. Der Kriegsplan war: Schnellste Offensive im Westen; während ihrer ersten Dauer Defensivstellung der deutschen Truppen im Osten; und erst nach dem erhofften Gelingen der Westoffensive Angriffe größeren Stils auch im Osten. Nur solche Strategie schien die Möglichkeit zu bieten, der feindlichen Übermacht Herr zu werden. Zum Glücken der Westoffensive aber gehörte nach militärischem Urteil zwingend der Durchmarsch durch Belgien. Politische und militärische Interessen stießen hier hart

aufeinander. Das Unrecht gegen Belgien lag auf der Hand, und die allgemein-politischen Folgen des Unrechts waren zu greifen. Der Chef des Generalstabes, General von Moltke, verschloß sich diesen Gedanken keineswegs, erklärte aber den militärischen Zwang für absolut. Ich habe meine Ansicht der seinigen anpassen müssen. Für jeden auch nur einigermaßen nüchternen Beurteiler lagen die ungeheuren Gefahren des Zweifrontenkrieges so nackt zutage, daß es eine untragbare Verantwortung gewesen wäre, von ziviler Stellung aus einen nach allen Richtungen durchdachten und als zwingend bezeichneten militärischen Plan durchkreuzen zu wollen, dessen Vereitelung danach als alleinige Ursache eines eintretenden Mißerfolges gegolten hätte. Heute diskutieren, wie es scheint, militärische Kreise die Frage, ob nicht umgekehrte Strategie von vornherein richtiger gewesen wäre. Darüber ein Urteil abzugeben, ist nicht meine Sache. Doch gestatten, wie mir scheinen will, die Erfahrungen unseres polnischen Feldzuges im Jahre 1915 nicht den Rückschluß, daß Rußland im Sommer 1914 sich einer Offensive in einer Weise gestellt haben würde, die uns die erfolgreiche Abwehr der mit Sicherheit einsetzenden französischen Offensive ermöglicht hätte. Keinesfalls hätten ähnliche Betrachtungen mich im Juli 1914 dazu bestimmen können, Widerstand gegen die mir damals allein entgegengebrachte militärische Überzeugung zu verantworten.

So ist das Ultimatum an Belgien die politische Ausführung eines militärisch als notwendig erkannten Entschlusses gewesen. An den Worten, mit denen ich am 4. August unser Unrecht zugab, aber zugleich unseren Notstand als unentrinnbaren, auch das Unrecht sühnenden Zwang bezeichnete, halte ich auch heute fest. Unseren Notstand leugnen kann nur, wer die Augen vor den militärischen Tatsachen böswillig verschließt, und unser Unrecht in Abrede zu stellen, fehlt es noch heute an schlüssigen Unterlagen. Daß wir uns auf die obsoleten Festungsverträge hätten stützen können, ist eine Ansicht, die keiner näheren Prüfung standhält. Eine diplomatische Finte wär es gewesen, die nicht den Tag überdauert hätte. Neutralitätswidrige Akte Belgiens aber waren uns am 4. August nicht bekannt. Die Dokumente, wonach belgische und englische Militärs im Jahre 1906 über die militärische Benutzung Belgiens verhandelt haben, sind erst während des Krieges aufgefunden. Aber selbst den Fall gesetzt, mir wäre der Inhalt dieser Dokumente bei Kriegsausbruch bekannt gewesen, glaubt irgend jemand, daß auf ihren Vorhalt Belgien uns den Durchmarsch gestattet haben würde, oder gar, daß ich nun die Welt überzeugt hätte, wir besäßen das Recht, durch Belgien zu marschieren? Gewiß sind die Dokumente für Belgien kompromittierend, aber selbst wenn sie noch viel kompromittierender wären, als sie es tatsächlich sind, hätten sie uns nur davon entbunden, die Neutralitäts-

garantie von 1839 zu respektieren. Zum Einmarsch in Belgien blieben wir nach wie vor unberechtigt, mußten vielmehr, wenn Belgien sich unserem Verlangen nicht fügte, genau wie jetzt, Zwang anwenden, d. h. Belgien den Krieg machen. Aber, wie gesagt, diese Voraussetzung traf nicht zu. Wie gering übrigens die Überzeugungskraft der Dokumente war, ist praktisch erprobt worden. Wir haben die Schriftstücke veröffentlicht, sobald wir sie in Brüssel fanden. Ich habe aber nicht beobachten können, daß die feindliche Propaganda nennenswerten Schaden davon gehabt hätte. Die unermeßlichen Nachteile, die ich durch meine, am 4. August übrigens von keiner Seite angefochtenen Worte Deutschland zugefügt haben soll, existieren, wie mir scheint, nur in der Vorstellung derer, die darin ein Kampfmittel gegen mich gesehen haben.

Unbeschadet dessen hat die feindliche Propaganda mit maßlosesten Übertreibungen, ja mit Fälschungen gearbeitet. Italien und Rumänien sagten sich unter nichtigen Vorwänden von ihren Bündnissen los und machten uns, als wir in äußerster Bedrängnis waren, den Krieg. Nicht weil sie selbst in ihrer Existenz bedroht wurden, sondern gedrückt von der Entente und aus Raubgier. Bejubelt und gefeiert sind sie darob worden als edle Mitkämpfer für Recht und Gerechtigkeit. Uns hingegen brandmarkte man als Verbrecher, weil wir im Kampf um unser Dasein den Durchmarsch forderten,

und achtet dessen nicht, daß wir dabei volle Integrität und Abgeltung aller Schäden zusicherten. Ein krasserer Widerspruch ist nicht denkbar.

Die sittliche Entrüstung, mit der England jetzt gegen vertragswidriges Handeln zu Felde gezogen ist, stimmt bekanntlich nicht zu den Tatsachen der englischen Geschichte. Speziell über die belgische Neutralität haben englische Staatsmänner für den Fall der Berührung britischer Interessen anderen und eigenartigen Anschauungen gehuldigt. Das englische Publikum, das jetzt zu so tiefer Indignation aufgestachelt worden ist, täte wohl gut, sich darüber zu informieren[1]).

Noch mehr als die Vergangenheit freilich sollte die Gegenwart berücksichtigt werden. Mit seinen eigenen Worten beweist Sir Edward Grey, daß es gar nicht die belgische Neutralität gewesen ist, die England zum Eintritt in den Krieg veranlaßt hat. Über sein Gespräch mit dem Fürsten Lichnowsky am 29. Juli referiert er wie folgt[2]):

---

[1]) Zu vergleichen namentlich die folgenden Äußerungen: Lord Palmerston im Unterhause am 8. Juni 1855, Gladstone am 12. August 1870 ebenda, und insonderheit der Brief von „Diplomaticus" im Standard vom 4. Februar 1887. Die englische Regierung hat zwar in den Erklärungen vom 19. Januar 1917 und 14. März 1917 bestritten, daß dieser Brief die Auffassung der damaligen Regierung des Lord Salisbury wiedergebe. Indes liefern die in den belgischen Archiven aufgefundenen Dokumente, über die ich zur Zeit leider nicht verfüge, den zwingenden Beweis, daß das doch der Fall ist.

[2]) Blaubuch Nr. 89.

„Nachdem ich heute nachmittag mit dem deutschen Botschafter über die europäische Lage gesprochen hatte, fügte ich hinzu, ich wünschte ihm, auf ganz private und freundschaftliche Art, etwas zu sagen, was mir sehr im Sinne läge. Die Lage sei ernst. Solange alles auf die Möglichkeiten beschränkt bliebe, die augenblicklich wirklich im Spiel seien, dächten wir nicht daran, uns einzumischen. Wenn aber Deutschland hineinverwickelt würde, und dann Frankreich, dann könnten die Folgen so groß sein, daß alle europäischen Interessen hineingezogen würden. Ich wünschte nun nicht, daß der freundschaftliche Ton unserer Unterredungen — der hoffentlich anhalten würde — ihn zu der mißverständlichen Annahme führe, daß wir beiseitestehen würden... Es wäre nicht die Rede von Dazwischentreten unsererseits, wenn Deutschland nicht hineinverwickelt würde, noch auch, wenn Frankreich es nicht würde. Aber er wisse wohl, wenn die Sache solche Folgen annähme, daß wir glaubten, die britischen Interessen erforderten unser Dazwischentreten, so müßte dies augenblicklich erfolgen, und die Entscheidung müsse sehr schnell geschehen, genau so, wie es die Entscheidungen der anderen Mächte müßten."

Also nichts von Belgien. Daß aber Englands Interessen die Kriegsteilnahme verlangen würden, sobald Frankreich impliziert werden sollte, spricht Grey so klar aus, wie es die diplomatische Sprache zuläßt. Formal behält er sich in Rücksicht auf sein Parlament und die

öffentliche Meinung seines Landes freie Hand, materiell ist er offensichtlich schon entschlossen. Für beides sind auch seine Gespräche mit dem französischen Botschafter am 29. und 31. Juli bezeichnend[1]).

Grey sagte Herrn Cambon:

„Wir hätten uns noch nicht entschlossen, was wir tun würden, falls Deutschland hineinverwickelt würde und Frankreich ebenfalls; das sei ein Fall, den wir überlegen müßten. Frankreich wäre dann in einen Krieg hineingezogen, der nicht der seine wäre, aber an welchem teilzunehmen gemäß seinem Bündnis seine Ehre und sein Interesse es verpflichteten. Wir wären frei von Verpflichtungen, und wir würden zu entscheiden haben, was das britische Interesse zu tun verlange. Ich hielte es für nötig, dies zu sagen, weil wir, wie er wisse, alle Vorsichtsmaßnahmen in bezug auf unsere Flotte träfen und ich im Begriff sei, den Fürsten Lichnowsky zu warnen, er möge nicht auf unser Beiseitestehen rechnen; aber es wäre nicht billig, wenn ich bei Herrn Cambon die mißverständliche Annahme aufkommen ließe, dies bedeute, daß wir uns entschlossen hätten, was wir im Falle einer, wie ich hoffte, noch immer vermeidlichen Verwicklung tun würden."

Und weiter am 31. Juli:

„Bis zu diesem Augenblick hätten wir nicht das Gefühl, und ebensowenig die öffentliche Meinung, daß

[1]) Blaubuch Nr. 87 und 119.

irgendwelche Verträge oder Verpflichtungen unseres Landes im Spiele seien. Die Weiterentwicklung könne die Lage verändern und Regierung und Parlament zu der Meinung bringen, daß ein Eingreifen gerechtfertigt sei... Herr Cambon wiederholte seine Frage, ob wir Frankreich helfen würden, wenn es von Deutschland angegriffen würde. Ich sagte, ich könne nur bei meiner Antwort bleiben, daß wir, wie die Dinge heute lägen, keine Verpflichtung übernehmen würden... Das Kabinett würde sicherlich berufen werden, sobald eine neue Wendung eintrete, aber im Augenblick sei die einzige Antwort, die ich geben könne, daß wir keine endgültige Verpflichtung übernehmen könnten."

Dann die ausdrückliche Erklärung in demselben Gespräch:

„Die Bewahrung der Neutralität Belgiens könnte, ich möchte nicht sagen ein entscheidender, aber ein wichtiger Faktor zur Bestimmung unserer Haltung sein."

Völlig prägnant endlich ist das Gespräch Sir Edward Greys mit dem Fürsten Lichnowsky am 1. August. Grey selbst schildert es mit folgenden Worten[1]):

„Er fragte mich, ob wir, wenn Deutschland verspräche, die belgische Neutralität nicht zu verletzen, uns verpflichten würden, neutral zu bleiben. Ich erwiderte, das könne ich nicht sagen; unsere Hände seien noch immer frei, und wir überlegten, welches unsere Haltung sein

[1]) Blaubuch Nr. 123.

würde. Alles, was ich sagen könnte, sei, daß unsere Haltung in hohem Grade von der öffentlichen Meinung hier abhinge, und daß die belgische Neutralität sehr stark die öffentliche Meinung hier beeinflussen würde. Ich dächte nicht, daß wir ein Versprechen der Neutralität auf Grund dieser Bedingung allein geben könnten. Der Botschafter drängte sehr in mich, ob ich nicht Bedingungen aufstellen könnte, unter denen wir neutral bleiben würden. Er legte sogar nahe, daß die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien garantiert werden könnte. Ich sagte, ich hielte mich für verpflichtet, endgültig ein Versprechen der Neutralität unter derartigen Bedingungen zu verweigern, und ich könne nur sagen, wir müßten unsere Hände frei behalten."

Weitere Beweise ließen sich häufen. Nur einer sei noch angeführt. Am 1. August kündigte Sir Edward Grey dem französischen Botschafter an, er werde im Kabinett die Erklärung verlangen, daß die englische Flotte sich einer deutschen Durchfahrt durch den Kanal und jeder Demonstration an den französischen Küsten widersetzen würde. Am Morgen des 2. August wurde diese Zusage offiziell und damit bereits der Kriegszustand zwischen England und Deutschland herbeigeführt. Zu diesem Zeitpunkt aber war unser Ultimatum an Belgien noch nicht gestellt.

Nicht um Belgiens willen ist England in den Krieg eingetreten, sondern weil es, zwar dem Buchstaben nach

frei, sich doch moralisch an Frankreich gebunden fühlte, und weil es ihm als britisches Interesse galt, seine Hand schützend über Frankreich zu halten. Der unparteiliche Beurteiler, auch wenn er völlig beiseite setzt, daß einflußreiche englische Kreise sich doch recht gern an dem Kampfe gegen Deutschland beteiligten, wird zu keinem anderen Urteil kommen können. Unsere Verletzung der belgischen Neutralität war ein Kriegsvorwand, der auf die entscheidenden Beschlüsse der englischen Regierung nur insoweit eingewirkt hat, als er sie vielleicht beschleunigte, jedenfalls aber einen dem englischen Volke plausiblen Grund abgab.

Sir Edward Grey selbst hat übrigens — es entspricht nur der Wahrheit, das zu betonen — in seiner großen Unterhausrede vom 3. August 1914 die belgische Angelegenheit lediglich als einen Teil des Gesamtproblems behandelt. Er hatte in jenem Augenblick noch keine Kenntnis von unserem Ultimatum. Er konnte also von der erwarteten Verletzung der belgischen Neutralität nur hypothetisch sprechen. Mitteilen aber mußte er jetzt den Briefwechsel vom November 1912, und er gab sich alle Mühe, zu beweisen, daß England trotz dieses Briefwechsels noch freie Hand hätte. Wiefern die Freundschaft mit Frankreich eine Verpflichtung mit sich brächte, sollte jeder nach seinem Gefühl beurteilen. Eine Verpflichtung läge aber seit dem 2. August hinsichtlich des Schutzes der französischen Küsten vor. Das sei zwar

keine Kriegserklärung, aber bindend für den Fall einer deutschen Flottenaktion gegen Frankreichs Küsten oder gegen die französische Schiffahrt. Daß England nicht neutral bleiben könne, legte er in den verschiedensten Wendungen dar, abschließend in folgenden Worten: „Wollten wir diese Richtung (Neutralität) nehmen, indem wir sagten, ‚wir wollen mit der Sache gar nichts zu tun haben', unter keinen Bedingungen — den belgischen Vertragspflichten, der möglichen Lage im Mittelmeer zum Schaden der englischen Interessen, und was etwa Frankreich geschehen möge, wenn wir ihm die Unterstützung versagten — so ... würden wir unsere Achtung und unseren guten Namen und unseren Ruf vor der Welt opfern, ohne den ernstesten und schwersten wirtschaftlichen Folgen zu entgehen."

Am 6. August aber kam mit Mr. Asquith der politische Praktiker zu Worte: „Wenn man mich fragt, wofür wir kämpfen, so antworte ich in zwei Sätzen: In erster Stelle, um eine feierliche internationale Verpflichtung zu erfüllen" — dies war die belgische Neutralität — „zweitens, wir fechten, um das Prinzip zu verteidigen, daß kleine Nationalitäten nicht, internationalem Treu und Glauben zuwider, durch den selbstsüchtigen Willen einer starken und überwältigenden Macht niedergeschlagen werden sollen." Mit dieser Formel waren die beiden Brennpunkte bestimmt, um die fortan die englische Kriegspropaganda gehorsam ihre Bahn zog, eine

Konstruktion politischer Mathematik von nützlichster Einfachheit, die alle störenden Elemente der historischen Wahrheit ruhig beiseite ließ. Gerade der Mann aber, den feurigste Beredsamkeit und genaueste Kenntnis der englischen Volksseele zum wuchtigsten Vorkämpfer der englischen Kriegslegende machten, sprach doch in einer unbewachten Stunde offen aus, was nur die esoterische Gemeinde hätte wissen sollen. Am 8. August 1918 sagte Lloyd George: „Wir hatten eine Abmachung (compact) mit Frankreich, daß das vereinigte Königreich ihm zu Hilfe kommen würde, wenn es mutwillig (wantonly) angegriffen werden würde." „Das wußten wir nicht", rief ihm das Unterhausmitglied Mr. Hogge zu. „Wenn Frankreich mutwillig angegriffen werden würde", wiederholte Lloyd George. Und wieder rief ein Mitglied des Unterhauses: „das ist neu für uns". Das frühere Kabinettsmitglied Sir Herbert Samuel erkannte sofort die Gefährlichkeit der Äußerung und suchte sie im Sinne der Greyschen Auslegung des Briefwechsels von 1912 einzurenken. Lloyd George schwächte darauf seine Worte ab: „Ich denke, das Wort Abmachung (compact) war viel zu stark, um das zu bezeichnen, was tatsächlich vorgegangen war." Er verlas nochmals den Greyschen Brief und fuhr fort: „Ich denke, das Wort compact war ein zu starker Ausdruck in diesem Zusammenhang. Ich denke, der Ausdruck ‚Ehrenverpflichtung' (obligation of honour) würde eine korrektere Beschrei-

bung dessen, was tatsächlich Platz griff, sein, als das Wort ‚compact', und sicherlich war es kein Vertrag (treaty)." Nein, sicherlich nicht. Aber es war die Grundlage für Englands Eintritt in den Krieg.

Die Führer der Opposition, die genau im Bilde waren, hatten am 2. August 1914 die Sache beim richtigen Namen genannt. Damals schrieb Bonar Law folgenden Brief an Mr. Asquith:

„Lord Landsdowne und ich halten es für unsere Pflicht, Sie zu verständigen, daß nach unserer und der Meinung aller Kollegen, die wir haben zu Rate ziehen können, es für die Ehre und die Sicherheit des Vereinigten Königreiches verhängnisvoll sein würde, wenn wir zögerten, Frankreich und Rußland in den gegenwärtigen Umständen zu unterstützen, und wir bieten der Regierung ohne Zögern unsere Unterstützung bei allen Maßnahmen an, die sie für diesen Zweck als notwendig betrachten mag."

Also: „Ehre und Sicherheit des Vereinigten Königreiches" — „Unterstützung Frankreichs und Rußlands" — kein Wort von Belgien!

Die Bedeutung dieser rückschauenden Betrachtungen scheint mir doch über das geschichtliche Interesse an dem wirklichen Ablauf der Begebenheiten hinauszureichen. Für uns Deutsche kann das Urteil über den Schaden, den uns unser Einmarsch in Belgien zugefügt hat, auf dessen richtiges Maß zurückgeführt werden. Das Aus-

land möchte in späterer Zukunft doch vielleicht erkennen, daß unser Unrecht an Belgien, begangen in einem Daseinskampfe gegen fast die ganze Welt, durch feindliche Stimmungsmache zu einem Verbrechen aufgebauscht worden ist, um dessentwillen wir unseren Platz unter den Nationen verwirkt hätten, während sich England, auch, wenn wir dieses Unrecht nicht begangen hätten, doch mit seiner ganzen Macht und mit seinem ganzen Welteinflusse an dem Kesseltreiben gegen Deutschland beteiligt haben würde. Ob die Narben des Hasses, den namentlich England auf uns gehäuft hat, in unserem Lande jemals verschwinden können und verschwinden werden, ist dem heute Lebenden verborgen. Selbst von englischer Kanzel konnte ja verkündet werden, daß Deutsche zu töten ein gottgefälliges Werk sei, und noch unsere Kinder und Kindeskinder werden die Folgen der von England mit geradezu diabolischer Raffiniertheit durchgeführten Blockade an ihrem Leibe verspüren. England selbst hat dafür gesorgt, daß seine Kriegsmethoden lebendig auch dann noch nachwirken, wenn einmal nach Jahrzehnten Vergessen und Vergeben ihr Gespinst um die Millionengräber der Gefallenen ziehen wollen. Lüge und Verleumdung müssen ausgerottet werden, wenn auch nur die Hoffnung auf eine späte Versöhnung der Völker nicht auf immer Schaum und Traum bleiben soll[1]).

[1]) Die feindliche Propaganda hat besonderes Kapital aus dem Bericht geschlagen, den Sir Edward Goschen seiner Regierung über seine letzte

Am 29. Juli hatte ich den Versuch unternommen, mit einer dem Ernst der Lage entsprechenden Offenheit der Sprache festzustellen, wessen wir uns von England zu versehen haben würden. Meine Frage, die mit starker sittlicher Entrüstung in England als schändliches Angebot behandelt worden ist, ging in der Tat dahin, ob

---

Unterredung mit mir am 4. August erstattet hat. (Blaubuch Nr. 160.) Der Botschafter vergißt, in seinem Bericht zu bemerken, daß er die Unterredung mit der Frage einleitete, ob ich ihm auf das englische Ultimatum nicht eine andere Antwort als Herr von Jagow geben könne. Auf meine Verneinung fragte der Botschafter, ob, wenn der Krieg hiernach zu seinem Bedauern endgültig entschieden sei, wir vor dem Auseinandergehen nicht noch ein privates und persönliches Gespräch über die ungeheure Situation haben könnten, in die die Welt versetzt worden sei. Ich erklärte mich sofort dazu bereit und bat den Botschafter, an meinem Tische Platz zu nehmen. Ich habe dann allerdings in starken Worten von dem Weltenunheil gesprochen, das ich als notwendige Folge des Kriegseintrittes Englands voraussah, und als Sir Edward Goschen wiederholt die belgische Neutralität als den entscheidenden Punkt angab, ungeduldig ausgerufen, im Vergleich zu dem furchtbaren Ereignis eines deutsch-englischen Krieges sei der Neutralitätsvertrag doch ein Fetzen Papier, a scrap of paper. Mag das Wort eine Entgleisung gewesen sein — mein Blut kochte ob der wiederholten hypokritischen Betonung der belgischen Neutralität, die es eben nicht war, was England zum Kriege trieb, und ob des gänzlichen Mangels an Empfindung dafür, daß die englische Kriegserklärung Weltwerte vernichten mußte, gegen die selbst die belgische Neutralitätsverletzung leicht wog. Daß Privatgespräche amtlich ausgebeutet werden, ist mir als ungewöhnlicher diplomatischer Brauch erschienen. Geschah es, dann hätte Sir Edward Goschen, dem meine Erregung so auffällig gewesen ist, wenigstens vollständig sein und noch berichten sollen, daß er bei seiner Verabschiedung in Tränen ausbrach und mich bat, noch einige Zeit in meinem Vorzimmer verweilen zu dürfen, weil er sich in solcher Verfassung nicht dem aufwartenden Kanzleipersonal zeigen könne.

England im Zweifrontenkriege neutral bleiben würde, und meine Zusicherungen im Falle einer Neutralität waren weit genug, um England jede Sorge wegen einer Veränderung des europäischen status quo nach einem deutschen Siege zu nehmen. Der politisch-moralischen Floskeln entkleidet besagte die Antwort, daß England sich völlig freie Hand behalten, das heißt also, die Freiheit des Eingreifens in den Krieg nicht fortgeben wollte. Auch bei dieser Gelegenheit habe ich mich des Eindruckes nicht erwehren können, daß, wie schon früher, so auch jetzt und später, die englischen Staatsmänner den Weltkrieg nur durch die Brille des britischen Interesses ansahen, vor der Welt- und Menschheitsbedeutung aber, den ein Krieg zwischen den Vettern auf beiden Seiten der Nordsee unter allen Umständen haben mußte, die Augen verschlossen. Über die Aussichten meines Versuches habe ich mich keinen Illusionen hingegeben. Englische Schriftsteller[1]) haben sich nicht ohne Ironie darüber verbreitet, wie falsch wir gerechnet hätten, indem wir die englische Neutralität für sicher nahmen. Von dieser Seite wird vergessen, wie gründlich wir seit Eduard VII., seit der Rede im Mansion House und seit der Haldaneschen Mission über die englische Willensrichtung belehrt worden waren, wird auch übersehen, daß wir von den englisch-russischen Verhandlungen des Frühjahrs bestimmte Kenntnis erlangt hatten. Wer in England uns,

[1]) Z. B. F. S. Oliver, Ordeal by Battle. S. 58ff.

fälschlich, einen so grundlegenden Irrtum imputiert, hilft doch wenigstens den belgischen Kriegsvorwand zerstören.

Auch bei uns hat eine bekannte politische Gruppe die Ansicht verbreitet, ich hätte die englische Gefahr nicht sehen wollen und nicht gesehen und bis zum letzten Augenblick auf eine freundliche Haltung Englands gerechnet. Das sind Irreführungen, wie sie im politischen Kampf üblich zu sein scheinen, auch wenn sie den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Gerade meine mit den ersten Tagen meiner Kanzlerschaft angestellten und trotz erlittener Mißerfolge dauernd fortgesetzten Verständigungsversuche beweisen, daß ich die englische Gefahr zum mindesten ebensogut erkannt habe, wie diejenigen, die mit geräuschvoller Flottenpolitik das Übel nur vergrößerten. Wem so wie mir die Gefahr des Landes auf Herz und Seele lag, dem sollte kein Strick daraus gedreht werden, daß er selbst bei fast verzweifeltem Ausblick das Äußerste zu tun unternahm.

Am 1. August schien sich eine letzte Hoffnung auftun zu wollen. Die bekannten Lichnowskyschen Depeschen liefen ein, wonach Grey persönlich und durch seinen Privatsekretär die Frage der Neutralität Frankreichs in einem deutsch-russischen Kriege und die Frage der Neutralität Englands im Falle eines Krieges mit Frankreich und Rußland erneut zur Erörterung stellen wollte. Der Kaiser, beim Eintreffen der Nachrichten von seinen mili-

tärischen und politischen Beratern umgeben, entschied sofort, daß selbst auf die Gefahr der nicht unwahrscheinlichen Irrtümlichkeit der Meldung selbstverständlich alle Nachteile einer Verzögerung der militärischen Maßnahmen getragen werden müßten. Der Botschafter erhielt von mir umgehend die Weisung, die Hand zu ergreifen, die sich uns entgegenzustrecken schien. Wenn England die Neutralität Frankreichs verbürge, würden wir keinerlei militärische Handlungen gegen Frankreich vornehmen. Der Kaiser telegraphierte im gleichen Sinne an König Georg. Es war ein Schemen, der sofort zerrann, ein unaufgeklärtes Mißverständnis. Die Lawine war nicht mehr aufzuhalten. Sie hat das alte Europa zertrümmert.

7.

Abschluß.

Das Schicksal hat gegen uns entschieden. Mögen sich die Feinde als Sieger fühlen, Weltenrichter sind sie nicht. Ihr Schuldspruch ist Parteienbehauptung, deren Beweiskraft dem Lärm, dem Haß und dem Selbstlob nicht adäquat ist, mit dem die Anklage umkleidet wird. Das stolze englische Motto: right or wrong, my country, ein in Sieg und Niederlage gleich starkes Mahnwort, wird von der geschäftsmäßigen Propaganda überwuchert, mit der, unter Verschweigung offenkundiger Tatsachen, Deutschlands Schuld in die Welt hinausgeschrieen worden ist. Nur Ankläger wollen die Gegner sein; den Richter, der die Anklage prüft, lehnen sie ab. Das einzige Tribunal, das überhaupt denkbar wäre, wenn das Schuldig wie in einem ordentlichen Rechtsstreit gesprochen werden könnte, der neutrale Staatsgerichtshof, ist ihnen zuwider. Auch was von deutscher Seite gesagt werden kann, ist nur Parteienbehauptung und darum Stückwerk. Ein Abbild subjektiver Vorstellungen und nicht frei von den Spuren, die die Ungeheuerlichkeit der Katastrophe jedem menschlichen Empfinden einprägen muß. Ganz sine ira et studio wird erst späte Geschichtsschreibung urteilen können. Trotzdem können gewisse Zusammenhänge wohl schon jetzt nicht mehr geleugnet werden.

Die Erfindung von dem Deutschland, das aus allgemeinen Weltherrschaftsgelüsten den Krieg entfesselt haben soll, ist so blöde, daß geschichtliche Betrachtung sie als Wirklichkeit nur behandeln könnte, wenn andere Erklärungsgründe schlechthin fehlten. Daß die deutsche Politik mehrfache Gelegenheiten, mit relativ günstigen Aussichten Krieg zu machen, nicht benutzt, sondern allemal die friedliche Lösung gesucht und gefördert hat, ist geschichtliche Tatsache. Die Annahme aber, daß wir uns eine möglichst ungünstige Konstellation ausgesucht haben sollten, um, in krassem Widerspruch zu unserem durch das herrschende Koalitionssystem eingezwängten politischen und militärischen Vermögen, deutsche Weltherrschaft aufzurichten, setzt eine Vernunftwidrigkeit voraus, die wohl im politischen Tageskampf dem Gegner untergeschoben wird, deren Annahme aber vor historischem Urteil vergeht. Im Gegensatz hierzu sind Rußlands Drang nach Beherrschung der Zugänge zum Mittelmeer, sein Trieb nach dominierender Führung der Slawenwelt geschichtliche Momente von unbestreitbarer Realität, durchzieht die panslawistische Tendenz in wechselnder Stärke, aber nie erlöschend, die gesamte russische Politik, und ist der Wille, sich der Meerengen auf Kosten eines europäischen Krieges zu bemächtigen, dokumentarisch belegt. Wenn da Rußland den in der Serajewoer Bluttat akut gewordenen panslawistischen Konflikt vom lokalen auf das internationale, danach durch Aufruf

seiner ganzen Heeresmacht vom diplomatischen auf das militärische Gebiet hinüberspielt, dann ist die russische Aktion nicht nur ein in sich folgerichtiger Ausdruck eines von der russischen Politik als ihre Mission empfundenen geschichtlichen Entwickelungsganges, sondern auch nach ihrem momentanen Sinn eindeutig.

Für das europäische Machtsystem war die mit der Verfolgung der russischen Pläne verbundene Auflösung des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes von fundamentaler Bedeutung. Deutschlands Zukunft war durch das Schicksal der Donaumonarchie mitbestimmt, und damit war der gesamte status quo Europas auf dem Spiele. Zum Ferment der Weltrevolution ist der europäische Streit aber erst durch Englands Parteinahme für Rußland geworden. Für Australien und Kanada, für Indien und Südafrika war die Lösung des Meerengenproblems und der slawischen Frage unmittelbar gleichgültig. Interessiert waren, abgesehen von den kolonialen Beutestücken, die englischen Dominions und Kolonien aber daran, daß das britische Weltimperium aus dem Kampf, in den es sich eingelassen hatte, nicht geschwächt hervorging. Das gleiche Interesse bestimmte wohl auch Amerikas Haltung. Auch während ihrer Neutralität sind die Vereinigten Staaten tatsächlich wirksamste Helfer der Entente gewesen. Denn wie auch die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen völkerrechtlich zu beurteilen sein mögen, ihre ungeheure, wenn nicht ent-

scheidende Bedeutung für die Kampfkraft unserer Feinde ist unbestreitbar. Aus finanzieller Vertrustung, aus einer gewissen Indifferenz gegen Deutschland, welche englische Propaganda und die „Lusitania" allmählich zu Antipathie, ja vielfach zu Haß steigerten, läßt sich Amerikas Verhalten allein nicht erklären. Trotz des sich ankündigenden imperialistischen Wettbewerbes zwischen den beiden angelsächsischen Mächten fühlten sich die Vereinigten Staaten dem britischen Weltimperium eben doch näher verwandt als der aufstrebenden deutschen Macht. Nur Japan hat England nicht vollkommen in seinen Bann zwingen können. Nachdem es eingeheimst hatte, was es an deutschen Kolonien haben wollte, hat das Reich der aufgehenden Sonne doch überwiegend den befriedigten Zuschauer gespielt, dem die gegenseitige Schwächung der Kämpfenden zugute kam. Auf Englands Betreiben ist der Krieg zum Vernichtungskampf fast der ganzen Welt gegen Deutschland geworden. Englisch ist die knock-out-Parole, die jetzt auch noch am überwundenen Gegner verwirklicht werden soll. Die englische Politik, die den Ausbruch des Krieges erst ermöglichte, indem sie den kriegerischen Tendenzen des Zweibundes durch Zusicherung britischer Hilfe freie Bahn schaffte, und die Dirigierung des Krieges selbst durch England sind die Grundlagen der Weltumwälzung, die sich vollzieht.

So steht in letzter Linie der deutsch-englische Gegensatz hinter dem Weltkrieg. Der elementare Ausbruch der

Volksleidenschaften in beiden Ländern, in Deutschland mehr in den Formen empörten Zornes, in England doch stark untermischt mit Zügen rohen Vernichtungshasses, bestätigt nicht nur die Tatsache, sondern enthüllt zugleich volksmäßig das Unterbewußtsein, daß das Weltenunheil bei gegenseitiger Verständigung hätte vermieden werden können. Über das Ziel schießt, nach meinem persönlichen Urteil, die Ansicht, daß England die kriegerische Auseinandersetzung mit dem deutschen Nebenbuhler geflissentlich gesucht habe, ebenso wie umgekehrte englische Vorstellungen haltlos sind. Der Zusammenhang ist wohl der, daß die Staatskunst in beiden Ländern nicht stark genug oder nicht willens war, die Welt durch eine große Tat vor einem Schicksal zu bewahren, das als gewaltiges Unwetter sichtbar am Himmel stand. Wenn ich glaube, zu wirksamer Beschwörung der Gefahr die Hand geboten zu haben, so hindert mich keine Überschätzung eigenen Handelns an der Erkenntnis seiner Mängel. Entlastende Entschuldigung sehe ich auch nicht darin, daß die Politik, die Verständigung suchte, bei uns denen anstößig war, die sich als berufenste Hüter des nationalen Gedankens fühlten, während die sachlich Zustimmenden keine Unterstützung aufbringen konnten oder wollten, die sich mit popularer Wucht durchgesetzt hätte. Eine befreiende Tat wäre eben doch nur möglich gewesen, wenn die Leiter des englischen Staatswesens sich hätten entschließen können, grundsätzlich

mit dem Prinzip eines Koalitionssystems zu brechen, das die Gegensätze organisierte, anstatt sie aufzulösen.

Weltmacht heischt Weltverantwortung. Die englischem Denken geläufige Gleichstellung der Menschheitsinteressen mit britischer Herrschaft aber kann kein Deutscher jemals gutwillig akzeptieren, und nie wird er imstande sein, ein Menschheitsgewissen hinter einer Politik zu erkennen, die, um britische Macht zu mehren, sich nicht scheute, eine ganze Nation von 70 Millionen auf Menschenalter hinaus durch Hunger zu verelenden, hinter einer Politik, die es schroff ablehnte, dem Menschenmorden, zu dem es die Söhne aller Weltteile auf Europas Schlachtfelder gerufen hatte, durch einen Verständigungsfrieden Einhalt zu tun, bevor nicht in der erhofften gänzlichen Vernichtung des Gegners eigener Machthunger bis zum Überdruß gesättigt sei. Die Behauptung, England habe das alles nur zum Schutze der kleinen Nationen getan oder habe als Vollstrecker göttlichen Strafwillens an einem Menschheitsverbrecher gehandelt, ist so abgeschmackt wie anmaßend und wird durch Englands Verhalten im Kriege sowohl wie nach seiner tatsächlichen Beendigung so offensichtlich Lügen gestraft, daß ernsthaft darüber nicht diskutiert werden kann. Die Blöße brutaler, dem geschichtlichen Völkerleben vielleicht dauernd als Fluch anhängender Eigensucht sollte nicht mit dem durchsichtigen Schleier der Scheinheiligkeit bedeckt werden.

Indem sich die englische Staatskunst in dem Trachten erschöpfte, die Verwirklichung eigenen Machtbegehrens durch Koalitionen und Rüstungen zu sichern, folgte sie dem allgemeinen Zuge der Zeit. An dem Wahne, mit diesen Mitteln den Menschheitsaufgaben der Politik gerecht zu werden, ist Europa zugrunde gegangen, und in diesem Irrglauben konzentriert sich die Gesamtschuld aller am Kriege beteiligten Nationen. Auch derjenigen, die den Krieg verhüten wollten. Denn ebenso lächerlich ist es, irgendeine Macht von aller Schuld an der Weltkatastrophe freisprechen zu wollen, wie die Häufung der Gesamtschuld auf eine einzige Macht eine Absurdität ist. Zu der Überzeugung, daß die Entwicklung der Weltverhältnisse die Nationen zu einer Revision ihrer Stellung zum Kriege nötigte, hatte sich die Politik eben nicht durchgerungen. Ohne Rücksicht darauf, daß bei der bestehenden Mächtegruppierung jede Verschiebung der großen europäischen Machtverhältnisse die gesamte Welt in Mitleidenschaft zog, hatten die europäischen Großstaaten nur das Wachstum eigener Macht im Auge, und die vielfach überkommene Vorstellung, daß der Krieg nicht nur gegebener Ausdruck nationaler Kraft sei, sondern auch die Völker sittlich erneuere, wucherte unbekümmert darum fort, daß das Kriegsaufgebot ganzer Völker und die unheimlichen Erfindungen der Technik aus ritterlicher Kräftemessung eine wahnsinnige und bei genügender Dauer jede sittliche Empfindung vernichtende Men-

schenschlächterei machen mußten. Gefühl für kollektive Menschheitsverantwortung lag den Kabinetten fern. Gewiß wird Macht auch dann noch das Kennzeichen nationalen Lebens bleiben, wenn einmal im Wechsel der Zeiten geistige Kraft materielle Gewalt überbieten sollte, und die Urkräfte des Egoismus ganz zu bändigen, ist den Völkern so wenig beschieden wie den einzelnen Menschen. Daß aber die Nationen bisher ernsthaft nicht einmal versucht haben, das internationale Leben zu erneuern, sondern daß sie in gerade entgegengesetzter Richtung marschiert sind, bleibt der letzte Grund für das Verhängnis, das sich über der Welt entladen hat.

Der Streit darüber, welche Seite zu der allgemeinen Rüstungspolitik und zur Übertreibung des Koalitionsgedankens den ersten Anstoß gegeben hat, wird wohl nie ausgefochten werden. Grenzenloses wechselseitiges Mißtrauen, imperialistischer Ideenzwang und auf materielle Nationalinstinkte beschränkter Patriotismus haben einander gegenseitig in die Höhe geschraubt, ohne daß erkennbar wäre, welche Nation der allgemeinen Weltstimmung am weitesten nachgegeben hätte. Immerhin bleibt bemerkenswert, daß der extremste Exponent der Machtpolitik, der Chauvinismus, in dem französischen und russischen Eroberungswillen sowie in dem englischen Begehren, den deutschen Wettbewerber einfach unschädlich zu machen, ausgesprochen aggressiven Absichten huldigte, während seine ernsteren Wortführer bei uns, trotz

unbestreitbarer und verderblicher Extravaganzen aus dem alldeutschen Kreise, doch letzten Endes kaum etwas weiteres als die Abwehr der gegnerischen Aspirationen durch deutsche Machtentfaltung als möglich betrachtet und verlangt haben. Handgreiflich war auch der Kontrast, in dem die offizielle Protektion des Chauvinismus in Frankreich und Rußland zu der alldeutschen Gegnerschaft gegen die deutsche Regierung stand. Daß aber die Gesamtentwicklung einen Höhepunkt erreichen mußte, als sich England ihr anschloß, war eine natürliche Folge der die Welt umspannenden Machtstellung Großbritanniens. Trotz ihrer Millionenheere hielten sich Dreibund und Zweibund die Wage, ohne daß es zum Bruch kam, solange England entschlußfrei im Hintergrund stand. Denn der Dreibund war rein defensiv, und Offensivgedanken des Zweibundes trauten sich ohne die Sicherheit englischer Unterstützung nicht zur Tat. Unbeschadet unversehrter Erhaltung des Bestandes britischer Macht war die splendid isolation Englands eine große Friedensbürgschaft für die Welt. Je mehr England von dieser Stellung abrückte, um so mehr wurde Deutschland zu immer festerer Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn gedrängt, und kein Zufall ist es, daß die Bewegung, die zu der großen Wehrvorlage von 1913 führte, auf die Einmischung Englands in den deutsch-französischen Konflikt über Marokko zurückreicht. Als sich dann England dem Koalitionssystem so fest einfügte, daß die Leistung

von Kriegshilfe an die russisch-französischen Freunde sogar britische Ehrensache wurde, trat die Kriegspolitik des Zweibundes aus dem latenten Stadium in das Gebiet praktischer Betätigung über. Die Koalitionen waren aus Beschützern des Friedens zu Beförderern des Krieges geworden. Das ist der Erfolg europäischer Staatskunst gewesen.

Jetzt steht die Entente am Ziel ihrer Wünsche. In ungehemmter Machtvollkommenheit disponiert sie über die Welt und kann die Ideale von Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Menschentum, die ihre Kriegsparole waren, ungestört verwirklichen. Als praktisches Resultat der Pariser Friedensarbeit ist bisher freilich nur Befriedigung eigener Eroberungssucht, Vergewaltigung Deutschlands, Begründung zahlreicher neuer Staatsgebilde, die keine Gewähr verträglicher Ruhe bieten, und Stiftung einer Liga zu erkennen, die Deutschland dauernd niederhalten soll. Das goldene Zeitalter, das die Entente nach Überwindung des preußischen Militarismus heraufzuführen versprochen hat und in dem auch das deutsche Volk frei und unbedrückt zu neuer und menschenwürdiger Blüte aufsteigen sollte, kündigt sich einstweilen in Akten beutesüchtigen Eigennutzes, roher Gewalt und unverhüllter Rachsucht an. Die Weltbefriedung, die sich Präsident Wilson zum Ziel gesetzt hatte, ist von seinen europäischen Verbündeten, deren Sieg doch sein Werk war, bis zur Unkenntlichkeit

entstellt worden. Sollten die europäischen Mächte glauben, mit den Methoden verkrüppelnder Annexion und entmannender Kontribution das Fundament zu einer der Völkerversöhnung geweihten Zukunft legen zu können, so wird die Enttäuschung nicht ausbleiben. Die durch die Greuel des Krieges empörten Menschheitsgefühle verlangen, wie die Achtung des Menschen, so die Achtung der Völker und werden sich auf die Dauer nicht von einer Staatsweisheit in Fesseln schlagen lassen, welche, in den ausgetretenen Geleisen hilflos fortstolpernd, die Instinkte und Maximen, die zum Kriege führten, nicht zu verleugnen vermag, sondern frisch belebt und übertrumpft. Grenzenlos überschätzt die Entente ihre Kraft, wenn sie vermeint, in Europa einen neuen Völkerfrühling dadurch hervorzaubern zu können, daß sie Deutschland knechtet und Mitteleuropa balkanisiert. Nur in freier gemeinsamer Arbeit wird Europa die Wunden, die es sich selbst schlug, allmählich heilen können, oder es blutet sich zu Tode. Mögen auch gerade im Angesicht der uns umfassenden unerbittlichen Wirklichkeit alle mit ethischen Werten rechnenden Gedankengänge vielen als unpolitische und blutlose Ideologie mißfallen, so können doch gerade wir Deutschen aus der eigenen Geschichte die Hoffnung auf die Unbesiegbarkeit eines Schaffens gewinnen, das mit nationalem Willen Menschheitsdienst zu verbinden sucht. Finden wir uns zu solcher Arbeit zurück, dann werden uns keine Friedens-

bedingungen hindern können, an dem Heraufkommen einer besseren Zukunft mitzuwirken.

Selbstbetrug wäre es zu glauben, daß schon die neue Staatsform, in der Deutschland den schwersten Gang seiner Geschichte antritt, uns die Zukunft verbürge, oder gar in der Schmähung des Vergangenen das Heil finden zu wollen. Die Pariser Verhandlungen, wo republikanische oder doch demokratische Regierungen unter sich sind, erweisen, daß es die Staatsform nicht tut. Und die auf Selbstachtung ruhende Kraft schwächen dünkt es doch, wenn im eigenen Volke der Geist des 4. August mit seinen ungeheuren Leistungen in unausdenklich schweren Jahren zu einer durch Lüge erregten Hurrastimmung erniedrigt wird, oder wenn das Unglück Geständnisse auspreßt, die sich, auch wo die Wahrheit gesucht wird, von dem Kontumazurteil der Feinde kaum mehr unterscheiden lassen. Klagen über Vergangenes und Verlorenes drängt die Not des Volkes zurück. Doch auch die, welche das Unheil nicht abzuwenden vermochten, dürfen an dem Glauben festhalten, daß der Geist, der unser Volk zu Heldentum befähigte, nicht zu Tode gehen, sondern dermaleinst aus der Nacht inneren und äußeren Verhängnisses wieder zum Licht führen wird.